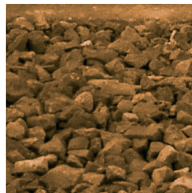
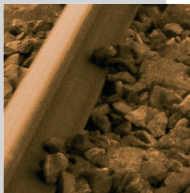
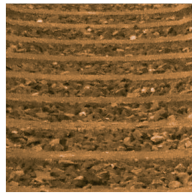


Z w a n g s a r b e i t in den Kreisen Coesfeld u n d L ü d i n g h a u s e n



Impressum

Herausgeber: Kreis Coesfeld, Der Landrat ©
Kreisarchiv
Friedrich-Ebert-Straße 7
48653 Coesfeld
<http://www.kreis-coesfeld.de/>

Text: Dr. Norbert Korfmacher

Satz und Layout: Carsten Dörken

Druck:

Coesfeld 2003

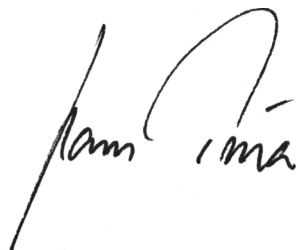
Grußwort des Landrats

Als im Jahr 2000 die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zum Thema im Kreistag wurde, hatten wir keine Vorstellung davon, was auf uns zukommen würde. Wir wussten weder annähernd, um wie viele Personen es sich handelte, noch wussten wir, wie viel Quellenmaterial in den Archiven der Gemeinden und im hiesigen Kreisarchiv vorhanden war.

Dabei drängte das Problem der Entschädigung der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die während des Zweiten Weltkrieges in der überwiegenden Mehrzahl nach Deutschland verschleppt wurden, um hier die Lücken zu füllen, die durch den Kriegseinsatz der deutschen Soldaten in den Betrieben gerissen wurden. 55 Jahre nach Kriegsende konnte niemand genau sagen, wie viele dieser Leute noch lebten, wie viele Anspruch auf eine Entschädigung geltend machen konnten.

Heute geht es nicht nur darum, die Leistung von Menschen wenigstens durch einen geringen finanziellen Beitrag anzuerkennen. Es geht auch darum, zu signalisieren, dass das Deutschland der vierziger Jahre nicht mehr identisch ist mit dem Deutschland der Gegenwart. Ausländer wurden im Dritten Reich ausgebeutet, sie waren als Menschen nicht anerkannt, ihnen wurden mindere Rechte als den Deutschen zugestanden. Es gilt vor dem Ausland und vor den Deutschen zu unterstreichen, dass wir heute nicht ausländerfeindlich sind. Deutschland liegt mitten in Europa, das Münsterland grenzt an die Niederlande. Der Austausch zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, der Austausch zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen ist heute willkommen, er ist nötig. Auch deshalb signalisieren wir mit der Aufarbeitung dieses traurigen Kapitels deutscher Geschichte, dass sich die Dinge geändert haben.

Der Kreis Coesfeld vervollständigt mit dieser Publikation seine Studien zu dem Thema. Neben dem Fundstellenverzeichnis, das der Öffentlichkeit schon seit Beginn der Recherchen durch das Internet zugänglich ist, liegt nun auch ein dokumentarischer Teil vor. Zirka ein Jahr nach der im Kreishaus gezeigten Ausstellung, die große Resonanz fand, bildet die Schrift den Abschluss der Forschungen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans Pixa', with a large, stylized flourish extending from the end of the name.

Hans Pixa

Vorbemerkung

Am Ende meiner Arbeit und am Anfang dieser Dokumentation möchte ich einigen Personen danken, ohne deren Hilfe und Unterstützung dieses Verzeichnis nicht entstanden wäre.

Meiner Abteilungsleiterin Dr. Vera Pivl danke ich für ihr Vertrauen und ihre Unterstützung. Meine Kollegin Ursula König-Heuer, Kreisarchivarin in Coesfeld, beeindruckte mich nicht nur durch ihr Fachwissen und ihre Kompetenz, sondern auch durch ihre freundschaftliche Art. Bei den Kolleginnen und Kollegen der Abteilung 410 der Kreisverwaltung Coesfeld fand ich kameradschaftliche Aufnahme.

Den Archivarinnen und Archivaren vor Ort danke ich für ihre unkomplizierte und kollegiale Art, so dass die Arbeit in ihren Archiven sehr angenehm war.

Coesfeld, im Juni 2003

Norbert Korfmacher

Einleitung

Im Frühjahr 2000, 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, erreichten die letzten Auswirkungen auch den Kreis Coesfeld. Eine Anfrage im Kreistag zu den Zwangsarbeitern im Kreis Coesfeld während des Zweiten Weltkriegs sorgte für Bewegung. Die Verwaltung musste einräumen, über recht wenig aufgearbeitete Informationen zu diesem Thema zu verfügen und so keine Aussagen über die Verwicklungen der Landkreise Coesfeld und Lüdinghausen, deren Nachfolge der Kreis Coesfeld 1975 angetreten hatte, machen zu können.

Zu diesem Zweck wurde mit Hilfe des Arbeitsamts Coesfeld beim Kreis eine ABM-Stelle eingerichtet. Aufgabe: In sämtlichen Archiven des Kreises und auch darüber hinaus sollte geschaut werden, ob und wo Quellenmaterial zum Thema „Zwangsarbeit im Kreis Coesfeld“ zu finden ist; nicht zur Aufgabe gehörte das Erstellen einer Datenbank mit den Namen sämtlicher Zwangsarbeiter in den Gemeinden des heutigen Kreises.

Am 25. September 2000 habe ich meine Stelle beim Kreis Coesfeld angetreten und mich gefragt, ob diese Aufgabenstellung sinnvoll ist. Sie war sinnvoll, denn die meisten Gemeinden hatten anhand der alten Meldekarten Datenbanken über „ihre“ Zwangsarbeiter erstellt, so dass meine Aufgabe eine ergänzende war.

Der Begriff „Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg“ wurde von Ulrich Herbert für die Geschichtswissenschaft definiert. Herbert nennt fünf Gruppen: 1. Ausländische Zivilarbeiter; 2. Kriegsgefangene; 3. Häftlinge in Konzentrationslagern; 4. Juden; 5. Personen, die in den besetzten Gebieten außerhalb Deutschlands für das Reich arbeiten mussten¹. Für das Fundstellenverzeichnis zur Zwangsarbeit im Kreis Coesfeld wurde davon abgewichen: Erfasst wurden die Ausländer, die während des Zweiten Weltkriegs im Kreisgebiet anwesend waren. Damit wurden auch jene Personen erfasst, die schon vor dem 1. September 1939 in den hiesigen Gemeinden lebten, aus welchen Gründen auch immer. Ob etwa ein Niederländer, der unter Umständen schon in Deutschland geboren wurde und aufgewachsen war, als Zwangsarbeiter zu bezeichnen ist, bedarf in diesen „Grenzfällen“ einer individuellen Prüfung, für die der Verfasser dieser Schrift indes nicht zuständig sein will.

Neben den Archiven im Kreis wurden noch Archive außerhalb des Kreisgebietes aufgesucht. Zunächst war es nahe liegend, auch Archive in den Gemeinden miteinzubeziehen, die bis 1974 zu den Landkreisen Coesfeld und Lüdinghausen gehörten,

¹ Ulrich Herbert: Zwangsarbeit im „Dritten Reich“. Kenntnisstand, offene Fragen, Forschungsprobleme, in: Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann (Hrsg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2002, S. 16-37, hier S. 19f.

nach der kommunalen Gebietsreform ab 1975 jedoch nicht mehr zum Kreis Coesfeld gehörten. Dies gelang aus verschiedenen Gründen nicht in allen Fällen. Hier sei aber darauf verwiesen, dass auch diese Gemeinden und ihre Archive vom Thema Zwangsarbeit überrollt wurden und selbstverständlich aktiv geworden sind. Weitere Recherchen wurden in Münster, Dortmund und Düsseldorf angestellt, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führten.

Obwohl die ermittelte Quellenbasis üppig und reichhaltig ist, gibt es doch auch für diese Arbeit Grenzen und fehlende Ergebnisse. Wer hier nach Informationen zum Billerbecker Kloster Gerleve mit seinen zahlreichen Zwangsarbeitern sucht, der sucht in diesem Fundstellenverzeichnis vergebens². Dieses „Nicht-Ergebnis“ ist einmal die Folge fehlender Quellen; es konnte auch vertreten werden vor dem Hintergrund der Forschungen durch das Bistum Münster, so dass auf weitere Recherchen hier guten Gewissens verzichtet werden konnte: Was mir fehlt, bringt ein anderer. Eine weitere Lücke ist zu beklagen: Es finden sich hier kaum Informationen zum Baumberge-Lager der Wehrmacht bei Nottuln und Havixbeck. Es wäre vielleicht möglich gewesen, im Militärarchiv Freiburg Materialien und Quellen zu finden, aber der Aufwand hätte vermutlich in keinem vertretbaren Verhältnis zum Ergebnis gestanden. Auch hier wird mein Gewissen nicht geplatzt, denn das Lager unterstand nicht den heute zum Kreis Coesfeld gehörenden Gemeinden Nottuln und Havixbeck, sondern der Wehrmacht; aber natürlich wurden diese beiden Gemeinden im alten Landkreis Münster von diesem Lager tangiert. Ich will übrigens in beiden Fällen, für Kloster Gerleve wie für das Baumberge-Lager, nicht ausschließen, dass es Quellen in den von mir aufgesuchten Archiven gibt, besonders natürlich im Staatsarchiv Münster. In diesem Fall bitte ich um Nachsicht, dass mir diese Aktenstücke trotz reger Recherchen entgangen sind. Wie ich überhaupt definitiv ausschließen muss, mit dem Fundstellenverzeichnis eine vollständige Übersicht über sämtliche Archivalien zum Thema Zwangsarbeit und Ausländer im Kreis Coesfeld während des Zweiten Weltkrieges vorlegen zu können. Es ist durchaus möglich, dass mancher Schatz noch ungehoben in Akten liegt, deren Inhalt sich eben nicht durch den Aktendeckel oder den Titel in den Findbüchern der Archive erschließen lässt.

Die Ergebnisse der Recherchen werden seit Oktober 2000 im Internet auf der Seite des Kreises Coesfeld präsentiert und laufend ergänzt. Die Reaktionen auf diese Präsentation waren durchweg positiv. Wer sich mit der Thematik beschäftigte, nutzte es gerne. Leider unterblieben Fehlermeldungen und Verbesserungsvorschläge. Obwohl der Ruf nach solchen Spezialinventaren in Fachkreisen sehr laut tönte, haben viele Kolleginnen und Kollegen ihr „Herrschaftswissen“ noch nicht veröffentlicht. Immerhin werden

2 Bernhard Frings/Peter Sieve: Zwangsarbeiter im Bistum Münster. Kirchliches Handeln im Spannungsfeld von Arbeitseinsatz, Seelsorge und Krankenpflege, Münster 2003.

die Zwangsarbeiter in Deutschland in wenigen Jahren nach den Juden die Gruppe sein, die vermutlich von den Opfergruppen der Nationalsozialisten am umfassendsten erfasst und ermittelt worden ist.

Das vorliegende „Fundstellenverzeichnis zur Zwangsarbeit“ ist nicht von einem Archivar, sondern von einem Historiker erstellt worden. Die mir zugänglichen Spezialinventare zu dieser Thematik sind in der Regel inhaltlich sehr viel knapper gehalten und geben daher den Inhalt der einzelnen Aktenstücke durchaus nicht in der Breite wieder, in der dies hier geschehen ist. Bei manchem Schriftstück wurde der Inhalt zitiert. Ich konnte es mir auch nicht verkneifen, Informationen in dieses Verzeichnis aufzunehmen, die auf den ersten Blick nichts mit Zwangsarbeitern zu tun haben, auf den zweiten und dritten Blick aber sehr wohl. Wenn die Gestapo zu Kriegsbeginn noch einmal das Verbot der amerikanischen Sekte der „Friedensmission des Göttlichen Vaters“ (Father Divine) bekräftigt, weil deren Gründer ein „Negermischling“ ist, dessen Verehrung „eines deutschen Menschen unwürdig“ ist, hat das mit dem Elend der Ausländer in Deutschland nichts zu tun, aber es zeigt die beschränkte Geisteshaltung der Herrschenden im nationalsozialistischen Deutschland auf, die auf die Ausländer in Deutschland wirkte. Dort, wo ich in den Akten auf prägnante und aussagekräftige Schriftstücke zur Verfolgung von Menschen traf, habe ich diese als Beispiele eingefügt, um zu zeigen, dass nicht nur Ausländer Opfer von Dummheit und Engstirnigkeit wurden, sondern auch Nicht-Ausländer.

3 Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 150: Schreiben der Gestapo Münster vom 29. 3. 1940 an den Landrat von Lüdinghausen.

Die Ankunft

Mit Kriegsbeginn wurde eines der drängendsten Probleme der deutschen Wirtschaft mit einem Schlag gelöst: Der Arbeitskräftemangel konnte behoben werden. Denn mit den kriegsgefangenen polnischen Soldaten hatte man eine Beute gemacht, über die man verfügen, die man nun einsetzen konnte.

Die Strategie der deutschen Besatzer verlief auf zwei Schienen: Einmal gab es die gefangenen Soldaten, die in das Reich deportiert und in Kriegsgefangenenlagern untergebracht wurden. Diese Lager unterstanden dem Reich bzw. der Wehrmacht. Gleichzeitig rückten mit den deutschen Soldaten die Beamten und Mitarbeiter der deutschen Arbeitsämter in das besetzte Polen ein, um zunächst auf freiwilliger Basis polnische Arbeiter anzuwerben⁴.

Anfangs spielte das Arbeitsamt für die Vermittlung von polnischen Arbeitern eine untergeordnete Rolle. Da die Soldaten der geschlagenen polnischen Armee der Verfügungsgewalt der Wehrmacht unterstanden, waren deutsche Soldaten für die Polen zuständig, mussten sie bewachen und sie eben auch in Arbeit vermitteln.

Der Kreis Lüdinghausen schloss im November 1939 mit der Wehrmacht bzw. mit dem Stammlager (Stalag) VI D in Dortmund einen Vertrag zur Übernahme der Kriegsgefangenen⁵.

Die Vorbereitungen zur Verteilung der polnischen Arbeitskräfte hatten indessen schon früher begonnen. In Ottmarsbocholt wurden die Bauern im Oktober vom Bürgermeister aufgefordert, sich bei ihm zu melden, falls Interesse an polnischen Arbeitern bestehen sollte. Ein Kriegsgefangenenlager wurde eingerichtet bei einem Gastwirt, welches 25 Polen aufnahm. Soldaten des Landsturms wurden für die Bewachung abgestellt⁶.

In Lüdinghausen präsentierte man den Landwirten Vordrucke mit einem Antrag auf Zuweisung von Kriegsgefangenen. In der Kreisstadt und dem Nachbarort Seppenrade wurden im November Besprechungen mit den Landwirten durchgeführt: Hier meldeten die Bauern ihr Interesse an den Polen an, schließlich erfolgte

4 Herbert, Fremdarbeiter, S. 77.

5 Der Vertrag liegt im Original nicht mehr vor. Eine Abschrift hat sich im Stadtarchiv Lüdinghausen erhalten; Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 1089: Arbeitsdienstvertrag vom 11. 11. 1939 zwischen dem Stalag VI D in Dortmund und dem Kreis Lüdinghausen.

6 Gemeindearchiv Senden, Bestand Ottmarsbocholt C 194 A: Einsatz von Kriegsgefangenen 1939-1944. Dazu ergänzend C 192. Eine Darstellung der Ereignisse findet sich bei Gisela Schwarze: Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997, S. 25f.

die Zuweisung. Etwa zeitgleich wurde für die beiden Orte festgelegt, wer von der deutschen Bevölkerung als „Hilfswachmann“ für die Bewachung der Kriegsgefangenen mit zuständig sein sollte. Den Bauern wurde ebenfalls mitgeteilt, wie es sich mit dem Lohn und den Verpflegungskosten für die polnischen Soldaten verhielt⁷. Zugleich wurde der Bevölkerung in der Presse eingetrichtert, dass die Polen Angehörige einer Feindnation seien und jeder Kontakt über ihren Arbeitseinsatz hinaus tunlichst zu unterbleiben habe⁸.

Das Amt Nordkirchen teilte seinen Bedarf an polnischen Kriegsgefangenen für die Ortsteile Nordkirchen, Südkirchen und Capelle dem Landrat in Lüdinghausen mit: Das Schreiben nennt nicht nur die Höfe, die Interesse an Polen gezeigt hatten, es gibt auch einen Überblick über die Gebäude in den drei Ortsteilen, die zu Kriegsgefangenenlagern umgewandelt wurden⁹. In den folgenden Wochen wurden diese Gebäude inspiziert und auf ihre Tauglichkeit geprüft, etwaige Mängel wurden festgestellt, um auf diese Weise behoben zu werden¹⁰; die Lager wurden ausgestattet¹¹, und selbstverständlich wurden über die Einrichtung der Lager genaue Kostenaufstellungen angefertigt¹². Auch die Hilfswachmänner wurden ordnungsgemäß bestellt¹³.

Eine medizinische Untersuchung war in vielen Fällen vor Arbeitsantritt üblich. Der Grund lag in der Furcht der Deutschen vor ansteckenden Krankheiten wie Fleckfieber. Die mangelnde Hygiene, die später in vielen Lagern herrschte, konnte in diesen Fällen unerbittlich auf die deutsche Bevölkerung zurückfallen, denn anders als die Nationalsozialisten mach(t)en Krankheitserreger nicht vor anderen Rassen Halt.

7 Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 1089: Einsatz von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft 1939 – zirka 1940/41.

8 „Lüdinghauser Zeitung“ vom 1. November 1939, enthalten im Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 1089: Einsatz von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft 1939 – zirka 1940/41.

9 Gemeindearchiv Nordkirchen B 1172: Schreiben an den Landrat in Lüdinghausen vom 2. 10. 1939.

10 Gemeindearchiv Nordkirchen B 1172: Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen vom 7. 11. 1939.

11 Gemeindearchiv Nordkirchen B 1172: Schreiben des Amtsbürgermeisters an den Landrat von Lüdinghausen vom 23. 11. 1939.

12 Gemeindearchiv Nordkirchen B 1172: Kostenaufstellung, undatiert, vermutlich November 1939.

13 Gemeindearchiv Nordkirchen B 1172: Schreiben des Amtsbürgermeisters an den Landrat von Lüdinghausen vom 16. 11. 1939.

Ähnlich lief es auch im Kreis Coesfeld ab¹⁴. Hier gab der Landrat im Dezember 1939 den Ämtern eine Mitteilung der Kreisbauernschaft über Kriegsgefangenenlager im Kreis weiter¹⁵.

Die Behandlung der Polen

Die Behandlung der kriegsgefangenen Polen dürfte in den ersten Wochen durchaus im Rahmen traditionellen Umgangs mit ausländischen Arbeitern gelegen haben. Denn ausländische Arbeiter waren auf den landwirtschaftlichen Höfen im Westmünsterland nicht unbekannt: Das nahe Grenzgebiet lockte manchen arbeitslosen Niederländer nach Deutschland, um hier eine Beschäftigung zu suchen und zu finden. Von den zahlreichen „Holländern“, die schon in zweiter Generation in Deutschland lebten, ohne sich um so etwas wie eine Einbürgerung gekümmert zu haben, wird an anderer Stelle zu sprechen sein. Dort, wo die Behandlung der „Knechte“ schon vor Kriegsbeginn schlecht war, hatten auch die Kriegsgefangenen wenig Gutes zu erwarten. Wo indes vor dem 1. September 1939 ein ordentliches und menschliches Arbeitsklima herrschte, wurden die Polen auch entsprechend behandelt¹⁶. Kam noch hinzu, dass polnische Saisonarbeiter in Deutschland – und auch im Westmünsterland – durchaus nichts Unbekanntes waren. Die Nationalsozialisten selbst hatten Ende der dreißiger Jahre noch vor Kriegsbeginn Polen als Saisonarbeiter angeworben und ihnen den Übertritt nach Deutschland trotz des Widerstandes der polnischen Regierung erleichtert¹⁷. So gab es in der deutschen Bevölkerung durchaus eine positive Haltung gegenüber den nach Deutschland überführten Kriegsgefangenen¹⁸.

Von Anfang an machte die nationalsozialistische Staatsführung deutlich, dass für sie die

14 Ob der Kreis Coesfeld wie der Kreis Lüdinghausen einen Vertrag mit der Wehrmacht zur Übernahme der Kriegsgefangenen geschlossen hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Während sich ein solcher Vertrag für den Kreis Lüdinghausen durch die Ersatzüberlieferung in den Gemeindearchiven belegen lässt, fehlen vergleichbare Informationen für den Kreis Coesfeld.

15 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 340: Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ämter des Kreises vom 4. 12. 1939.

16 Schwarze, Kinder, S. 27-29.

17 Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 11: Schnellbrief des Reichsministeriums des Innern an die preußischen Regierungspräsidenten vom 22. 4. 1939.

18 Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Neuauflage, Bonn 1999 (zugleich Diss. Essen 1985), S. 83.

Polen Angehörige einer Feindnation waren, mit denen man im Krieg stand¹⁹. Im Volk fruchtete diese Propaganda jedoch nur bedingt. Der Lüdinghauser Landrat beklagte sich im April 1940 über die Bauern in seinem Landkreis, die zuviel Mitgefühl mit den Polen zeigten und diese vielfach unbeaufsichtigt herumlaufen ließen²⁰. Der Landrat lieferte damit im Nachhinein eine Begründung für die so genannten „Polenerlasse“ der deutschen Regierung. Wie Ulrich Herbert feststellt, wurde die schäbige und diskriminierende Behandlung der Polen nicht aus polizeilichen Erwägungen durchgesetzt, sondern aus rassistischen Gründen: „Die Polen wurden als verschlagene, brutale Primitive dargestellt, die neben den Juden für Deutschland die größte Gefahr bedeuteten.“²¹ Da die Polen als minderwertig galten, waren sie von den Deutschen getrennt zu halten, kulturellen Veranstaltungen hatten sie ebenso fern zu bleiben wie den deutschen Frauen, ihre Bewegungsfreiheit wurde eingeschränkt, schäbiges Verhalten gegenüber Polen wurde von den Deutschen erwartet; und noch vor den Juden mussten die Polen ein Zeichen auf ihrer Kleidung anbringen, um von den Deutschen als ausländische Arbeitskräfte sofort erkannt zu werden²². Das Verhalten der deutschen Behörden war mehr als dumm, es war kontraproduktiv. Selbst polnische Schwerstarbeiter im Bergbau mussten sich Schikanen bieten lassen, die der Produktivität sicherlich nicht dienlich waren. In völliger Verblendung der Realitäten wurde diesen Arbeitern nicht einmal eine besondere Zulage bei der Ernährung zugestanden:

„Eine nach den Lebensgewohnheiten der Polen nicht gerechtfertigte Zuteilung von Fleisch und Fett gemäss der Schwerstarbeiterzulage würde allgemein in der Bevölkerung, im besonderen bei den deutschen Bergarbeitern nicht verstanden werden und böses Blut machen.“²³

stellte Oberpräsident Dr. Meyer fest.

19 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup B 338: Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im RMI in Berlin vom 23. 12. 1939.

20 Gemeindearchiv Nordkirchen, B 1172: Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Ortspolizeibehörden des Kreises vom 25. 4. 1940; dazu ergänzend im selben Bestand Bericht des Gend.-Gruppenpostens Nordkirchen an die Ortspolizeibehörde Nordkirchen vom 19. 5. 1940.

21 Herbert, Fremdarbeiter, S. 86. Vgl. dazu ergänzend Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen 5076: Korrespondenz des Reichsverteidigungskommissars im Wehrkreis VI 1939 – 1940.

22 Herbert, Fremdarbeiter, S. 87-91.

23 Staatsarchiv Münster, Bestand Oberpräsidium Westfalen, 5177: Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI, Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an den Beauftragten für Leistungssteigerung im Bergbau Reichskohlenkommissar Pg. Walter vom 15. 6. 1940.

Für die mehrheitlich katholischen Polen war zunächst eine seelsorgerische Betreuung nicht üblich²⁴. Immerhin fand sich auf Druck der katholischen Kirche auch hier eine Lösung, die allerdings wieder rassistisch geprägt war: Die Gestapo wies die Landräte an, für polnische Zwangsarbeiter von deutschen Gläubigen getrennte Gottesdienste zu veranstalten²⁵. 1943 legte der Landrat von Coesfeld fest, dass deutsche Jugendliche nicht bei solchen Messen als Messdiener mitwirken dürften²⁶.

Ob die Polen bei Zuwiderhandlungen der Justiz überstellt oder einer „Sonderbehandlung“ zugeführt wurden, lag mit Kriegsbeginn im Ermessen der deutschen Behörden. Die Behörden vor Ort wurden noch einmal im Sommer 1941 daran erinnert, dass es Sache der Gestapo war, Fremdarbeiter den Gerichten zu überstellen oder sie direkt zu bestrafen²⁷.

In den folgenden Jahren wurden diese Verordnungen und Erlasse immer mehr ausgefeilt und ab 1941/42 auch auf die Menschen aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion ausgedehnt²⁸.

Für die Landwirte vor Ort bedeutete dies ein großes Stück Unsicherheit. Sie hatten ihre polnischen Arbeitskräfte von den deutschen Knechten, Mägden und Familienangehörigen getrennt zu halten, aber in der Praxis war das durchaus nicht immer machbar. Das Paradebeispiel, an das sich viele Zeitzeugen erinnern, war das Essen. Prinzipiell durften Polen nicht mit Deutschen an einem Tisch sitzen und mit ihnen gemeinsam ein Mahl einnehmen²⁹. Es gab Bauern, die hielten sich nicht an diese Verordnung und kamen damit auch durch, andere wurden denunziert und sahen sich dadurch genötigt, ihre polnischen Arbeiter beim Essen zu separieren, andere wiederum taten dies selbstverständlich ohne Ansporn. Wie weit die

24 Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 150: Schnellbrief der Gestapo Münster an Landräte etc. vom 21. 11. 1939 zur Gefangenenseelsorge. Dazu ergänzend ebenda: Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen an den Landrat vom 23. 11. 1939.

25 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 340: Schreiben der Gestapo Münster an die Landräte vom 30. 9. 1940. Dazu ergänzend im selben Bestand: Richtlinien für die geistliche Betreuung katholischer Kriegsgefangener im Wehrkreis VI vom 14. 12. 1940.

26 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 340: Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Bürgermeister vom 3. 5. 1943.

27 Stadtarchiv Olfen, B 146: Schreiben der Gestapo Münster zur Behandlung der im Reich eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter.

28 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 322: Schreiben des Landrats von Coesfeld an Ortspolizeibehörden vom 11. 9. 1941.

29 Susanne Harke-Schmidt: „Bei Landwirten ist der gemeinsame Tisch nicht gestattet.“ Zwangsarbeit in der Kerpener Landwirtschaft, in: Gezwungenermaßen – Zwangsarbeit in der Region Rhein-Erft-Ruhr, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Archivarinnen und Archivare im Erftkreis, Bergheim/Erft 2002, S. 13-24.

Trennung von Polen und Deutschen im Alltagsleben ging, zeigt ein Beispiel aus Olfen: Hier bedurfte es einer besonderen Verfügung des Amtsbürgermeisters, damit ein deutscher Friseur polnischen „Köpfen“ die Haare schneiden durfte.³⁰

Für die Mehrzahl polnischer Kriegsgefangener brachte der Sieg Deutschlands über Frankreich eine einschneidende Änderung ihres Status mit sich: Sie wurden durch eine

„hochherzige Tat des Führers“³¹

aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Indes war die Tat des Führers durchaus nicht hochherzig: Kriegsgefangene unterlagen der Kontrolle des Internationalen Roten Kreuzes, zivile Ausländer hingegen nicht. Und noch ein weiterer praktischer Grund kam hinzu: Durch ihren Abgang aus den Lagern wurden diese frei für die französischen Kriegsgefangenen.

Die Polen räumten also die Kriegsgefangenenlager und wurden mehrheitlich bei ihren Arbeitgebern untergebracht, also auf den Höfen oder etwa im Kreis Lüdinghausen auch in Baracken bei den Bergbaubetrieben. Sie unterstanden nun nicht mehr der Wehrmacht bzw. dem Stalag, sondern dem Arbeitsamt. Sie mussten sich verpflichten, jede ihnen aufgetragene Arbeit zu verrichten³². Damit verbunden war auch die Verpflichtung, ihren Arbeitsort nicht ohne Zustimmung des Arbeitgebers, des Arbeitsamtes und der örtlichen Polizeibehörde zu verlassen. Die Möglichkeit, sich eine andere Arbeitsstelle zu suchen, war damit theoretisch unterbunden.

Die Bezahlung der Polen blieb auch nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft deutlich unter der Entlohnung für deutsche Arbeiter. Allerdings hatte dies für die Arbeitgeber kaum Konsequenzen. Sie mussten für eine polnische Arbeitskraft nur einen etwas geringeren Lohn abführen, damit sie nicht auf die Idee verfielen, ihren deutschen Untergebenen zu kündigen und stattdessen billige Polen einzustellen. Die polnischen Arbeitskräfte hatten Sonderabgaben zu entrichten, so dass bei ihnen weit weniger Geld ankam als bei den Deutschen. Es reichte gerade zum Überleben³³.

30 Stadtarchiv Olfen, B 114: Verfügung des Amtsbürgermeisters von Olfen vom 7. 7. 1943.

31 Gemeindearchiv Nordkirchen, B 298: Schreiben des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Dortmund vom 16. 10. 1940.

32 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 342: Verpflichtungsschein für Valentin Lawera (schreibt sich selbst laut Unterschrift Walenty) vom 4. 8. 1940. Lawera verstarb am 22. Januar 1945 im Coesfelder St. Vincenz-Hospital; Todesmeldung im selben Bestand: Schreiben des St. Vincenz-Hospitals Coesfeld an Polizei Rorup vom 1. 2. 1945

33 Herbert, Fremdarbeiter, S. 106 – 108.

An den Polen probierten die Deutschen die Behandlung der übrigen Zwangsarbeiter, die noch nach Deutschland kommen sollten.

Kriegsgefangene anderer Nationen

Die rassistische Regelungswut der Nationalsozialisten sollte in den folgenden Kriegsjahren auch die anderen Völker erfassen und war durchaus Wandlungen ausgesetzt. Die Völker „artverwandten Blutes“, wie es so untreffend in der nationalsozialistischen Sprache hieß, wurden besser behandelt als Menschen aus slawischen Ländern, Personen aus befreundeten Staaten trotz ihrer Herkunft besser als Leute aus „Feindstaaten“. Am drastischsten erlebten die Italiener ihren Abstieg. Wurden Italiener bis 1943 als Verbündete betrachtet, änderte sich dies durch den Sturz Mussolinis. Die Italiener wurden bis Kriegsende noch schlechter behandelt als Menschen aus der Sowjetunion³⁴.

Mit dem Beginn des Westfeldzugs im Frühjahr 1940 bekam die deutsche Wirtschaft neues ‚Menschenmaterial‘ für die vakanten Arbeitsplätze. Trotz des gewonnenen Polenfeldzuges konnten die Probleme der deutschen Wirtschaft nicht gelöst werden, der Mangel an Arbeitern war nur notdürftig durch polnische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter kaschiert worden. Die meisten Polen waren im ersten Kriegsjahr in der Landwirtschaft eingesetzt worden³⁵. Im April 1940, vor Ausbruch der Kampfhandlungen gegen die Benelux-Staaten und Frankreich, musste das Landratsamt in Lüdinghausen dem Amtsbürgermeister von Nordkirchen mitteilen, dass mit weiteren Kriegsgefangenen nicht zu rechnen sei³⁶. Dieser Mangel an Arbeitskräften wurde durch die Niederlage Frankreichs zunächst behoben. In die Kriegsgefangenenlager rückten die Franzosen ein, nachdem man die Polen zu Zivilarbeitern erklärt hatte. Der Vertrag zwischen der Wehrmacht bzw. dem Stalag und dem Kreis Lüdinghausen über den Einsatz polnischer Kriegsgefangener wurde gekündigt³⁷, ein neuer Vertrag wurde im Sommer 1940 geschlossen, der die

34 Herbert, Fremdarbeiter, S. 303.

35 Herbert, Fremdarbeiter, S. 102f: „Von den zwischen Mai 1939 und Mai 1940 nach Deutschland gekommenen 853000 Ausländern arbeiteten 561000 (65,8 %) in der Landwirtschaft und nur 247000 (28,9 %) in der Industrie, obwohl aus der Industrie insgesamt und prozentual mehr deutsche Arbeiter zum Militär eingezogen wurden als aus der Landwirtschaft.“

36 Gemeindearchiv Nordkirchen, B 1172: Schreiben des Landrats von Lüdinghausen – Kreiskulturbauamt an den Amtsbürgermeister von Nordkirchen vom 8. 4. 1940.

37 Gemeindearchiv Nordkirchen, B 298: Niederschrift über die am 5. 8. 1940 im Kreishaus zu Lüdinghausen stattgefundene Bürgermeisterbesprechung.

Behandlung französischer Kriegsgefangener und ihren Arbeitseinsatz regelte³⁸.

Die Franzosen wurden wesentlich besser behandelt als die Polen. Dieses „Glück“ teilten auch die Belgier und die Niederländer, sowie die nordischen Völker, Norweger und Dänen.

Völlig anders erging es den geschlagenen Soldaten der Roten Armee. Gerieten sie in deutsche Kriegsgefangenschaft, wurden sie in Lager eingesperrt und sich selbst überlassen. Tausende von ihnen sind so verhungert und verreckt, auch in Deutschland, denn knapp 400000 Soldaten wurden nach Deutschland verschleppt³⁹. Dies geschah übrigens durchaus nicht im Verborgenen, sondern mehr oder weniger unter den Augen der deutschen Bevölkerung. So beklagte sich der Amtsbürgermeister von Runderroth bei seinem Landrat in Gummersbach über den Abtransport der Leichen:

„Es mehren sich die Fälle, dass im Lager Wiehlmünden sowjet-russische Kriegsgefangene sterben (...).

Es wird nicht bestritten werden können, dass es ekelhaft ist, die ausgemergelten nackten Körper, die mit Geschwüren bedeckt einen penetranten Geruch verbreiten, anzufassen und zu transportieren.

(...) Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, dass auf den Kampffeldern des Ostens die Bolschewiken ihre Gefallenen selbst begraben müssen. Ob sich das nicht auch im Inlande ermöglichen lässt, entzieht sich meiner Kenntnis.

Dazu kommt zum Schlusse noch eins:

Die Gemeinde hat ihre Fahrzeuge für landwirtschaftliche Zwecke beschafft. In diesen Tagen hat sie, um die Bevölkerung schnell in den Besitz der ihr zugewiesenen Kartoffeln zu bringen, mit den Fahrzeugen Kartoffeln umgefahren! Auf denselben Fahrzeugen müssen nun die nackten Leichen der Kriegsgefangenen transportiert werden. Ich bezweifle, ob das Gesundheitsamt nicht gegen diese Benutzung der Fahrzeuge Einspruch erheben wird.“⁴⁰

Zunächst waren die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht für die Arbeit vorgesehen,

38 Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 1089: Vertrag zwischen dem Deutschen Reich – Reichsfiskus Heer – vertreten durch den Kommandanten des Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagers – Stalag VI D, Herrn Oberstleutnant Eck, einerseits, und dem Herrn Landrat des Kreises Lüdinghausen als Vertreter der Stadt- bzw. Amtsbürgermeister des Kreises (im weiteren Wortlaut des Vertrages als „Unternehmer“ bezeichnet) andererseits (...) vom 30. 8. & 7. 9. 1940. Dem Vertrag folgten in den folgenden Wochen noch einige Änderungsverträge.

39 Herbert, Fremdarbeiter, S. 173.

40 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 53 – 698: Schreiben des Bürgermeisters von Runderroth an den Landrat von Gummersbach vom 9. 12. 1941.

obwohl in den Wirtschaftlichen Lageberichten⁴¹ der Regierungspräsidien und des Oberpräsidiums Westfalen an Hermann Göring u. a. in seiner Eigenschaft als Preußischer Ministerpräsident, Beauftragter für den Vierjahresplan, Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung etc. schon im Frühjahr 1941 ein erneuter Arbeitskräftemangel beklagt wurde, denn die Einberufungen deutscher Männer zur Wehrmacht rissen große Lücken. Was immer unternommen wurde, um die Lücken zu schließen, es scheiterte. Der Versuch, niederländische Bergleute und Arbeiter anzuwerben⁴², ging daneben, weil die Niederländer sich weigerten, freiwillig ins Reich zu ziehen⁴³. Überhaupt sah man die Werbeaktionen durchaus skeptisch. So urteilte man im Regierungspräsidium Düsseldorf:

„Die Fluktuation unter den ausländischen Arbeitern ist sehr gross (sic). Die Anwerbeaktionen gehen weiter. Bei Holländern verspricht man sich nur etwas von der Anwerbung Jugendlicher. Die Erwachsenen sind meist nach einigen Tagen wieder abgekehrt. Von den rd. 5000 italienischen Arbeitskräften, die in der ersten Anwerbung Ende 1940 angelegt werden konnten, sind inzwischen 70,6 v.H. wieder abgekehrt.“⁴⁴

Hier regte man auch an, die Zwangsarbeiter besser zu bezahlen, also auch besser zu behandeln:

„Landwirtschaftliche Grossbetriebe (sic) regen an, den polnischen Landarbeitern höhere Akkordlöhne zu gewähren, um die Leistungen zu steigern. Die Forderungen werden damit begründet, dass die in der gewerblichen Wirtschaft tätigen Polen ihre Angehörigen in der Heimat unterhalten könnten, was den Landarbeitern nicht möglich sei.“⁴⁵

Auch die deutschen Behörden und Regelungen kamen in diesen Berichten nicht im-

41 Diese wirtschaftlichen Lageberichte, die monatlich abgegeben wurden, sind durchweg interessant, aber sie sind auch mit Vorsicht zu behandeln. Wie weit diese Berichte die Realität wiedergeben, ist unklar. Immerhin enthalten sie die Dinge, die man vor Ort für so wichtig erachtete, um sie der Obrigkeit in Berlin mitzuteilen.

42 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des RP Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b in Düsseldorf vom 9. 12. 1940.

43 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des OP Westfalen, Führungsstab Wirtschaft, Berichterstatter Assessor von Detten in Münster an Göring vom 10. 4. 1941 zum Lagebericht Nr. 27.

44 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des RP Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichterstatter Dr. Dresbach, an Göring vom 9. 5. 1941.

45 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des RP Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichterstatter Dr. Dresbach, an Göring vom 9. 5. 1941. Umgekehrt wollte man im Bergbau und in der Bauindustrie die Löhne für Ausländer senken: hier verdarben die ungeübten und demotivierten Fremdarbeiter den in ihrer Gruppe arbeitenden Deutschen die Akkordlöhne; vgl. Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5202,1: Schreiben des RP Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichterstatter Dipl.-Volkswirt C. Driever an Göring.

mer gut weg. Das Pflichtjahr für Mädchen etwa verstärkte den Arbeitskräftemangel, wie man im Regierungspräsidium Osnabrück feststellen musste, weil junge Mädchen auch dann in das Pflichtjahr einberufen wurden, wenn sie bereits als Arbeitskraft eingespannt waren⁴⁶. Die Frauen versuchten ohnehin sich dem Arbeitseinsatz während des Krieges zu entziehen und ließen sich ungerne von den Arbeitsämtern registrieren⁴⁷.

Der Krieg gegen die Sowjetunion hatte kaum begonnen, da war der Ruf nach sowjetischen Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte zu hören⁴⁸. Aus rassistischen Gründen sollte ihr Einsatz zunächst unterbleiben, doch da Hitlers Plan, die Sowjetunion in einem weiteren „Blitzkrieg“ zu erobern, scheiterte und in der Folge weitere Männer zur Wehrmacht einberufen wurden und dadurch der Arbeitskräftemangel zunahm, gab Hitler nach und ordnete am 31. Oktober 1941 den Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen an⁴⁹. Damit verbunden war die Festlegung, diese Personengruppe noch schlechter zu entlohnen und zu ernähren als die Polen.

Diese Maßnahme kam, wie bereits erwähnt, für viele gefangene Soldaten zu spät, sie waren bereits gestorben. Es dauerte mehrere Monate, den Rest wieder aufzupäppeln, wobei die weiterhin dürftige Ernährung kontraproduktiv war und Krankheiten und Seuchen Vorschub leistete, wie man endlich auch bei den Behörden erkannte:

„Es zeigt sich auch hier, wie überhaupt bei dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener, die Auswirkung der Ernährung auf die Arbeitsleistung. Da uns in erster Linie an der Arbeitskraft dieser Menschen liegt, ist es notwendig, sie so zu ernähren, dass (sic) sie dadurch zu den Leistungen befähigt werden, die man von ihnen verlangt. Sehr deutlich hat sich das auch an den sowjetischen Kriegsgefangenen gezeigt, die anfangs infolge unzureichender Ernährung überhaupt nicht einsatzfähig waren. Im Ruhrbergbau sind bisher lediglich rund 70 Mann zum Einsatz gekommen, da über die meisten Kriegsgefangenen Quarantäne verhängt ist. Der Einsatz der

46 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des RP Osnabrück, Berichtstatter ORR v. Steinbrück, an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI, Gauleiter und OP Dr. Meyer vom 16. 4. 1941.

47 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5201: Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster, Führungsstab Wirtschaft, Berichtstatter RR von Detten an Göring vom 10. 6. 1941. Vgl. dazu ergänzend Herbert, Fremdarbeiter, S. 53-56.

48 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5201: Schreiben des RP Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichtstatter Dr. Dresbach, an Göring vom 9. 7. 1941.

49 Herbert, Fremdarbeiter, S. 163.

*Russen war durch Flecktyphus behindert.*⁵⁰

Wie zuvor für die Polen wurde nun auch für die „Ostarbeiter“ ein Erlass angefertigt, in dem festgelegt wurde, wie die Menschen aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion zu behandeln seien⁵¹. Auch sie hatten ein Kennzeichen zu tragen und wurden nur mit dem Nötigsten versorgt; in der rassistischen Hierarchie der Nationalsozialisten nahmen sie die unterste Stelle ein. Nur Juden galten noch weniger⁵².

Da indes durch die schlechte Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener kurzfristig das anvisierte Ziel, den Arbeitskräftemangel zu beseitigen, nicht behoben werden konnte, ging man dazu über, Zivilisten aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion nach Deutschland zur Zwangsarbeit mit Gewalt zu verschleppen. In der Heimat war ihre Ernährung allerdings auch nicht gesichert, denn die Wehrmacht setzte sich über geltendes Kriegsrecht hinweg und schöpfte Reserven der besetzten Gebiete restlos für die eigene Versorgung und zur Entlastung der Wirtschaft ohne Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung ab⁵³. Das Arbeitsamt hatte im Januar 1942 festgelegt, dass der Bedarf an Zivilarbeitern für Westfalen aus dem Gebiet Kriwoi Rog in der Ukraine zu decken sei. Von hier rollten bis zur Rückeroberung der Gebiete Ende 1944 die Transportzüge aus dem Osten nach Soest, wo die Menschen zunächst entlastet und dann erkennungsdienstlich erfasst wurden. Vom Arbeitsamt wurden sie hier an die Gemeinden weitergeleitet⁵⁴.

Anders als für Polen und Franzosen lässt sich für die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht nachweisen, dass für ihre Arbeitsvermittlung ein ähnlicher Vertrag zwischen

50 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5203: Schreiben des Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Dipl.-Volkswirt C. Driever, an den Reichsmarschall etc. z.H. ORR Hallwachs.

51 Herbert, Fremdarbeiter, S. 178 – 182.

52 Ein Versuch von Oberpräsident Dr. Meyer im Frühjahr 1941, den Arbeitskräftemangel durch einen vorübergehenden Einsatz von Juden aus dem besetzten Polen zu lindern, wurde von Hitler selbst unterbunden; vgl. Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5063: Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Dienststellen vom 19. 4. 1941; Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Dienststellen vom 26. 4. 1941.

53 Johannes Hürter: Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 49 (2001), S. 404f: „Bei der Planung der Wirtschaftsorganisation für den ‚Fall Barbarossa‘ hatten sich die zuständigen zivilen und militärischen Zentralbehörden im Frühjahr 1941 grundsätzlich auf eine rücksichtslose Ausbeutungspolitik geeinigt, um erstens die gesamte Wehrmacht aus den eroberten Ostgebieten ernähren und zweitens dem Reich die zur Versorgung der Truppe nicht gebrauchten Überschüsse an Ölsaaten, Getreide und Fleisch zuführen zu können. Dadurch sollten die Ernährungsbilanz des Deutschen Reichs entlastet und weitere Rationierungen vermieden werden. Als Folge dieser Abschöpfung von Lebensmitteln für Truppe und Heimat nahm man den Hungertod von ‚zig Millionen‘ Russen von vornherein bewusst in Kauf.“

54 Schwarze, Kinder, S. 44 – 46.

der Wehrmacht und dem Kreis geschlossen wurde. Offensichtlich wurden sie den landwirtschaftlichen Betrieben durch das Arbeitsamt zugewiesen, wie dies auch mit den verschleppten Zivilisten geschah.

Und was für die Polen gesagt werden muss, das galt auch für diese Menschen: Zwar war von oben eine schäbige Behandlung der „Ostarbeiter“ angeordnet worden, aber es lag auch hier vielfach im Ermessen des Einzelnen, wie er diese Menschen behandelte. Dabei ist pauschal festzustellen, dass die Behandlung in der Landwirtschaft besser war als in der Industrie oder gar im Bergbau.

Problemfall Niederländer

Das Westmünsterland grenzt an das Königreich der Niederlande. Deutsche gingen in der Vergangenheit in die Niederlande, um hier zu leben und zu arbeiten, Niederländer zog es aus den gleichen Gründen nach Deutschland. Es gab also in den Landkreisen Coesfeld und Lüdinghausen Menschen mit niederländischem Pass, die schon in der zweiten Generation in Deutschland lebten, aber auf ihre Einbürgerung bewusst verzichteten. Dazu kommen die Grenzgänger, deren Zahl allerdings nach 1933 wegen der Devisenbestimmungen des Deutschen Reichs abgenommen haben dürfte. Die Niederländer sind also im wahrsten Sinne des Wortes ein Grenzfall.

Unmittelbar nach dem Überfall auf das Königreich der Niederlande erging vom Landratsamt in Coesfeld die Anweisung, Niederländer über 15 Jahre festzunehmen, sofern sie nicht deutschfreundlich oder arbeitslos seien⁵⁵.

Die Menschen in den besetzten Niederlanden sollten zunächst auf freiwilliger Basis angeworben werden für ihren Arbeitseinsatz in Deutschland, dies scheiterte jedoch, wie das Oberpräsidium Westfalen in der monatlichen Lagebeurteilung im Frühjahr 1941 einräumen musste⁵⁶.

Ein großes Problem für die deutsche Obrigkeit war die Arbeitsmoral der Niederländer,

55 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 321: Funkspruch des LR Coesfeld, aufgenommen am 11. 5. 1940. Ob tatsächlich Niederländer festgenommen worden sind, entzieht sich leider meiner Kenntnis. Zum Komplex Niederländer im Grenzgebiet vgl. Thomas Müller: Zwangsarbeit im Kreis Aachen. Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte, RWTH Aachen, Prof. Dr. Paul Thomas, Maschinschrift, Aachen 2002, S. 36 – 45.

56 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des Oberpräsidenten von Westfalen, Führungsstab Wirtschaft, Berichterstatte Assessor von Detten in Münster an Göring vom 10. 4. 1941.

die immer wieder für die Nazis Anlass zur Klage gab⁵⁷. Natürlich lässt sich das nicht auf seine „Richtigkeit“ überprüfen, diese Klagen darf man als persönliche Wertungen betrachten⁵⁸. Immerhin: Der Landrat des Landkreises Coesfeld übermittelte dem Oberpräsidium Westfalen eine Stellungnahme seines Kreisobmanns der Deutschen Arbeitsfront (DAF), in der eingeräumt wurde, dass jeder Versuch, die Niederländer zu disziplinieren, gescheitert sei. Das Urteil ist denn auch vernichtend über den ‚Kampfgeist‘ der Niederländer:

„Was wir Tag für Tag von unseren Männern und Frauen fordern und verlangen, Kampf, Opfermut, Trennung von Heim und Familie, lagermäßige (sic) Unterbringung usw., müssten (sic) wir auch im begrenzten Umfange von den holl. Grenzgängern fordern können, wenn er (sic) überhaupt ein Anrecht haben will, als Germane und Europäer gewertet zu werden.“⁵⁹

Ein schöneres Lob konnte den Niederländern nicht ausgestellt werden!

Nach dem Krieg mussten die Gemeinden und Kreise der niederländischen Armee Auskunft geben über Schicksal und Verbleib niederländischer Staatsangehöriger während des Krieges, die in ihrem Sprengel lebten oder nach dorthin verschleppt worden waren⁶⁰.

Die Deutschen, die Ausländer und das Sexualleben der beiden Gruppen

Zu den merkwürdigsten und sicherlich auch heute kurios anmutenden Dingen des Zwangsarbeitereinsatzes gehört die Furcht der Nationalsozialisten vor rassischer Vermischung. Hitlers propagiertes Ziel war die Reinerhaltung der deutschen Rasse. Die ersten Opfer dieses Wahns waren die deutschen Juden, denen durch die Nürnberger Rassegesetze jeder sexuelle Kontakt zu Nichtjuden verboten wurde. Die in Deutschland ansässigen Zigeuner sollten ebenfalls daran gehindert werden, mit

57 Z.B. Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des Regierungspräsidenten von Osnabrück, Berichtstatter ORR v. Steinbrück, an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI, Gauleiter und Oberpräsidenten Dr. Meyer vom 16. 4. 1941.

58 Herbert, Fremdarbeiter, S. 117.

59 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5014: Schreiben des Landrats des Kreises Coesfeld an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster durch den Regierungspräsidenten in Münster vom 30. 6. 1944.

60 Z.B. Gemeindearchiv Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 60: Schreiben des Amtsbürgermeisters von Ottmarsbocholt an Lt. R. Corbesir in Rheine vom 27. 8. 1945. Stadtarchiv Lüdinghausen, Bestand 11, 140: Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen an Lt. R. Corbesir vom 6. 9. 1945. Zu Lt. Rudolfus (Ruud) Corbesir liegen seine Lebensdaten vor: er wurde 1920 geboren und starb 1994; Auskunft A. Corbesir.

Deutschen sexuell zu verkehren. Hier kam es nicht wie bei den Juden zu einem gesetzlichen Verbot, aber durch geeignete Maßnahmen sollte dies zu Beginn des Krieges unterbunden werden⁶¹. Durch die Deportationen der Zigeuner wurde dieses „Problem“ schließlich durch Massenmord gelöst. Auch „rassisch Minderwertige“, also „Asoziale“ oder geistig Kranke, sollten daran gehindert werden, sich fortzupflanzen. Für diese Menschen sah ein eigens geschaffenes Gesetz die Sterilisierung vor.

Das Ziel, das deutsche Volk vor „rassisch Minderwertigen“ zu schützen, wurde durch den massenhaften Einsatz von Ausländern durch die Nationalsozialisten auf das Größte verfehlt. Und mehr noch: Es waren ja nach der eigenen Definition der Machthaber keine Völker „artverwandten Blutes“, für die sich die Grenzen des Reiches öffneten, sondern es war ein slawisches Volk, das als erstes nach Deutschland geholt wurde, nämlich Polen.

Die Nationalsozialisten waren sich der „Gefahren“ für die „Reinhaltung des deutschen Blutes“ wohl bewusst und ahnten, dass eine stolze deutsche Frau beim Anblick eines hübschen polnischen Mannes ihren „Stolz“ wohl würde verlieren können. Es galt also Vorsorge zu treffen.

Das Thema Sex zwischen Deutschen und Ausländern zieht sich durch die Akten der Kommunen. Es beschäftigte die Insignienträger des Reiches auf allen Ebenen. 1941 musste sich Hitler mit der Frage befassen, ob Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Chinesen statthaft sei, ja, ob sogar Ehen zwischen diesen Rassen möglich seien.

*„Aus Anlaß der von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 25. 4. 1941 geschilderten Fälle hat der Führer angeordnet, daß derartige Eheschließungen sofort durch generelle Anweisung unterbunden werden sollen; selbstverständlich dürfe kein deutsches Mädchen einen Chinesen oder Neger heiraten.“*⁶²

Das Thema beschäftigte die Partei und ihren Führer immer wieder: In einer Anordnung aus dem Führerhauptquartier verfügte Martin Bormann im Sommer 1942 den Einsatz der Partei bzw. ihrer Mitglieder bei der Bewachung der „fremdvölkischen Arbeitskräfte“⁶³.

61 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 250: Schreiben des Reichskriminalpolizeiamts an die Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens in Berlin vom 4. 9. 1940.

62 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Gemeinde Buldern, B 264: Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 3. 9. 1941 zum Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Chinesen.

63 Gemeindecarchiv Nordkirchen, B 302: Anordnung aus dem Führerhauptquartier von Martin Bormann vom 26. 8. 1942 zum Einsatz der Partei bei der Überwachung der fremdvölkischen Arbeitskräfte: Sex mit Deutschen soll auf jeden Fall unterbunden werden, daher scharfe Überwachung und Trennung der Deutschen von Ausländern.

Den polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern wurde jeder sexuelle Verkehr mit Deutschen unter Androhung der Todesstrafe verboten. Dies wurde den Polen auch mitgeteilt. In Nordkirchen wurde darüber ein Protokoll erstellt, welches jeder Pole eigenhändig unterzeichnen musste⁶⁴.

Allerdings blieb den Polen rein theoretisch gestattet, Deutsche zu heiraten, doch auch dies sollte nach einem Schreiben des Reichsministeriums des Innern an die Aufsichtsbehörden der Standesämter vom 10. März 1942 unterbunden werden⁶⁵.

Bordelle für Zwangsarbeiter

Die nach Deutschland hereinströmenden Ausländer stellten also für die Nationalsozialisten im Hinblick auf „Reinerhaltung der arischen Rasse“ ein Problem dar. Um den polnischen Männern Gelegenheit zu geben, ihre Sexualität wenigstens grob zu befriedigen, wurde auf Reichsebene der Plan gefördert, Bordelle für polnische Fremdarbeiter einzurichten. In einem Schreiben des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring vom 8. 3. 1940 zur Behandlung der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums im Reich wurde von den im Reich eingesetzten Polen nicht nur ein besonderes Kennzeichen verlangt, das diese sichtbar zu tragen hatten, in einer Anlage folgten die Erläuterungen zu den Ausführungen Görings. Und hier wurde die Einrichtung von Bordellen für Polen vorgeschlagen, damit diese erst gar nicht in die Gefahr kämen, ihre Triebe mit deutschen Frauen auszuleben⁶⁶.

In der Provinz Westfalen fanden diese Bordelle in Gauleiter Meyer einen emsigen Befürworter. Dr. Alfred Meyer, der seit 1938 auch Oberpräsident der Provinz Westfalen war, setzte sich seit dem Frühjahr 1941 energisch für die Errichtung von Bordellen in seinem Machtbereich ein. Das Problem dabei waren die anfallenden Kosten. Meyer erwartete, dass die betroffenen Betriebe die Kosten übernehmen würden. Da es auf zentraler Ebene noch keine Regelung für die Einrichtung von Bordellen „für ausländische Arbeiter nichtgermanischer Abstammung“ gab, forderte Meyer für seinen Machtbereich die zügige Einrichtung von Bordellen.

64 Gemeindearchiv Nordkirchen, B 298: Verzeichnis der Polen, die auf Verfügung der Gestapo darüber belehrt worden sind, dass sexueller Verkehr mit den Deutschen für den polnischen Beteiligten mit dem Tode endet; Verfügung vom 13. 12. 1941, Liste aufgestellt in Nordkirchen am 12. 1. 1942.

65 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 80: Schreiben des Reichsministers des Innern an die Aufsichtsbehörden der Standesämter vom 10. 3. 1942.

66 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5076: Schreiben des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung in Berlin an die Obersten Reichsbehörden vom 8. 3. 1940 zur Behandlung der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums im Reich. Zum Komplex Bordelle für Zwangsarbeiter vgl. auch Schwarze, Kinder, S. 110 – 114.

„Da in diesen Fragen eine Einigung bei den örtlichen Stellen nicht hat erzielt werden können, so hat mich der Inspekteur der Sicherheitspolizei im Auftrage des Höheren SS- und Polizeiführers West gebeten, mich einzuschalten und eine vorläufige Regelung zu treffen, um hier jede weitere, nicht mehr tragbare Verzögerung zu vermeiden. Ich sehe mich daher veranlasst, daraufhinzuweisen, dass (sic) die Errichtung der Bordelle lediglich durch die hereingenommenen ausländischen Arbeitskräfte verursacht ist und daher im Interessenbereich der diese Arbeiter beschäftigenden Betriebe liegt. Es wird daher – vorbehaltlich späterer endgültiger Regelungen von zentraler Stelle – so zu verfahren sein, dass (sic) grundsätzlich die Kosten und sonstigen Beiträge von den beteiligten Unternehmen aufgebracht werden.“⁶⁷

Träger der Bordelle sollten die Gemeinden sein, die Überwachung und Einrichtung lag bei der Polizei, für die innere Einrichtung der Zimmer hatte die DAF zu sorgen.

Schon im April 1941 wurde Landrat Barthel tätig: Er fragte bei den Gemeinden seines Kreises nach, ob man die Möglichkeit sehe, Bordelle für die fremdvölkischen Arbeiter einzurichten⁶⁸:

„Aus dem Verbot des Geschlechtsverkehrs für ausländische Arbeiter nichtgermanischer Abstammung ergibt sich die Notwendigkeit zur beschleunigten Einrichtung von Bordellen. Ich bin aufgefordert worden, in Benehmen mit den Gemeinden und Ortspolizeibehörden zu überprüfen, ob mit Rücksicht auf die in den einzelnen Gemeinden eingesetzten ausländischen Arbeiter nichtgermanischer Abstammung die Einrichtung von Bordellen erforderlich ist. Ich bitte mir bis zum 25. ds. Mts. anzugeben, ob für den dortigen Bezirk entsprechende Massnahmen (sic) in Betracht kommen. Dabei ist anzugeben, wieviel (sic) ausländische Arbeiter nichtgermanischer Abstammung im Bezirke beschäftigt werden und ob eine entsprechende Unterbringungsmöglichkeit für die einzusetzenden Frauen besteht, oder sich herrichten lässt.“

Indes hatte der Landrat mit seiner Anfrage wohl Pech: Die Existenz eines Bordells für Ausländer ist nach Aktenlage nicht belegt⁶⁹.

67 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5063: Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiters & Oberpräsidenten Dr. Alfred Meyer an diverse Dienststellen vom 23. 3. 1941 zur Einrichtung von Bordellen für fremdvölkische Arbeiter.

68 Stadtarchiv Olfen, B 146: Vertrauliches Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Ortspolizeibehörden des Kreises vom 7. 4. 1941 zur Einrichtung von Bordellen für Fremdarbeiter. Ein weiteres Schreiben hat sich in Senden erhalten: Gemeindearchiv Senden, Bestand Senden, B 154: Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an Ortspolizeibehörden vom 7. 4. 1941.

69 Die Tatsache, dass sich nach Aktenlage kein Beleg für ein Bordell findet, bedeutet nicht, dass es keines in den Kreisen Coesfeld und Lüdinghausen gegeben hat. Ist dies für den landwirtschaftlich geprägten Kreis Coesfeld eher unwahrscheinlich, kann die Existenz für den Kreis Lüdinghausen mit seiner Bergbauwirtschaft nicht ausgeschlossen werden.

Frauen und Kinder⁷⁰

Zu den widerwärtigsten Kapiteln des Zwangsarbeiter-Einsatzes während des Zweiten Weltkriegs gehört der Umgang mit Kindern. Durch den Krieg wurden nicht nur zahlreiche Minderjährige aus ihrer Heimat nach Deutschland zur Arbeit verschleppt, sie wurden in Deutschland auch um die Möglichkeit gebracht, eine Schule zu besuchen.

Ungerührt wurden Kinder von ihren Eltern getrennt. Ein Beispiel: Im August 1943 nahm die Polizei in Lette den etwa 16-jährigen Alex P. fest. Der Junge war auf einer Zeche in Gladbeck zur Arbeit genötigt worden und im Frühjahr 1943 ausgerissen. Er hatte Unterschlupf und Arbeit seit März bei einem Bauern in Lette gefunden. Der Junge floh aus Heimweh zu seiner Mutter nach Lette, die hier zur Arbeit gezwungen wurde. Die Sache flog erst fünf Monate später auf, als Alex wegen einer Blutvergiftung ärztliche Hilfe benötigte und bekam⁷¹.

Noch brutaler war der Umgang mit schwangeren Frauen. War deutschen Frauen die Abtreibung durch den § 218 untersagt, war eine Abtreibung bei Frauen aus dem Osten mehr als erwünscht⁷². Die Gestapo ließ 1942 die Gemeinden wissen, dass für schwangere Polinnen in deutschen Krankenhäusern kein Platz sei und diese ab dem sechsten Monat durch das zuständige Arbeitsamt abzuschicken seien⁷³. Wegen einer schwangeren Ukrainerin wandte sich der Amtsbürgermeister von Dülmen zwei Tage vor dem Heiligen Abend 1943 an seinen Landrat in Coesfeld, mit der Frage, wohin man die Frau abschieben könne,

„da eine Entbindung hier nicht möglich ist“⁷⁴.

Das Landratsamt in Coesfeld leitete die Anfrage weiter. Vom Arbeitsamt bekam der Amtsbürgermeister am Tag der Heiligen Drei Könige 1944 den Hinweis,

„dass schwangere Ostarbeiterinnen nach Waltrop abgeschoben werden können. Der Bauer hat das Arbeitsamt rechtzeitig zu verständigen. Es besteht aber keine

70 Zum gesamten Komplex vgl. Schwarze, Kinder.

71 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 341: Festnahmebericht des Gend.-Einzelpostens Lette vom 9. 8. 1943.

72 Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 30. 11. 1942.

73 Gemeindearchiv Nordkirchen, B 298: Schreiben der Gestapo Münster vom 5. 8. 1942.

74 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Dülmen B 893: Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an den Landrat von Coesfeld vom 22. 12. 1943.

Möglichkeit eine Ersatzkraft zu stellen und die Ostarbeiterinnen nach der Entbindung zurückzubekommen.“⁷⁵

Was die Frauen und ihre Kinder dort erwartete, hat Gisela Schwarze eindrucksvoll beschrieben. In Waltrop wurden die Frauen entweder zur Abtreibung genötigt oder man ließ ihre Kleinkinder verhungern.

Der Tod von Bronislaw Tutak

Am 8. April 1943 ereignete sich in Darup, einer zum Amt Rorup gehörenden kleinen Gemeinde, ein makaberer Vorfall. Dort erschienen Beamte in Begleitung zweier Zuchthausgefangener und führten den polnischen Arbeiter Bronislaw Tutak in ein Waldstück, „Hengwer“ genannt. An einem Baum wurde der Pole von den zwei Zuchthausgefangenen aufgeknüpft und so umgebracht⁷⁶. Das Ereignis ist den Bewohnern von Darup noch heute in Erinnerung, wenn auch die Gründe, die zur Ermordung Tutaks geführt haben, im Dunkeln zu liegen scheinen.

Bronislaw Tutak wurde am 27. April 1914 in Lodz geboren. Er kam als Kriegsgefangener nach Deutschland und wurde hier im Sommer 1940 in den „Zivilstatus“ überführt. Zugewiesen wurde er einem Bauern in Darup als Hilfsarbeiter. Mit seinem Dienstherrn, der nicht in den Krieg gezogen war, muss er rasch in Streit geraten sein. Da Tutak unter den Verhältnissen litt, griff er zum Alkohol, doch das war nicht die Lösung seines Problems, im Gegenteil:

Am 17. November 1940 war er so betrunken, dass die örtliche Polizei einschreiten musste und ihn festnahm. Bei seiner Vernehmung äußerte er den Wunsch, einem anderen Hof zugewiesen zu werden. Tutak blieb acht Tage in Haft, sein Ansinnen nach einem neuen Arbeitgeber wurde abgeschlagen⁷⁷.

Der Konflikt mit seinem Arbeitgeber scheint nicht gelöst worden zu sein. Zwei Jahre später, am 8. Dezember 1942, verweigerte er mit einem anderen polnischen Zwangsarbeiter die Arbeit. Einen Tag später wurde er auf Verlangen seines Chefs von der Polizei deswegen festgenommen. Sein Dienstherr, Bauer Josef B., zu diesem Zeitpunkt 36 Jahre alt, also acht Jahre älter als Tutak, beurteilte seinen polnischen

75 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Dülmen B 893: Schreiben des Arbeitsamts Bocholt, Nebenstelle Coesfeld, an den Landrat von Coesfeld vom 6. 1. 1944.

76 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 5: Sterbeurkunde für Bronislaw Tutak, * 27. 4. 1914 Baluty jetzt Litzmannstadt, + 5. 4. 1943 Darup. Das Datum seines Todes auf der Sterbeurkunde deckt sich nicht mit den Angaben auf anderen Schriftstücken. Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 261: Diverse Schreiben zur Hinrichtung von Bronislaw Tutak.

77 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 340: Vernehmungsprotokoll von Bronislaw Tutak vom 19. 11. 1940.

Arbeiter in der späteren Vernehmung als Wortführer der Polen in Darup:

„Der in Frage kommende Bruno (sic) Tutak war wohl im Allgemeinen als fleißiger und arbeitswilliger Arbeiter anzusehen. Er neigte stark zum Alkoholgenuß und war in angetrunkenem Zustande sehr jähzornig und geradezu unberechenbar. Er redete gern sehr viel und fühlte sich als Wortführer der hier im Dorf und der näheren Umgebung beschäftigten poln. Zivilarbeiter. Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß er die übrigen Polen verhetzte bezw. gegen ihre Arbeitgeber aufwiegelte. (...) Am 8. 12. 1942 verweigerten beide Polen die Arbeit und ich wandte mich deswegen an die Polizei. Am nächsten Morgen ist er daraufhin festgenommen worden.“⁷⁸

Es gilt festzuhalten, dass Tutak wegen Arbeitsverweigerung von der Polizei festgenommen worden ist. Im weiteren Verlauf ihrer Ermittlungen stießen die Polizisten auf die 16-jährige Marlies S., die auf demselben Hof arbeitete wie Tutak. Diese gab nun an, von dem Polen belästigt und am 15. September 1942 vergewaltigt worden zu sein⁷⁹. Der Polizeibericht schildert den Tathergang:

„Der poln. Zivilarbeiter Bronislaw Tutak hat am 15. Sept. 1942 gegen 22.30 Uhr die Hausgehilfin Marlies S., in deren Schlafzimmer er durch ein offenstehendes Fenster eingestiegen war, im Bett vergewaltigt. Den Versuch gleicher Straftat hat er in der Nacht vom 28. zum 29. Nov. 1942 gemacht. In diesem Falle war er kurz nach Mitternacht durch die unverschlossene Tür in das Schlafzimmer des Mädchens eingedrungen. Außerdem ist er von diesem an noch 2 anderen Abenden vom Schlafzimmer, in welches er sich eingeschlichen hatte, vertrieben (sic). In den letzten Wochen wurde das Mädchen, 16 Jahre alt, von dem Polen fast jeden Tag auf das schwerste beleidigt.“⁸⁰

Ob die Vorwürfe des jungen Mädchens stimmen, lässt sich heute nicht mehr klären, das Gegenteil allerdings auch nicht. Ein ordentliches Gerichtsverfahren, welches die Schuld des Beklagten hätte feststellen können, hat es nicht gegeben, weshalb für Bronislaw Tutak gilt, was in solchen Fällen prinzipiell gilt: Ein Angeklagter gilt so lange als unschuldig, bis ein ordentliches Gericht seine Schuld bewiesen hat.

78 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 340: Vernehmungsprotokoll des Josef B. in Darup vom 14. 12. 1942 zu den Vorgängen um Marlies S.

79 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 340: Vernehmungsprotokoll von Marlies S. in Darup vom 14. 12. 1942.

80 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Rorup, B 340: Festnahmebericht der Polizeistation Darup vom 14. 12. 1942.

Das Lagernetz

Unmittelbar nach ihrer Machtergreifung begannen die Nationalsozialisten damit, politische Gegner, Juden und andere missliebige Personen zu verschleppen und in Lager zu internieren. Diese Freiheitsberaubung wurde verschleiernnd „Schutzhaft“ genannt, die Opfer wurden in Konzentrationslager gesperrt, wo sie unter entwürdigenden Umständen vegetierten, Misshandlungen zu erdulden hatten, wenn sie nicht sogar ermordet wurden.

Im Landkreis Coesfeld richtete sich der Terror der Nationalsozialisten gegen die einheimische jüdische Bevölkerung und zunehmend auch gegen die Katholiken, die sich Hitlers umfassendem Machtanspruch widersetzen. Im Landkreis Lüdinghausen waren es neben Juden auch Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich der Verfolgung ausgesetzt sahen.

Wer landete im Konzentrationslager? Hier ist sicherlich nicht der Ort, eine Liste aller KZ-Opfer der Landkreise Coesfeld und Lüdinghausen vorzulegen, doch an einige markante Fälle soll hier durchaus erinnert werden. Bekannt wurde die Verschleppung des Coesfelder Dechants Lodde in das Konzentrationslager Dachau, wo er auch ums Leben kam⁸¹. Dasselbe Schicksal erlitten Mönche aus dem von der Gestapo beschlagnahmten Benediktinerkloster Gerleve. Da diese Freiheitsberaubungen bedeutender Katholiken ohne jeden Richterspruch geschahen und Dechant Lodde zudem lebend nicht zurückkehrte, war der Bevölkerung schon klar, dass Konzentrationslager keine Erholungsheime darstellten.

Doch Haft in Konzentrationslagern konnte auch andere Personen treffen. Als Folge des so genannten „Röhm-Putsches“ 1934 wurde der § 175 des Strafgesetzbuches verschärf⁸², der gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Männern schon vorher unter Strafe stellte. Ab 1935 reichten schon „unzüchtige“ Blicke und Berührungen. Mehr noch: wer wegen homosexueller Handlungen auf-fiel, musste mit Einweisung in ein Konzentrationslager⁸³, im Extremfall sogar mit

81 Christian Frieling: Priester aus dem Bistum Münster im KZ. 38 Biographien, Münster 1992, S. 127-129.

82 Jürgen Müller/Frank Sparing: „Das sind Volksfeinde!“ Verfolgung männlicher Homosexueller im Nationalsozialismus, in: Centrum Schwule Geschichte (Hg.): „Das sind Volksfeinde!“ Publikation zur Ausstellung „Das sind Volksfeinde!“ Kölner „Sonderaktion“ gegen Homosexuelle im Sommer 1938, Köln 1998, S. 21-32.

83 Ruth Gürntke/Jürgen Müller: „Ihr habt nur das, was ihr verdient“ Homosexuelle in Arbeits- und Konzentrationslagern in: Cornelia Limpricht/Jürgen Müller und Nina Oxenius (Hg.): „Verführte“ Männer. Das Leben der Kölner Homosexuellen im Dritten Reich, Köln 1991, S. 120-128.

seiner Ermordung oder der formaljuristisch korrekten Hinrichtung rechnen. In Olfen wurde ein Homosexueller nach seiner Strafverbüßung in ein KZ verschleppt:

„Der Eisenflechter Adolf B. ist im Anschluß an seine Strafverbüßung als ‚Homosexueller‘ in polizeiliche Vorbeugungshaft genommen. Er ist am 1. 12. 1941 dem Konzentrationslager Neuengamme überstellt. Ich bitte, die dort wohnhaften Eltern, Eheleute Wilhelm B., von der Unterbringung ihres Sohnes Adolf im Konzentrationslager Neuengamme in Kenntnis zu setzen.“⁸⁴

Unbeliebte Zeitgenossen wurden von den nationalsozialistischen Führern vor Ort ganz offen mit KZ-Haft bedroht. So betrieb der Ortsgruppenleiter von Lette ganz ungeniert die Einweisung eines ihm missliebigen Trinkers in Lette in ein Konzentrationslager:

„Noch nie in seinem Leben hat er etwas vernünftiges geleistet. Wenn er mal eine Zeit arbeitet, kommt er doch mit seinem Gelde nicht aus. Er ist ein schlimmer Alkoholiker. Man sieht ihn fast nur besoffen. So stand er am vergangenen Sonntag mittags hier wieder vor einer Wirtschaft, hatte eine Schar junger Burschen um sich gesammelt und hielt ihnen lange Vorträge. Ich habe das Empfinden, dass er den Jungens' nichts Gutes erzählt. Dabei konnte er kaum auf den Beinen stehen. (...) Dieser Bummelant ist eine Last für die Eltern, ein Anstoss für die Bevölkerung und eine Gefahr für die Umgebung. Da gibt es nichts besseres, als dass er einem streng geführten Arbeitskommando zugeführt wird, wo er kein Geld in die Finger kriegt und auch nicht entweichen kann. Im übrigen ist Josef B. kein unbeschriebenes Blatt. Er hat ein ganzes Register von Vorstrafen. Ab mit diesem Schädling ins Konzentrationslager.“⁸⁵

Der Fall landete beim Landrat, der schließlich ein Wirtshausverbot gegen den „Übeltäter“ verhängte.

Derselbe Ortsgruppenleiter setzte übrigens auch ein Ordnungsgeld gegen zwei junge Mädchen durch, die er nachts in Lette antraf:

84 Stadtarchiv Olfen, B 150a: Schreiben der Kripo Recklinghausen, Erkennungsdienst – Berufsverbrecherbekämpfung, an den Bürgermeister von Olfen als Ortspolizeibehörde vom 12. 12. 1941 zum Gewohnheitsverbrecher Adolf B., * 1901 Werne a. d. L.

85 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 279: Schreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP Lette an den Amtsbürgermeister als Ortspolizeibehörde in Rorup vom 27. 11. 1940.

„Bemerkung: Die Elisabeth K. ist ein arbeitsscheues Mädchen, hat uns und dem Arbeitsamt schon manche Schwierigkeiten gemacht, und ich bitte, diese mit einer anständigen Strafe zur Ordnung zu bringen. (10 RM wären wohl angebracht) Die Thea M. kann auch abends nie im Hause bleiben und eine Strafe von 3 RM würde sie wohl schon zur Ordnung bringen. Heil Hitler!“⁸⁶

Zu den Opfern, die sich in Konzentrationslagern wiederfanden, gehörten auch Ausländer in Deutschland.

Der polnische Zivilarbeiter Ignaz G. wurde am 19. Juli 1941 in Lette verhaftet. Er hatte eine Beziehung zu einem „arischen“ Mädchen unterhalten, ohne mit ihr sexuell zu verkehren⁸⁷. Er wurde zunächst in das Polizeigefängnis Coesfeld inhaftiert und im November nach Dachau verschleppt. Der Bürgermeister von Coesfeld schickte anschließend dem Amtsbürgermeister von Rorup eine Rechnung:

„In der Zeit vom 20. 7. 1941 bis 11. 11. 1941 war der polnische Zivilarbeiter Ignaz G. im hiesigen Polizeigefängnis untergebracht. Derselbe war beschäftigt bei dem Bauer K. in Lette und wurde am 11. 11. 1941 dem Konzentrationslager Dachau überwiesen. Die Einlieferung erfolgte durch den Gendarmeriemeister Rösner von hier. G. ist an 114 Tagen verpflegt worden. Die Verpflegungskosten betragen je Tag 1,50 Mk so daß insgesamt 171 Mk verausgabt wurden.“⁸⁸

Mit Kriegsbeginn verschärfte sich die Situation. Jeder, der sich nun nicht mehr fügen wollte, musste mit Konsequenzen rechnen. Das Instrumentarium des Terrors wurde verfeinert. Neben den üblichen Mitteln der Justiz, die im Sinne der NSDAP funktionierte, und der Freiheitsberaubung durch Einweisung in ein Konzentrationslager wurde im Frühjahr 1941 eine neue Institution geschaffen: das Arbeitserziehungslager (AEL)⁸⁹.

War das Konzentrationslager der Ort, in den man tatsächliche oder vermeintliche Gegner Hitlers verschleppte, hatte das Arbeitserziehungslager einen anderen Zweck: Arbeitsunwillige sollten hier gebrochen werden.

86 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 258: Schreiben des NSDAP-Ortsgruppenleiters Uhlenbrock Lette an das Bürgermeisteramt Rorup vom 7. 5. 1940 zum Verstoß gegen das Jugendgesetz.

87 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 258: Anzeige vom 20. 7. 1941 gegen den Zivilpolen Ignatz G., * 1919 Benschen, zuletzt wohnhaft in Lette bei Bauer K. in Lette.

88 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 249: Schreiben des Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde von Coesfeld an den Amtsbürgermeister als Ortspolizeibehörde von Rorup vom 20. 11. 1941 zu Haft- und Verpflegungskosten für zwei Gefangene.

89 Grundlegend ist für diesen Bereich: Gabriele Lotfi: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart & München 2000.

Das Problem, gegen Arbeitsunwillige und Bummelanten schärfer vorzugehen, stellte sich mit Kriegsbeginn. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass dieses Problem in den Bergbaugebieten des Rheinlands und Westfalens zuerst aufgegriffen wurde. Nach Kriegsbeginn waren die Arbeitgeber angehalten worden, gegen schlechte Arbeiter innerbetrieblich durchzugreifen. Bei Wirkungslosigkeit entsprechender Maßnahmen sollten dann das Arbeitsamt, die Polizei und schließlich die Justiz mit der Sache befasst werden, so dass der Arbeiter mit harter Bestrafung zu rechnen hatte⁹⁰.

Damit war der Sache jedoch nicht beizukommen. Und die Situation verschärfte sich gerade im Bergbau. Hier waren viele Männer beschäftigt, die sich zunehmend im „Rock des Vaterlandes“ an der Front wiederfanden, statt unter Tage Kohle zu fördern. Einem Einsatz ausländischer Arbeiter, besonders polnischer, standen alle Beteiligten zunächst skeptisch gegenüber. Im Juni 1940 wurden die Bedenken der Verantwortlichen in einer Besprechung geäußert und hatten Folgen für solche Polen, die schon vor dem Kriege im deutschen Bergbau beschäftigt waren. Ihre Löhne wurden denen ihrer nach Kriegsbeginn nach Deutschland verschleppten Landsleute nach unten angepasst, sie wurden ebenso der „Ausgleichsabgabe“ unterworfen.

„Im großen gesehen, müsse vermieden werden, daß der Bergbau durch Hilfsvölker betrieben werde.“⁹¹

lautete ein Resultat dieser Besprechung. Und auch Gauleiter und Oberpräsident Dr. Meyer beharrte darauf, den im Bergbau arbeitenden Polen nicht dieselben Rechte zukommen zu lassen, wie ihren deutschen Kollegen⁹².

Im Verlauf der folgenden Monate verschärfte sich der Arbeitermangel im Bergbau. Auf Ausländer konnte man nicht mehr verzichten, trotz gewisser Bedenken in der Bevölkerung. Die deutsche Bevölkerung wusste um die Plackerei unter Tage, viele Männer zogen nun den Dienst in der Wehrmacht der Arbeit unter Tage vor. Statt

90 Lotfi, Arbeitserziehungslager, S. 83f.

91 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5177: Vermerk über die Besprechung am 19. 6. 1940 im Oberpräsidium in Münster.

92 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5177: Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI, Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an den Beauftragten für Leistungssteigerung im Bergbau Reichskohlenkommissar Pg. Walter vom 15. 6. 1940.

der Polen sollten nun ungelernete Niederländer die Arbeit verrichten⁹³.

Zu den Arbeitsausfällen durch den eklatanten Mangel an Arbeitskräften kam der Unwillen der vorhandenen Arbeiter, die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch voll zu erfüllen. Im Frühjahr 1941 konstatierte man im Regierungspräsidium Düsseldorf eine erhebliche Zunahme an Widerstand gegen die Obrigkeit durch die Arbeiter auf der Arbeit. Nicht nur, dass die Zahl der so genannten „Feierschichten“ (unentschuldigtes Fehlen, Krankmeldungen etc.) zugenommen hatte, die Leute strebten auch zu neuen Arbeitsplätzen:

„Bemerkenswert ist aber auch die Feststellung des Arbeitsamtes Moers in diesem Zusammenhang, dass (sic) die Zahl der Arbeitsvertragsbrüche im Bergbau trotz der scharfen Massnahmen (sic) des Reichstreuhanders der Arbeit und der Stapo nicht nachgelassen hat. Das Arbeitsamt hat beobachtet, dass Gefolgschaftsmitglieder, deren Antrag auf Arbeitsplatzwechsel abgelehnt wurde, die Lösung durch Vertragsbruch, d.h. durch pflichtwidriges Fernbleiben, Arbeitsverweigerung usw. zu erreichen suchten.“⁹⁴

Ihren ersten Höhepunkt hatten diese „Feierschichten“ im August 1940⁹⁵. Die Maßnahmen gegen „Arbeitsbummelanten“ griffen also nicht. Schon im September 1940 hatten die deutschen Behörden beschlossen, arbeitsunwillige Polen auch in ein Konzentrationslager zu stecken⁹⁶, aber das wollte man der deutschen Bevölkerung nicht zumuten. Diese zeigte sich schon über Verurteilungen von

93 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: - Schreiben des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b in Düsseldorf vom 8. 2. 1941: Lagebericht zum 10. 2. 1941 erstattet an Göring. Vgl. hierzu ergänzend im selben Bestand das Schreiben des Oberpräsidenten von Westfalen, Führungsstab Wirtschaft, Berichterstatter Assessor von Detten in Münster an Göring vom 10. 4. 1941 zum Lagebericht Nr. 27. Schon nach wenigen Wochen mussten die Behörden das Scheitern ihrer Bemühungen um niederländische Arbeiter wegen der ablehnenden Haltung der niederländischen Arbeiter eingestehen. Der Arbeitskräftemangel war im Frühjahr 1941 so eklatant, dass Oberpräsident Meyer aus dem Warthegau Juden anforderte, die er als überzeugter Antisemit natürlich vom Rest der Bevölkerung getrennt wissen wollte. Sein Plan, Juden zur Zwangsarbeit nach Deutschland zu bringen, wurde indes von Hitler persönlich gestoppt; vgl. Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5063: Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Dienststellen vom 19. 4. 1941 zum Arbeitseinsatz von Juden. Im selben Bestand das Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Dienststellen vom 26. 4. 1941 zum Arbeitseinsatz von Juden: „Wie ich inzwischen erfahre, hat der Führer nunmehr entschieden, dass (sic) Juden aus dem Generalgouvernement und dem Warthegau nicht im Reichsgebiet eingesetzt werden dürfen.“

94 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5200: Schreiben des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b in Düsseldorf vom 8. 2. 1941: Lagebericht zum 10. 2. 1941 erstattet an Göring.

95 Lotfi, Arbeitserziehungslager, S. 86.

96 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5177: Vermerk über die Besprechung am 4. 9. 1940 im Landeshaus Münster.

„Bummelanten“ durch ein Gericht unzufrieden, da der betroffene Arbeiter nun wegen dieser als Lappalie empfundenen Verfehlung vorbestraft war⁹⁷.

Der Ausweg war ein besonderes Straflager für unwillige Arbeiter. Im sauerländischen Hunswinkel bei Lüdenscheid wurde das erste Lager für „Arbeitsbummelanten“ errichtet, welchem man den wohlklingenden Namen „Arbeitserziehungslager“ gab. Die Freiheitsberaubung, die von der Gestapo angeordnet wurde (nicht von einem Gericht in einem ordentlichen Prozess) bekam also nach außen hin eine pädagogische Note.

„SS-Obergruppenführer Jeckeln teilt hierher zur Unterrichtung für den Herrn Reichsverteidigungskommissar mit, dass (sic) er in Verfolg seines gelegentlich der letzten gemeinsamen Besprechung gemachten Vorschlages für vertragsbrüchige und notorisch arbeitsunwillige Gefolgschaftsmitglieder, auch für Ausländer, ein sog. Erziehungslager und zwar in Verse bei Lüdenscheid in den Kalksteinbrüchen der Firma Hoch-Tief eingerichtet habe. Das Lager kann 200 Personen aufnehmen und ist vorläufig vom heutigen Tage ab mit 110 Mann – vornehmlich Deutschen – belegt worden. Die Dauer des Aufenthalts ist immer für 6 Wochen vorgesehen. Die Insassen werden täglich 12 Stunden gegen ordnungsgemässige (sic) Entlohnung bei schwerster Arbeit beschäftigt, haben keinen Ausgang und befinden sich unter besonderer polizeilicher Überwachung. Sie gelten als Gefolgschaftsmitglieder der Firma Hoch-Tief. Die Überweisung erfolgt im Einvernehmen mit dem Reichstreuhänder; der Lageraufenthalt tritt an die Stelle der bisherigen Schutzhaft und Überweisung in ein Konzentrationslager.“⁹⁸

Das neue Modell kam bei der Obrigkeit gut an:

„Die Wirkung der Arbeitserziehungslager wird von der Industrie allgemein günstig beurteilt.“⁹⁹

stellte man beim Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein in Essen im September 1941 fest. Die Haftzeiten blieben allerdings nicht auf sechs Wochen beschränkt, sondern konnten bei Bedarf auch ausgedehnt werden. Den Bedarf bestimmte die Wirtschaft, die für ihre Projekte im AEL eingearbeitetes Personal benötigte¹⁰⁰.

97 Lotfi, Arbeitserziehungslager, S. 87.

98 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5210: Amtsvermerk des RVK in Münster vom 23. 8. 1940 zur Einrichtung eines AEL in Lüdenscheid. Nach Lotfi, Arbeitserziehungslager, S. 95, war SS-Obergruppenführer Jeckeln Motor dieser Einrichtung.

99 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5202,1: Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein in Essen an den Verteidigungskommissar für den Bereich des Wehrkreises VI in Münster.

100 Lotfi, Arbeitserziehungslager, S. 101f.

Weitere Arbeitserziehungslager sollten folgen¹⁰¹.

In einigen Fällen lassen sich ausländische Arbeiter aus den Landkreisen Coesfeld und Lüdinghausen als Häftlinge in einem Arbeitserziehungslager nachweisen, so der Pole Stanislas K., der im Mai 1944 von der Gestapo in Lette aufgegriffen wurde und für einige Wochen in das AEL Marl verschleppt wurde¹⁰². Zwei belgische Berghauer beschwerten sich in Werne über ihre Ungleichbehandlung gegenüber ihren deutschen und kroatischen Arbeitskollegen und verweigerten die Arbeit. Die beiden jungen Männer wurden am 14. Januar 1942 von der Polizei festgenommen und dem AEL Essen überstellt¹⁰³. Aus Senden wurde im Juli 1941 die polnische Arbeitskraft Antonie K. in das AEL Essen gebracht, nur wenige Wochen nach der Gründung dieser „Strafanstalt“¹⁰⁴. In Osterwick entging der 17-jährige Deutsche Franz N. einer Einweisung in ein Arbeitserziehungslager. Der Junge verschwand am 18. Juni 1941; seit dem 26. Juni betrieb der Amtsbürgermeister von Osterwick seine Einweisung in ein Arbeitserziehungslager, weil ihm der Junge als arbeitsscheu missfiel. Als Franz am 7. Oktober 1941 nach fast vier Monaten in Tettngang aufgegriffen wurde, beschloss das Amtsgericht Coesfeld jedoch am 10. November 1941 seine Einweisung in ein Fürsorgeerziehungsheim¹⁰⁵.

Nach 1945 gingen die Opfer der Arbeitserziehungslager bei Wiedergutmachungszahlungen oft leer aus: Trotz der Freiheitsberaubung ohne ein Gerichtsurteil waren die deutschen Juristen der Meinung, dass die Einweisung in ein solches Lager selbstverschuldet gewesen sei, vielfach noch garniert mit dem Hinweis auf „asoziales Verhalten“¹⁰⁶.

101 Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5063: Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers bei den Oberpräsidenten von Westfalen, Hannover und der Rheinprovinz und beim Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe im Wehrkreis VI an diverse Dienststellen vom 4. 4. 1941 zum Arbeitserziehungslager in Recklinghausen (Schützenhof). Im selben Bestand das Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein in Essen an den Oberpräsidenten & Gauleiter Dr. Meyer in Münster vom 5. 5. 1941. Lotfi, Arbeitserziehungslager, S. 107-114.

102 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 249: Bericht des Gend.-Einzelpostens in Lette vom 21. 7. 1944.

103 Kreisarchiv Coesfeld, B 17/343: Bericht vom 14. 1. 1942 aus Werne a.d.L. vom Krim.-Schr. über die Arbeitsverweigerung belgischer Bergleute.

104 Gemeindearchiv Senden, Bestand Senden, B 768: Meldewesen: Polnische Arbeiter 1941 - 1944.

105 Gemeindearchiv Rosendahl, K 108: Diverse Schreiben zum Jugendlichen Franz N. - 1943 wurde für „arbeitscheue“ Jugendliche in Ahaus ein Arbeitserziehungslager errichtet; vgl. Schwarze, Kinder, S. 21.

106 Schwarze, Kinder, S. 21f. Dazu ergänzend: Christian Pross: Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer, Berlin 1988 (1 Auflage), 2001.

Das Fahrrad

Das Fahrrad gehört zu den Fortbewegungsmitteln, die ohne großen Aufwand zu handhaben sind und bei kurzen bis mittleren Strecken durch gewöhnlichen Krafteinsatz der Beine sinnvoll eingesetzt werden können und sollten.

Im Zweiten Weltkrieg litt die Herstellung von Fahrrädern unter Materialmangel und wurde bald eingeschränkt und eingestellt. Immerhin konnte man, wie man im Lagebericht des Oberpräsidiums Westfalen an die Preußische Staatsregierung feststellte, fabrikneue Fahrräder noch ohne Bezugsschein bekommen, was sich laut Erkenntnis des Oberpräsidiums vor allen Dingen begüterte „Volksgenossen“ leisten konnten, die schon mal eher auf den gewöhnlichen Krafteinsatz der Beine bei der Fortbewegung mittels Fahrrad verzichten konnten, weil sie ein Automobil besaßen¹⁰⁷.

Zwangsarbeitern wurde die Benutzung von Fahrrädern generell verboten¹⁰⁸. Zum einen wollte man den Deutschen, die eben kein Fahrrad hatten, nicht zumuten, Ausländer auf Rädern zu sehen, zum anderen wollte man den Zwangsarbeitern auch wenig Möglichkeiten zur Flucht geben. Die Benutzung eines Fahrrads war nur mit Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet.

In Ottmarsbocholt stahl der polnische Arbeiter Stanislaw N, * 1909, ein Fahrrad und floh im Spätsommer 1941. Indes waren die Aussichten, mit einem Fahrrad vor der deutschen Obrigkeit zu entkommen, eher dürftig. Der flüchtige Zwangsarbeiter wurde schließlich aufgegriffen und wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt¹⁰⁹.

In Nottuln musste Bauer S. im August 1943 auf sein Fahrrad verzichten, allerdings nur vorübergehend. Der französische Kriegsgefangene Jean B. benutzte dieses Rad zur Flucht, er kam nur bis Heeke im Kreis Bersenbrück. Das Fahrrad und der Franzose wurden zurück nach Nottuln geschickt¹¹⁰.

Der serbische Soldat Obren P., * 1911, der dem Arbeitskommando 1053 S in Olfen zugeteilt war und bei dem Automechaniker Heinrich P. beschäftigt war, ent-

107 - Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Westfalen, 5255: Schreiben des Oberpräsidenten von Westfalen in Münster an Ministerpräsident Göring z. Hd. ORR Hallwachs in Berlin vom 9. 5. 1940: Lagebericht Nr. 16.

108 Gezwungenermaßen - Zwangsarbeit in der Region Rhein-Erft-Ruhr, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Archivarinnen und Archivare im Erftkreis, Bergheim/Erft 2002, S. 131.

109 Gemeindearchiv Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 192: Polnische Zwangsarbeiter 1939-1944.

110 Gemeindearchiv Nottuln, C 105: Beschlagnahmungen und Sicherstellungen 1937 – 1950: Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nottuln an den Bürgermeister in Heeke, Kreis Bersenbrück, vom 9. 8. 1943.

wendete seinem Dienstherrn ein Fahrrad und kam immerhin bis nach Süddeutschland. Am 14. August 1942 wurde der Flüchtling in Sandhausen in der Nähe von Karlsruhe aufgegriffen¹¹¹.

Ebenfalls in Olfen wurde am 23. Mai 1944 gegen den Ostarbeiter Alexi K. ein Zwangsgeld in Höhe von 10 RM verhängt, weil man ihn mit einem Fahrrad erwischt hatte, ohne dass er für die Benutzung des Rads die von der Ortspolizei vorgeschriebene Erlaubnis hatte¹¹².

Immerhin wurde den Kriegsgefangenen, die in Lagern einsaßen und einen langen Weg zu ihren Arbeitgebern hatten, im Mai 1944 die Benutzung von Fahrrädern gestattet; ausgenommen von dieser Regelung waren allerdings sowjetische Kriegsgefangene¹¹³.

Flucht

Zu den Problemen, mit denen sich die deutsche Seite seit Beginn des Krieges plagen musste, gehörte die Flucht ausländischer Arbeiter. Ob sie nun als Kriegsgefangene nach Deutschland gekommen waren, ob man sie durch Versprechungen in das Reich gelockt hatte oder ob man sie ganz einfach verschleppt hatte: Viele Ausländer wollten von ihren Arbeitgebern wieder weg und möglichst zurück in ihre Heimat.

Genau das wollte die deutsche Seite verhindern, da sie die Arbeitskraft der Ausländer benötigte.

Die nach Deutschland strömenden Kriegsgefangenen wurden nach Kriegsbeginn von der Wehrmacht und ihren Soldaten in Lagern gehalten und bewacht. Auch bei der Arbeit wurden sie bewacht. Das hatte zwei Gründe: Zum einen sollten die ehemaligen Soldaten der polnischen Armee so an Flucht gehindert werden, zum anderen war es aber auch theoretisch denkbar, dass polnische Kriegsgefangene Gewalt gegen Deutsche anwenden würden.

111 Stadtarchiv Olfen, B 150b: Strafsachen 1940 – 1950: Schreiben des Bürgermeisters von Sandhausen an die Kripo Karlsruhe vom 15. 8. 1942 zum Aufgreifen eines entwichenen serbischen Kriegsgefangenen.

112 Stadtarchiv Olfen, B 153 Strafverfügung 1944 – 1937 (sic): - Festsetzung von Zwangsgeld vom 23. 5. 1944 gegen den Ostarbeiter Alexi K.

113 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Dülmen, B 844: Kriegsgefangene 1944 – 1948: Schreiben der 2. Komp./Lds. Schtz. Batl 319 im Wachabschnitt Coesfeld an den Landrat von Coesfeld vom 20. 5. 1944. Dieses Dokument ist noch aus einem anderen Grund interessant: auf der Rückseite findet sich ein Schreiben des Coesfelder Landrats an die Ortspolizeibehörden, in dem die Kriegsgefangenenlager im Kreis Coesfeld aufgeführt werden.

Mit dem Sieg über Frankreich wurde die Mehrzahl der polnischen Kriegsgefangenen aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Da sie als Arbeitskräfte gebraucht wurden, galt es auch weiterhin, ihre Flucht zu verhindern. Dazu kannte das deutsche Gesetz seit 1908 den „Arbeitsvertragsbruch“, der im Kaiserreich extra geschaffen wurde, um polnische Saisonarbeiter besser kontrollieren zu können¹¹⁴. Das gab der Obrigkeit die Möglichkeit, gegen solche polnischen Arbeiter vorzugehen, die mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden waren und ihren Arbeitsplatz vor Ende der ihnen zgedachten Arbeit verließen. Wie weit das in der kaiserlichen und später republikanischen Wirklichkeit wirkte, sei dahingestellt.

Im Zweiten Weltkrieg wurde dieser „Arbeitsvertrag“ zur Fiktion im Umgang mit den Arbeitern. So weit es sich um im Ausland angeworbene Arbeitskräfte handelte, mochte das noch eine gewisse Berechtigung haben, die dann erlosch, wenn die versprochenen Vergünstigungen und Verdienstmöglichkeiten eben nicht eingehalten wurden und die betroffenen Personen sich getäuscht und betrogen sahen¹¹⁵. Bei den nach Deutschland verschleppten Personen war dies reiner Unfug: Solche Verträge wurden nie freiwillig geschlossen, wenn überhaupt etwas unterschrieben wurde; und völlig absurd war die Rede vom „Arbeitsvertragsbruch“ bei Kindern und Jugendlichen.

Tatsächlich war Flucht ab 1940 ein Thema. Die polnischen Zwangsarbeiter knüpften an alte Traditionen an. Wenn ihnen ein Arbeitgeber nicht gefiel, wanderten sie einfach zum nächsten, trotz des Verbotes von 1908¹¹⁶. In der Kriegswirtschaft war dies aber erst recht nicht gestattet, zumal die Polen nun als Feinde des Reiches betrachtet wurden.

Die Situation verschärfte sich ab 1942. Der Anteil der Ausländer am deutschen Arbeitsprozess nahm durch die Zulassung von „Ostarbeitern“ erheblich zu. Die Staatsführung reagierte darauf durch einen Erlass, der die Aufstellung von Landwachmännern vorsah, die die Polizei unterstützen sollten¹¹⁷. Für die Überwachung der Zwangsarbeiter wurden aber auch Parteimitglieder eingesetzt¹¹⁸.

114 Herbert, Fremdarbeiter, S. 28.

115 Herbert, Fremdarbeiter, S. 120 – 122.

116 Herbert, Fremdarbeiter, S. 360.

117 Gemeindearchiv Nordkirchen, B 228: Schnellbrief des Reichsführers SS und RMI an höhere Verwaltungsbeamte vom 17. 1. 1942; Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Landräte betr. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen entwichene Kriegsgefangene vom 28. 1. 1942.

118 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 332: Schreiben des Landratsamts Coesfeld an Amtsbürgermeister von Rorup vom 14. 10. 1942; B 322: Belehrung der ausgesuchten Parteigenossen über die geltenden Bestimmungen und den Einsatz der fremdvölkischen Arbeiter im Reich durch die Gestapo Münster; undatiert, (vermutlich 1943).

Beide Landkreise, Coesfeld und Lüdinghausen, erreichte in der zweiten Kriegshälfte eine Wanderungs- und Fluchtbewegung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen: Männer, Frauen und Kinder setzten sich in Bewegung. Sie strömten vor allen Dingen aus dem Ruhrgebiet in die ländlichen Gebiete. Das Ruhrgebiet wurde von den Alliierten systematisch zerbombt, den Zwangsarbeitern wurde von der deutschen Obrigkeit indes die Benutzung von Bunkern untersagt¹¹⁹. Die Gestapo in Münster erinnerte die Verantwortlichen vor Ort daran, dass nach einer erfolglosen Flucht Ostarbeiter nach Münster geschafft werden sollten¹²⁰. Im Landkreis Coesfeld forderte Landrat Stachels im Juni 1944 ein entschiedenes Einschreiten der Polizei gegen diese ausländischen Flüchtlinge, aber auch Bestrafung der ortsansässigen Bauern, die solche Personen als Arbeitskräfte beschäftigten und dies nicht der Obrigkeit zur Anzeige brachten:

*„Trotz wiederholter Verfügung, alle aufgegriffenen ausländischen Arbeitskräfte jeden Dienstag und Freitag der Geheimen Staatspolizei in Münster zuzuführen, werden immer noch von einzelnen Ortspolizeibehörden diese Arbeitskräfte nicht überführt, sondern in Arbeit vermittelt. Ich ersuche daher nochmals, die ergangenen Verfügungen strengstens zu beachten. Das Arbeitsamt ist nicht berechtigt, diese aufgegriffenen ausländischen Arbeitskräfte ohne Genehmigung der Geheimen Staatspolizei weiter zu vermitteln.
gez. Dr. Stachels“¹²¹*

Im Januar 1945 drohte er erneut mit Strafen: Zugelaufene Arbeiter seien umgehend der Gestapo zu melden.¹²² Es half wenig.

Die Polizei vor Ort war nun nicht nur mit sich häufenden Fahndungsmeldungen nach geflohenen Ausländern befasst¹²³, sie konnte auch noch auf den Bauernhöfen Ausländer „einsammeln“, sofern die Landwirte überhaupt Meldung erstatteten. Und es spricht vieles dafür, dass einige Bauern dies unterließen oder erst mit gehöriger Verspätung unternahmen, um so die anwesende ausländische Arbeitskraft doch noch einzuspannen. Im Stadtarchiv Dülmen haben sich Festnahmeberichte von „entlaufenen“ Zwangsarbeitern erhalten. In Rorup hatte der Amtsbürgermeister noch im Dezember 1941 und im Dezember 1942 seinem Landrat in Coesfeld mit-

119 Herbert, Fremdarbeiter, S. 335.

120 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 270: Schreiben der Gestapo Münster an die Landräte und Oberbürgermeister Westfalens vom 21. 2. 1944.

121 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Dülmen, B 896: Schreiben des Landrats von Coesfeld, Ausländeramt, an die Ortspolizeibehörden vom 2. 6. 1944.

122 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Amt Dülmen, B 894: Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 23. 1. 1945.

123 Sehenswert ist in dieser Hinsicht z.B. im Stadtarchiv Olfen B 114.

teilen können, dass die Versuche polnischer Arbeiter, eigenmächtig ihre Arbeitsplätze zu wechseln, mit Erfolg zurückgedrängt werden konnten¹²⁴. Dafür durfte sich die Polizei vor Ort mit den „zugelaufenen“ Fremdarbeitern befassen¹²⁵. Auch in Olfen haben sich Festnahmeberichte erhalten¹²⁶. Hier nutzte ein Bauer die Situation des Betroffenen aus und misshandelte ihn:

„Ferner wurde mir heute von dem Landwachtmann D. ein Ostarbeiter Viktor M., () 8. 11. 26 in Woroschilowgrad, übergeben. M. will auf einer Fabrik in Gelsenkirchen gearbeitet haben und befindet sich seit 4 Wochen bei dem Landwirt Hubert B., Olfen (...), der ihn widerrechtlich festgehalten und geschlagen hat, worauf er sich heute wiederum von seiner Arbeitsstelle entfernt hat, um sich vor weiterer Mißhandlung zu schützen.*

B. ist als Rohling und unsauberer Mensch bekannt. Anzeige wegen widerrechtlichen Einstellen entwichener Ostarbeiter wird besonders vorgelegt.“¹²⁷

Mit Kriegsende wurde die Situation für die Behörden nicht einfacher. Der Bombenkrieg der Alliierten erreichte jetzt auch den Landkreis Coesfeld. Die Stadt Dülmen ging in einem Bombenmeer unter, was 560 Ostarbeiter zur Flucht nutzten, von denen dann nur 234 freiwillig wiederkamen¹²⁸.

Bei Fluchtversuchen war die Polizei prinzipiell gehalten, von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch zu machen. Im Amt Roxel wurde am 25. März 1944 der polnische Arbeiter Rudolf Paszik nach seiner Festnahme erschossen, als er fliehen wollte: Dafür genügte dem Ortpolizisten ein Schuss¹²⁹.

124 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 340: Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an LR Coesfeld vom 11. 12. 1941; Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an LR Coesfeld vom 1. 12. 1942.

125 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 249.

126 Stadtarchiv Olfen, B 124 und B 125.

127 Stadtarchiv Olfen, B 125: Schreiben des Gen.-Einzelpostens Olfen an die Ortpolizeibehörde in Olfen vom 2. 12. 1943.

128 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 342: Fernspruch vom Landratsamt Coesfeld vom 15. 2. 1945.

129 Stadtarchiv Münster, Bestand Amt Roxel II, 1009: Festnahmebericht vom 26. 3. 1944.

Die Ausweisung der Ausländer 1945

Vom Ausländereinsatz im Zweiten Weltkrieg hatten sich bis in die Gegenwart hinein nur die Umstände der Befreiung im kollektiven Gedächtnis unseres Volkes erhalten. Nachdem die Ausländer sechs Jahre lang von den Deutschen in das Reich verschleppt wurden, um hier unter erniedrigenden Umständen zur Arbeit gezwungen zu werden, entlud sich der aufgestaute Hass nach der militärischen Niederlage Deutschlands und der Besetzung der Landkreise Coesfeld und Lüdinghausen durch die Briten und Amerikaner gegen die ehemaligen „Herrenmenschen“ mit voller Wucht.

Von deutscher Seite war man nun bestrebt, die ausländischen Menschen so schnell wie möglich wieder abzuschieben.

In der Nähe von Nottuln befand sich das Baumberge-Lager¹³⁰. Hier hausten bis zu ihrem Abtransport Polen und Russen als „Displaced Persons“, so der offizielle Name der Alliierten für die durch den Krieg verschleppten Ausländer. Diese Menge an Ausländern stand nun nicht mehr unter Kontrolle, holte sich bei der Bevölkerung, was sie zum Leben brauchte, und schreckte dabei auch vor Gewalt nicht zurück. Erst mit der Auflösung des Lagers im August 1945 endeten diese Gewaltmaßnahmen der Ausländer gegen die umliegende Bevölkerung, die sich sogar veranlasst sah, nachts ihre Häuser zu verlassen und nach Nottuln zu fliehen¹³¹. Bevor allerdings das Lager geräumt wurde, musste der Amtsbürgermeister von Nottuln in einem Vertrag die Verpflichtung der Gemeinde anerkennen, in Zukunft für die Gräber der russischen Zwangsarbeiter zu sorgen¹³².

Die Versorgung der Ausländer hatte tatsächlich durch die Deutschen zu geschehen. Im Landkreis Lüdinghausen wurden mehrere zentrale Verpflegungslager eingerichtet, durch die die einzelnen Ausländerlager mit Nahrungsmitteln beliefert wurden, und zwar in Werne (für die Ausländerlager in Werne, Selm, Wethmar und Cappenberg), in Bockum-Hövel (für die Ausländerlager in Bockum-Hövel, Drensteinfurt und Walstedde), in Ascheberg (für die Ausländerlager in Ascheberg, Davensberg und Herbern), in Lüdinghausen (für das Ausländerlager in Seppenrade) und in Senden (für die Ausländerlager in Senden und Ottmarsbocholt)¹³³. Im Juli 1945 wurden in

130 Ernst Engels: Das Lager ‚Herbstwald‘, in: Die Baumberge. Für den Baumberge-Verein hrsg. von Walter Werland, Münster 1971, S. 85 – 90, hier S. 88

131 Gemeindearchiv Nottuln, C 94: Diverse Schreiben aus dem Sommer 1945.

132 Gemeindearchiv Nottuln, C 110: verhandelt zu Nottuln am 15. August 1945.

133 Kreisarchiv Coesfeld, Bestand Kreis Lüdinghausen, B 2/237: Schreiben des Landrats von Lüdinghausen, Ernährungsamt, vom 11. 6. 1945.

diesen Lagern noch 9078 Personen versorgt¹³⁴, Anfang September 1945 gab es nach der Auflösung des Verpflegungslagers Senden noch vier Verpflegungslager, die noch 2088 Menschen zu versorgen hatten¹³⁵. Wie eine Prüfung der Zustände in diesen Lagern im August 1945 zeigt, wurden die Lager nicht ordentlich mit Lebensmitteln beliefert, besonders in Drensteinfurt muss es Probleme gegeben haben¹³⁶. Auch musste der Landkreis Lüdinghausen die Kosten für die ärztliche Betreuung der Ausländer übernehmen¹³⁷, denn die Ausländer waren ja nicht mehr im Kreis beschäftigt, womit dann eben auch ihr ohnehin nur rudimentärer Krankenversicherungsschutz¹³⁸ erloschen war¹³⁹. Die Lücken, die dieser „Rücktransport“ bei den Arbeitsplätzen riss, konnten natürlich nicht sofort gestopft werden und erreichten auch den Landkreis Lüdinghausen. So wurde bei der Verkehrsgesellschaft Lüdinghausen das Ausscheiden der ausländischen Mitarbeiter im Sommer 1945 sehr bedauert, da kurzfristig kein Ersatz für sie zu bekommen war¹⁴⁰.

Für die deutsche Bevölkerung war mit der Rückwanderung der Ausländer in ihre Heimatländer das Problem gelöst, für die Verwaltungen allerdings blieb dies in den folgenden Jahren noch ein Thema. Die Alliierten forderten von den deutschen Behörden immer wieder Auskunft über die genaue Zahl der Ausländer in ihrem Amtsbereich, aber auch genauen Aufschluss über verstorbene Zwangsarbeiter.

Der Leidensweg der so genannten „Ostarbeiter“ war durchaus nicht an ein Ende gekommen. Stalin, der gegen jeden misstrauisch war, sah in ihnen Kollaborateure, die mit dem deutschen Feind zusammenarbeiteten statt zu kämpfen oder gar zu sterben. Tatsächlich hatte es in der Ukraine und in Weißrussland Menschen gegeben, die sich von der deutschen Besatzung die Befreiung vom Stalinismus erhofft hatten und sich

134 Kreisarchiv Coesfeld, Bestand Kreis Lüdinghausen, B 2/236: Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an den Regierungspräsidenten von Münster in Warendorf vom 12. 7. 1945.

135 Kreisarchiv Coesfeld, Bestand Kreis Lüdinghausen, B 2/236: Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an den Regierungspräsidenten von Münster in Warendorf vom 6. 9. 1945.

136 Kreisarchiv Coesfeld, Bestand Kreis Lüdinghausen, B 2/236: Prüfbericht vom 7. 8. 1945 zu den Ausländerlagern in Drensteinfurt und Bockum-Hövel und Mitteilung über eine Besprechung mit Kapitän Mentior in Walstedde.

137 Kreisarchiv Coesfeld, Bestand Kreis Lüdinghausen, B 2/238: Rechnung/Auflistung des Krankenhauses Antoniuskloster in Lüdinghausen über Pflegekosten für Ausländer für die Monate Oktober 1945 bis Januar 1946.

138 Gemeindearchiv Nottuln, C 124: Schreiben des Leiters der Landkrankenkasse für den Landkreis Münster in Münster an die Krankenscheinausgabestellen vom 12. 8. 1942.

139 Stadtarchiv Dülmen, Bestand Rorup, B 343: Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 30. 8. 1945.

140 Westfälisches Archivamt –Archiv LWL-, Bestand 130 (Haupt- und Personalabteilung), Nr. 1535: Schreiben der Provinzialverwaltung in Lippstadt an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 6. 7. 1945. Für den Hinweis danke ich Frau Dr. Ines Oberling.

deshalb den deutschen Soldaten im Kampf gegen die Rote Armee Stalins anschlossen. Ein fataler Fehler, den viele nach 1945 mit ihrem Leben bezahlt haben¹⁴¹. Nach ihrer Befreiung mussten sich die sowjetischen Bürger Verhöre durch die kommunistische Geheimpolizei gefallen lassen, die penibel erfassten, was der Einzelne während des Krieges gemacht hatte. Wie viele „Ostarbeiter“ nach ihrer Zwangsarbeit in Deutschland in sowjetische Lager verschleppt wurden, bleibt unbekannt.

141 Stalin bestand in den Verhandlungen mit seinen alliierten Kampfgenossen auf die vollständige Rückführung sämtlicher Sowjetbürger, also auch jener Personen, die sich im Zweiten Weltkrieg auf die deutsche Seite gestellt hatten. Dies wurde durchaus von den westlichen Alliierten mit Gewalt auch gegen den Willen der Betroffenen exerziert. Eine rühmliche Ausnahme bildete Fürst Franz-Josef von Liechtenstein, der im Mai 1945 Soldaten einer kollaborierenden Armee Asyl in Liechtenstein gewährte und so diesen Menschen ihr Leben rettete; vgl. Henning von Vogelsang: Kriegsende in Liechtenstein. Das Schicksal der Ersten Russischen Nationalarmee der Deutschen Wehrmacht (Herderbücherei 1193), Freiburg im Breisgau 1985.

Literatur:

Arbeitsgemeinschaft der Archivarinnen und Archivare im Erftkreis (Hg.): Gezwungenermaßen – Zwangsarbeit in der Region Rhein-Erft-Ruhr, Bergheim/Erft 2002.

Diethard Aschoff: Archivalien zur Geschichte der Juden im Kreis Coesfeld, in: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld, Bd. 11, Coesfeld 1986, S. 121-144.

Ders.: Juden im Kreis Coesfeld (Beiträge zur Landes- und Volkskunde des Kreises Coesfeld, 24), Coesfeld 1990.

Ders.: Holocaust im Kreis Coesfeld. Die toten und verschollenen Juden aus den Gemeinden des Kreises, in: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld, Bd. 12, Coesfeld 1987, S. 107-123.

Ders.: Literatur zur Geschichte der Juden im Kreis Coesfeld, in: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld, Bd. 11, Coesfeld 1986, S. 145-151.

Achim Becker: „...Eure Arbeit loyal, voll besten Willens und fleißig zu verrichten.“ Quellen zur NS-Zwangsarbeit aus dem Kreisarchiv Warendorf (Veröffentlichungen aus dem Kreisarchiv Warendorf, Reihe 1, Heft 24), Warendorf 2003.

Bernd Borgert: Coesfeld. Chronik der NS-Zeit 1933 bis 1945 (Beiträge zur Coesfelder Geschichte und Volkskunde, 4), Dülmen 1995.

Centrum Schwule Geschichte (Hg.): „Das sind Volksfeinde!“ Publikation zur Ausstellung „Das sind Volksfeinde!“ Kölner „Sonderaktion“ gegen Homosexuelle im Sommer 1938, Köln 1998

Erwin Dickhoff: Die Bürgermeister der Stadt Coesfeld von 1803 bis 1946, in: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld, Bd. 16, Coesfeld 1991, S. 147-189.

Ernst Engels: Das Lager ‚Herbstwald‘, in: Die Baumberge. Für den Baumberge-Verein hrsg. von Walter Werland, Münster 1971, S. 85 – 90.

Josef Farwick: Herbern. Geschichte eines Dorfes im Münsterland, Dülmen 1995.

Werner Frese/Christian Wermert: Senden. Eine Geschichte der Gemeinde Senden mit Ottmarsbocholt, Bösensell und Venne, hrsg. von der Gemeinde Senden – Der Gemeindedirektor -, Senden 1992.

Christian Frieling: Priester aus dem Bistum Münster im KZ. 38 Biographien, Münster 1992.

Bernhard Frings/Peter Sieve: Zwangsarbeiter im Bistum Münster. Kirchliches Handeln im Spannungsfeld von Arbeitseinsatz, Seelsorge und Krankenpflege, Münster 2003.

Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Neuauflage, Bonn 1999 (zugleich Diss. Essen 1985).

Johannes Hürter: Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 49 (2001), S. 377-440.

Kreis Coesfeld, Der Oberkreisdirektor (Hg.): Kreis Coesfeld, Dülmen 1985.

Cornelia Limpricht/Jürgen Müller/Nina Oxenius (Hg.): „Verführte“ Männer. Das Leben der Kölner Homosexuellen im Dritten Reich, Köln 1991.

Gabriele Lotfi: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart & München 2000.

Heinrich A. Mertens /Josef Limbach: Aus der Geschichte des Kreises Lüdinghausen 1803-1974, Selm 1974.

Veronika Meyer-Ravenstein: Zersplitterte Steine. Erinnerungen an jüdische Familien in Billerbeck und ihre Zeit, hrsg. vom „Förderverein Mahnmahl Billerbeck e.V.“, Dülmen 2002.

Thomas Müller: Zwangsarbeit im Kreis Aachen. Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte, RWTH Aachen, Prof. Dr. Paul Thomas, Maschinschrift, Aachen 2002.

Stephanie Reekers: Westfalens Bevölkerung 1818-1955. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden und Kreise im Zahlenbild. (Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde, Reihe I: Wirtschafts- und Verkehrswissenschaftliche Arbeiten, Heft 9), Münster 1956.

Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann (Hg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2002.

Gerhard Röper: Chronik Stadt Olfen, Olfen 1986.

Dorothea Roters: Holtwick. Beiträge zur Geschichte und Kultur eines Dorfes, hrsg. vom Heimatverein Holtwick, Steinfurt 1997.

Liane Schmitz: 800-2000 – Zur Geschichte von Lüdinghausen und Seppenrade, mit Beiträgen von Peter Ilisch und Ilona Tobüren-Bots, Lüdinghausen 2000.

Willy Schmitz: Die preußischen Landräte des Kreises Coesfeld 1816-1945 (Beiträge zur Landes- und Volkskunde des Kreises Coesfeld, 15), Coesfeld 1974.

Ursula Schnorbus: Bericht des Pfarrers Wigger über das kirchliche Leben in Coesfeld während der NS-Zeit, in: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld, Bd. 19, Coesfeld 1994, S. 137-162.

Gisela Schwarze: Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.

Mark Spoerer: NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,

Bd. 49 (2001), S. 665-684.

Henning von Vogelsang: Kriegsende in Liechtenstein. Das Schicksal der Ersten Russischen Nationalarmee der Deutschen Wehrmacht (Herderbücherei 1193), Freiburg im Breisgau 1985.

Wolfgang Wutzler: „Hier sind keine jüdischen Friedhöfe mehr“: Darup, Köttling 18, in: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld, Bd. 17, Coesfeld 1992, S. 115-143.

Das Thema Zwangsarbeit im Internet:

http://www.kreis-coesfeld.de/37_0031.htm
(Fundstellenverzeichnis zur Zwangsarbeit im Kreis Coesfeld)

<http://www.hco.hagen.de/zwangsarbeit>
(Sammlung von Quellen und weiterführenden Links des Historischen Centrums in Hagen)

<http://www.duelmen.de/rathaus/kultur/stadtarchiv/pr-zwangsarbeit>
(Darstellung des Stadtarchivs Dülmen zur Zwangsarbeit in Dülmen mit zahlreichen Quellen)

Fundstellenverzeichnis zur Zwangsarbeit im Kreis Coesfeld

Während des Zweiten Weltkriegs leisteten etwa zehn Millionen Menschen aus fremden Staaten Zwangsarbeit in Deutschland. 55 Jahre nach Kriegsende beschloss der Deutsche Bundestag im Sommer 2000 die Entschädigung weiterer Gruppen der Fremdarbeiter und Fremdarbeiterinnen. Um den Betroffenen zu helfen, hat der Kreis Coesfeld ein Fundstellenverzeichnis aus den Archiven zur Zwangsarbeit im Westmünsterland erstellt.

Der heutige Kreis Coesfeld wurde 1975 gebildet und ist Rechtsnachfolger der Altkreise Coesfeld und Lüdinghausen. Vom Altkreis Münster kamen noch die Gemeinden Nottuln und Havixbeck zum neuen Kreis, während die Lipperand-Gemeinden des ehemaligen Kreises Lüdinghausen und die Stadt Gescher vom Altkreis Coesfeld nicht zum neuen Kreis gehören.

Das folgende Verzeichnis enthält Informationen, in welchen Archiven Material zu Zwangsarbeitern eingesehen werden kann.

Kreisarchiv Coesfeld

Da vor Einrichtung des Kreisarchivs Coesfeld noch in den siebziger Jahren Altregistraturen der Kreise Coesfeld und Lüdinghausen an das Staatsarchiv Münster abgeliefert wurden, ist die Überlieferung im Kreisarchiv nicht sehr dicht. Für den Kreis Lüdinghausen befinden sich relevante Akten zur Zwangsarbeit im Kreisarchiv.

Bestand Landkreis Lüdinghausen: vermischte Provenienzen

B 2/234

Notdienstverpflichtungen der Jahrgänge 1920 & 1921

- Anforderung des Bergmanns Wladislaus P. in Werne durch die HJ; 1941.

B 2/236

Durchführung der "Ausländeraktion"

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an den Regierungspräsidenten von Münster in Warendorf vom 12. 7. 1945 zur Bezahlung von Lieferungen an Ausländerlager: nennt die 5 zentralen Verpflegungslager für den Kreis Lüdinghausen, die Zahl der Insassen und die Kosten. Es gibt folgende 5 Lager: Werne (3359 Personen), Bockum-Hövel (2589 Personen), Ascheberg (1280 Personen), Lüdinghausen (863 Personen), Senden (987 Personen), gesamt also 9078 Personen. Die Verpflegungskosten bis zum 15. 7. belaufen sich auf 923232 RM.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an den Regierungspräsidenten von Münster in Warendorf vom 6. 9. 1945 zur Bezahlung von Lieferungen an Ausländerlager: nennt 4 Zentralverpflegungslager für den Kreis und die Zahl der Insassen. Es gibt folgende Zentrallager: Werne (570 Personen für 1 Lager), Bockum-Hövel (1063 Personen für 3 Lager), Ascheberg (127 Personen für 1 Lager), Lüdinghausen (328 Personen für 2 Lager); das Lager in Senden wurde aufgelöst.

B 2/237

Durchführung der "Ausländeraktion"

- Zusammenstellung der geplünderten Lebensmittel vom 28. 5. 1945

- Übersicht über die Ausländerlager im Kreis Lüdinghausen in französischer Sprache vom 5. 6. 1945.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen, Ernährungsamt, vom 11. 6. 1945 zur Einrichtung von Zentralverpflegungslagern für die Verpflegung der Ausländer: es wurden 5 Zentralverpflegungslager eingerichtet, und zwar in Werne (für die Ausländerlager in Werne, Selm, Wethmar und Cappenberg), in Bockum-Hövel (für die Ausländerlager in Bockum-Hövel, Drensteinfurt, und Walstedde), in Ascheberg (für die Ausländerlager in Ascheberg, Davensberg und Herbern), in Lüdinghausen (für das Ausländerlager in Seppenrade) und in Senden (für die Ausländerlager in Senden und Ottmarsbocholt).

- Schreiben des Bürgermeisters von Bockum-Hövel an den Landrat von Lüdinghausen vom 13. 7. 1945 zu den Zentralverpflegungslagern.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen, Kartenausgabestelle, vom 1. 7. 1945 zum Zentralverpflegungslager.
- Schreiben des Bürgermeisters von Senden an den Landrat von Lüdinghausen vom 30. 6. 1945 zu den Zentralverpflegungslagern.
- Schreiben des Lagerkommandanten des Italiener-Lagers in Bockum-Hövel an die Alliierte Militärregierung in Lüdinghausen u.a. vom 5. 8. 1945: klagt über die Verringerung von Lebensmittelzuteilungen für Italiener im Lager Bockum-Hövel.
- Prüfbericht vom 7. 8. 1945 zu den Ausländerlagern in Drensteinfurt und Bockum-Hövel und Mitteilung über eine Besprechung mit Kapitän Mentior in Walstedde: das Polenlager in Drensteinfurt wird mit mangelhaften Waren beliefert, das Italienerlager in Drensteinfurt hat mehr Insassen als Verpflegungsportionen geliefert wurden, im Zentralverpflegungslager Bockum-Hövel gibt es keine Beanstandungen.

B 2/238

Erstattung der durch die "Ausländeraktion" verursachten Kosten

- Schreiben des Bürgermeisters von Werne vom 22. 10. 1945: die Klöckner-Werke, Zeche Werne, wollen Geld für die Verpflegung ihrer ehemaligen Zwangsarbeiter, ca. 1000 - 2000. Dies wird vom Oberkreisdirektor in Lüdinghausen am 26. 8. 1946 abgelehnt.
- Rechnung/Auflistung des Krankenhauses Antoniuskloster in Lüdinghausen über Pflegekosten für Ausländer für die Monate Oktober 1945 bis Januar 1946; Namenslisten mit der Verweildauer im Krankenhaus.
- Rechnung/Auflistung des Provinzialkrankenhauses in Lüdinghausen für die Monate April 1945 bis Oktober 1945; Namenslisten von Ausländern mit deren Verweildauer im Krankenhaus.

B 2/323

Beiträge Drittverpflichteter zu den Anstaltspflegekosten für geistig Behinderte

- Verzeichnis der Kranken; 1946. Darunter polnisch klingende Namen.

B 2/325

Beiträge Drittverpflichteter in der Krüppelfürsorge

- Nachweis minderjähriger "Krüppel" für die Jahre 1944 & 1946 in Bockum-Hövel; hier taucht 1946 ein Mädchen (* 1940) mit polnisch klingendem Namen auf.

Bestand Landkreis Lüdinghausen: Ordnungsamt

Kartei: Ausländermeldekartei (ca. 1938 bis ca. 1943).

B 17/92

Erlaubnisse zum Betrieb von Schankwirtschaften und Trinkhallen etc. auf der Zeche Radbod

- Schankanlage für Italiener; 1940.

B 17/93

Erlaubnisse zum Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften etc. in Bockum & Hövel

- Plan der Zeche Radbod von 1925 mit handschriftlichem Vermerk des Ledigenheims.

B 17/315

Erfassung der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg im Kreis Lüdinghausen

- Schreiben des Oberkreisdirektors von Lüdinghausen vom 7. 2. 1947: Soldatengräber.

- Schreiben an den Regierungspräsidenten von Münster vom 24. 9. 1945 über im Kreis Lüdinghausen verstorbene Tschechoslowaken seit 1919.

B 17/343

Verfolgung von Straftaten, u.a. von ausländischen Zwangsarbeitern; Gefangenentransportwesen

- Zum Umgang mit Deutschen, deren jüdische Vorfahren erst später erkannt worden sind.

- Bericht vom 1. 7. 1941 über die polnische Zwangsarbeiterin Marianne P. in Herbern; war mit zwei deutschen Mädchen befreundet; Ermittlungsakten.

- Bericht vom 14. 1. 1942 aus Werne a.d.L. vom Krim.-Skr.: über die Arbeitsverweigerung belgischer Bergleute, die sich beklagen, Kroaten und Deutsche würden besser gestellt. Da zwei junge Belgier weiter die Arbeit verweigern, werden sie ins Arbeitserziehungslager Essen überstellt.

- Meldung der Krim.-Polizei Werne a.d.L. über den geflohenen und wieder aufgegriffenen Polen Karl S., der seinen Landsmann Marian L. bezichtigt, mit einer deutschen Frau sexuell verkehrt zu haben.

- Schreiben vom 6. 2. 1942 an den Landrat von Lüdinghausen über die Vergangenheit des ehemaligen französischen Fremdenlegionärs Johann P.

- Funkspruch: in Düsseldorf sind am 4. 4. 1942 zweiundzwanzig russische Arbeiter entwichen.

- Auseinandersetzung eines Bauern mit einer flämischen Hilfskraft, April 1942; die Polizei räumt in einem Vermerk ein, dass die "Behandlung der Arbeitskräfte durch die Bauern viel zu wünschen übrig" lässt. Der Flame wurde zurückgeschickt.

- Schreiben der Gestapo Münster vom 29. 1. 1942: Beschädigung von Milchkühen durch niederländische Melker.

B 17/346

Berichte über den Gesundheitszustand der Bevölkerung im Kreis Lüdinghausen

- Mitteilung über erkrankte Ostarbeiter mit Stationen ihrer Tätigkeit in Deutschland; November 1943.

B 17/363

Friedhofs- und Bestattungswesen im Kreis Lüdinghausen
- Anlegung eines Begräbnisplatzes für sowjetische und polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Werne.

B 17/373

Friedhofs- und Bestattungswesen im Kreis Lüdinghausen
- Anlage eines Begräbnisplatzes für sowjetische und polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Werne mit statistischen Angaben zu Zwangsarbeitern; 9. 1. 1942.

Bestand Landkreis Coesfeld: Ordnungsamt

B 16/148

Eheschließungen von Ausländern und Deutschen mit Ausländern, 1945 - 1965
- Schreiben des Standesbeamten von Billerbeck an den Landrat von Coesfeld vom 18. 3. 1946: nennt 3 Fälle, in denen Ausländer, die ersichtlich Zwangsarbeiter waren, Ehen eingegangen oder eingehen wollten.

Staatsarchiv Münster

Das Staatsarchiv Münster bewahrt die Registratur der Landratsämter sowie der Kreisausschüsse von Coesfeld und Lüdinghausen auf, darüber hinaus Teile der Registratur nach 1946. Daneben finden sich noch Akten anderer Behörden im Staatsarchiv, die für das Themengebiet von Relevanz sind.

Kreis Coesfeld, Landratsamt

900

Suchaktion nach Angehörigen ausländischer Nationen

- Diverse Schreiben, keine Namenslisten.

935

Berichte und Nachweise von Ausländern, deren Aktionen nach der Befreiung, u.a. Ausschreitungen

- Verzeichnis russischer Staatsangehöriger, die in verschiedenen Gemeinden des Kreises in der Zeit von 1939 bis 1945 gearbeitet haben; Oktober 1945.

- Knappe Auskünfte zu Franzosen & Norwegern; 1945.

- Liste mit eingebürgerten Niederländern (seit 1. 9. 1939) im Kreis vom 5. 12. 1945.

- Übersicht über die im Kreis lebenden Ausländer, Juden und Halbjuden; 29. 9. 1947.

943

Zu- und Abwanderungen von Ausländern, Suchaktionen, Liste von Gräbern mit Ausländern, 1945 - 1947

945

Zu- und Abwanderung von Ausländern, Suchaktion

- Listen verstorbener russischer Arbeiter, Dezember 1945/Januar 1946.

- Verzeichnis der im Kreis wohnhaften Ausländer; Gesamtliste erstellt am 21. 1. 1946, korrigiert und ergänzt am 31. 1. 1946.

- Liste der seit 1. 1. 1940 verstorbenen Niederländer; zunächst Verzeichnisse einzelner Gemeinden, am 7. 2. 1946 Verzeichnis für den Kreis Coesfeld.

Bergämter

5884

Bergrevier Lünen

Kriegsgefangene Bergarbeiter und Zivilgefangene sowie ausländische Arbeiter im Bergbau.

- Diverse Statistiken und Ausländerzählungen auf verschiedenen Zechen.

- Erlasse, Rundschreiben, Verordnungen u.ä.

Arbeitsämter

834

Arbeitsamt Düsseldorf ab 1945

- Ausländer, DPs.

Oberpräsidium Münster

4941

Kriegsmaßnahmen der Kommunalverwaltung 1939 - 1944

- Schreiben des Reichsministeriums des Innern in Berlin an die Landesregierungen vom 23. 9. 1941 zur Schaffung von Bordellen für fremdvölkische Arbeiter.

- Schreiben des Reichsarbeitsministers in Berlin an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 17. 9. 1941 zur Schaffung von Bordellen für fremdvölkische Arbeiter.

- Schreiben der Wehrkreisverwaltung VI in Münster an den Oberpräsidenten von Westfalen in Münster vom 3. 6. 1941 zum Erlass des Reichsministeriums des Innern vom 27. 10. 1941 zur Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener durch die Gemeinden. Bezahlung der Begräbnisse erfolgt durch die Stalags und Oflags.

- Schreiben des Reichsministeriums des Innern in Berlin an die Reichsstatthalter und Landesregierungen vom 24. 10. 1942 zum Einsatz von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft und der Errichtung von Unterkünftsräumen durch die Gemeinden: Gemeinden müssen Lager erstellen, sie können jedoch die Kosten auf die Betriebe abwälzen, die die Kriegsgefangenen einsetzen.

5009,1

Verschiedenes 1930 - 1942, Bd. 1 (1930 - 1938)

- Schreiben der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord in Münster, Gauamtsleiter Steinecke MdR, an den Oberpräsidenten in Münster vom 29. 11. 1937: übermittelt Abschriften aus Berichten der Parteidienststellen zur Situation in den Kreisen. In Coesfeld und Lüdinghausen wurde die mangelnde "Parteifrömmigkeit" der Lehrer beklagt. Anstoß wurde auch an Amtsbürgermeister Frhr. von Twickel von Billerbeck und Amtsbürgermeister Dr. Herbsthoff von Osterwick genommen.

5009,2

Verschiedenes 1930 - 1942, Bd. 2 (1938 - 1942)

- Schnellbrief des Reichsministers des Innern in Berlin an diverse Dienststellen vom 5. 4. 1939 zur ausländerpolizeilichen Behandlung der ausländischen Landarbeiter: Ausländer sollen restlos ausländerpolizeilich von den Meldebehörden erfasst werden.

- Schnellbrief des Reichsministers des Innern in Berlin an diverse Dienststellen vom 22. 4. 1939 zu landwirtschaftlichen Arbeitskräften aus Polen: die polnische Regierung verweigert ihren Staatsangehörigen die Genehmigung zur

Arbeitsaufnahme in Deutschland. Deutsche Grenzbeamte sind trotzdem angehalten, arbeitswillige und arbeitsfähige Polen auch ohne Visa nach Deutschland zu lassen. Das Reichsarbeitsministerium richtet entlang der Grenze Sammel- und Auffanglager ein, von denen die Polen durch das Arbeitsamt weitervermittelt werden.

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern in Berlin an diverse Dienststellen vom 28. 7. 1939 zur ausländerpolizeilichen Erfassung aller volksdeutschen italienischen Staatsangehörigen aus Südtirol: Südtiroler sollen erfasst werden; besonderes Augenmerk soll dabei ihren Berufen gelten.

5012

Dienstbesprechungen der Befehlshaber der Ordnungspolizei 1941 - 1942

- Schreiben des Befehlshabers der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI in Münster vom 19. 10. 1942: Protokoll der Dienstbesprechung am 19. 10. 1942, Abteilung Ia zu flüchtigen Kriegsgefangenen & fremdvölkischen Arbeitskräften.

5014

Unterbringung und Beschäftigung holländischer Grenzgänger in der westfälischen Textilindustrie 1944

- Schreiben des Landrats des Kreises Coesfeld an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster durch den Regierungspräsidenten in Münster vom 30. 6. 1944 zu Grenzgängerfragen: Übersendung einer Stellungnahme des DAF-Kreisobmanns Stenda von Coesfeld zu den niederländischen Grenzgängern. Der Landrat bemängelt, dass die Niederländer mit dem Bus pendeln, was angesichts der Energieknappheit auf Unverständnis der Deutschen stößt. Er fordert, sie in Lagern unterzubringen. Der Kreisobmann der DAF äußert sich negativ über die niederländischen Grenzgänger. An den Samstagen würden sie gar nicht arbeiten, in der Woche würden sie bummeln. Auch er will sie in Lager stecken, soweit das möglich ist. Er gesteht ein, dass alle Bemühungen, die Vertragsbrüchigkeit der Niederländer zu bekämpfen, gescheitert sind.

- Schreiben des Kreiswirtschaftsberaters Kock der NSDAP, Gau Westfalen-Nord, in Borghorst an den Landrat des Kreises Steinfurt in Burgsteinfurt vom 6. 7. 1944: lehnt eine Kasernierung der Grenzgänger ab, weil die Firmen nicht in der Lage sind, solche Lager zu unterhalten. "Viele Grenzgänger sind aber auch, sobald sie lagermäßig untergebracht werden sollten, gänzlich der Arbeit ferngeblieben und vertragsbrüchig geworden."

5015

Arbeitseinsatz holländischer Grenzgänger in der westfälischen Textilindustrie 1944

- Diverse Schreiben zur Kasernierung der niederländischen Grenzgänger.

5063

Verschiedenes 1940 - 1941

- Diverse Schreiben vom Januar 1941 zum Tod des Kanoniers Alfred Geisweid.

Geisweid hatte als Soldat im Sommer 1940 bei der Bewachung von Kriegsgefangenen versehentlich einen deutschen Wachtmeister erschossen, der auf ihn zukroch und den er für einen Franzosen hielt. Er bekam dafür 3 Jahre Gefängnis. In der Haft musste er schwer arbeiten und wurde schlecht ernährt. Sein Tod sorgte für erhebliche Unruhe in der Bevölkerung.

- Vermerk über die Besprechung am 4. März 1941 im Oberpräsidium in Münster über Fragen des Ruhrbergbaues: Ausländer sollen nicht privat untergebracht werden, sondern in Gemeinschaftsunterkünften. Lediglich Volksdeutsche dürfen in Privathaushalten wohnen. "In der Frage der sich aus dem Verbot des Geschlechtsverkehrs für Ausländer ergebenden Notwendigkeit der Einrichtung von Bordellen wurde dem Reichsverteidigungskommissar auf seine Frage hin bestätigt, daß in diesem nicht leichten Problem praktisch noch keine durchschlagenden Ergebnisse erzielt seien."

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiters & Oberpräsidenten Dr. Alfred Meyer an diverse Dienststellen vom 23. 3. 1941 zur Einrichtung von Bordellen für fremdvölkische Arbeiter: da es auf zentraler Ebene noch keine Regelung für die Einrichtung von Bordellen "für ausländische Arbeiter nichtgermanischer Abstammung" gibt, fordert Meyer für seinen Machtbereich die zügige Einrichtung von Bordellen. Träger der Bordelle sind die Gemeinden, die Überwachung und Einrichtung liegt bei der Polizei, für die innere Einrichtung der Zimmer sorgt die DAF.

- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers bei den Oberpräsidenten von Westfalen, Hannover und der Rheinprovinz und beim Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe im Wehrkreis VI an diverse Dienststellen vom 4. 4. 1941 zum Arbeitserziehungslager in Recklinghausen (Schützenhof): Einrichtung des AEL in Recklinghausen nach guten Erfahrungen mit dem AEL Lüdenscheid.

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiters & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Dienststellen vom 19. 4. 1941 zum Arbeitseinsatz von Juden: wegen des Arbeitskräftemangels werden Juden aus dem Warthegau nach Deutschland gebracht, um hier zu arbeiten. Für das Gebiet des Arbeitsamtes Rheinland sollen 2000 Juden und 1500 Jüdinnen zum Einsatz kommen, die vom Rest der Bevölkerung streng getrennt werden sollen.

- Abschrift des Schreibens des Reichsmarschalls & Beauftragten für den Vierjahresplan an die Reichsstatthalter in Berlin und Reichsverteidigungskommissare vom 18. 2. 1941 zum Arbeitseinsatz und zur Bevölkerungs-, Volkstums- oder Rassepolitik: wegen des Arbeitskräftemangels sollen unerwünschte Ausländer (Polen, Juden) auch in Gebieten eingesetzt werden, in denen dadurch "eine Schwächung des Deutschtums zu befürchten" ist.

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiters & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Dienststellen vom 26. 4. 1941 zum Arbeitseinsatz von Juden: "Wie ich inzwischen erfahre, hat der Führer nunmehr entschieden, dass Juden aus dem Generalgouvernement und dem Warthegau nicht im Reichsgebiet eingesetzt werden dürfen."

- Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-

Niederrhein in Essen an den Oberpräsidenten & Gauleiter Dr. Meyer in Münster vom 5. 5. 1941: Zusammenstellung über Maßnahmen zur Bekämpfung von Disziplinlosigkeiten in den Monaten Januar, Februar, März und April 1941; nennt auch Statistiken zur Schutzhaft.

- Schreiben des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Düsseldorf an diverse Dienststellen vom 26. 6. (1941) zum AEL Essen-Mülheim (Flughafen): "Das Arbeitserziehungslager in Essen-Mülheim kann bis zu 500 Erziehungshäftlinge aufnehmen. Es ist in erster Linie für arbeitsunwillige Ausländer vorgesehen."

- Schreiben des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein in Essen an den Oberpräsidenten & Gauleiter Dr. Meyer in Münster vom 4. 7. 1941: Zusammenstellung über Maßnahmen zur Bekämpfung von Disziplinlosigkeiten in den Monaten Januar, Februar, März, April, Mai & Juni 1941; nennt auch Statistiken zur Schutzhaft. Weitere Schreiben für die folgenden Monate folgen.

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Organisationen der Wirtschaft vom 30. 6. 1941 zur Einrichtung von Bordellen für fremdvölkische Arbeiter: Meyer beharrt auf seinem Schreiben vom 25. 3. 1941 und fordert zügige Einrichtung von Bordellen für ausländische Arbeiter. Die Kosten müssten die Betriebe übernehmen; dies werde auch von zentraler Stelle so gewünscht.

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI & Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an diverse Dienststellen vom 19. 10. 1941 zur Errichtung von Bordellen für fremdvölkische Arbeiter: RMI, Reichswirtschaftskammer, Reichsarbeitsminister, Chef der Sicherheitspolizei des SD und DAF haben in Erlassen die Errichtung von Bordellen geregelt. Meyer fordert zügige Umsetzung, da diese zentralen Gremien seiner Linie gefolgt sind. In der Anlage befinden sich die entsprechenden Erlasse.

5065

Maßnahmen zur Bekämpfung der Disziplinlosigkeit 1942 - 1944

- Diverse Schreiben der Reichstreuhanders für die Wirtschaftsgebiete Westfalen-Niederrhein & Westfalen-Nord über Maßnahmen zur Bekämpfung der Disziplinlosigkeit, also Gefängnisstrafen, Jugendarrest, Schutzhaft, Einweisungen in ein AEL & KZ.

5066

Verschiedenes 1941 - 1944

- Schreiben des Oberpräsidiums Münster, Berichterstatter Oberregierungs- und Medizinalrat Dr. Klein, an den Reichsminister des Innern in Berlin vom 14. 12. 1942 über die gesundheitliche Betreuung der Zivilbevölkerung: gesundheitlicher Zustand der Ärzte ist wegen Arbeitsüberlastung sehr schlecht. Dazu kommt die ärztliche Betreuung der Fremdarbeiter. Da sich unter diesen selbst Mediziner befinden, sollen die Arbeitsämter diese ausfindig machen und entsprechend einsetzen.

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Reichsverteidigungs-bezirk

Westfalen-Nord an diverse Dienststellen (darunter auch der Präsident des Gauarbeitsamts Westfalen-Nord in Coesfeld): die Gaufrauenchaftsleiterin bittet darum, dass in Zukunft "bei allen die Behandlung und die Betreuung des Fraueneinsatzes betreffenden Fragen, insbesondere auch hinsichtlich der Ostarbeiterinnen jeweils eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Stellen der NS-Frauenchaft erfolgen solle". Wegen des stärker werdenden Fraueneinsatzes wird dieser Vorschlag unterstützt.

- Schreiben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Berlin an die geschäftsführenden Behörden der Reichsverteidigungskommissare vom 12. 4. 1944 zum Arbeitseinsatz der italienischen Militärinternierten: Klagen über Faulheit italienischer Militärinternierter häufen sich, weshalb der Führer anordnet, dass italienische Arbeitskommandos nur nach Leistung gepflegt werden. Die Entscheidung über Einstufung und Kürzung trifft der Unternehmer. Eingesparte Verpflegung soll an "fleißige" Italiener weitergegeben werden. "Chef OKW deckt jeden, der seiner Autorität Geltung verschafft."

5076

Korrespondenz des Reichsverteidigungskommissars im Wehrkreis VI 1939 - 1940

- Schreiben des Regierungspräsidenten in Arnberg vom 27. 3. 1940: Erfassung polnischer Arbeiter, ihre Pflichten und ihre Behandlung.

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern in Berlin an die Regierungspräsidenten vom 8. 3. 1940 zur Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

- Schreiben des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung in Berlin an die Obersten Reichsbehörden vom 8. 3. 1940 zur Behandlung der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums im Reich: "Die Polen haben ein mit der Kleidung festverbundenes Kennzeichen zu tragen." Als Anlage folgen die "Erläuterungen zum Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten ..."; hier schlägt Göring die Einrichtung von Bordellen für Polen vor, damit sich diese nicht den deutschen Mädchen und Frauen nähern.

- Polizeiverordnung des Reichsministers des Innern in Berlin vom 8. 3. 1940 über die Kenntlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

5079,1

Korrespondenz des Reichsverteidigungskommissars im Wehrkreis VI 1940 - 1945 (Bd. 1: 1944 - 1945)

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Reichsverteidigungsbezirk Westfalen-Nord in Haltern an diverse Behörden und nachrichtlich u.a. an den Baubeauftragten des Reichsverteidigungskommissars Westfalen-Nord in Herbern, Südstraße 38 vom 11. 1. 1945 zur Aufstellung von technischen Hilfstruppen.

5079,2

Korrespondenz des Reichsverteidigungskommissars im Wehrkreis VI 1940 - 1945 (Bd. 2: 1940 - 1945)

- Schreiben des Kommandeurs der 4. Flakdivision in Duisburg an den Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar in Münster vom 27. 8. 1944 zur Kontrolle des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte: sowjetische Kriegsgefangene fliehen auf das Land, um sich eine ihnen genehmere Arbeit zu suchen. "Die ländliche Bevölkerung scheint in der Annahme solcher Flüchtlinge als Arbeitskräfte sehr leichtfertig vorzugehen." Fordert stärkere Kontrolle an den ländlichen Arbeitsstellen und bietet im Rahmen der Möglichkeiten die Unterstützung seiner Soldaten an.

5138

Arbeitseinsatz u.a. von Juden 1941 - 1944

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI Dr. Meyer in Münster vom 19. 4. 1941 zum Arbeitseinsatz von Juden: "Da die gegenwärtige Lage dazu zwingt, alle vorhandenen Arbeitsreserven auszunutzen, kann auch auf den Einsatz von Juden nicht verzichtet werden."

- Schreiben der Gauleitung der NSDAP Weser-Ems, der Gauwirtschaftsberater, in Oldenburg an den Reichsverteidigungskommissar vom 24. 4. 1941: Einsatz von Juden aus dem Generalgouvernement und dem Warthegau im Reich zur Arbeit ist vom Führer untersagt worden.

- Schreiben des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstrehändlers der Arbeit Westfalen-Nord in Coesfeld an den Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster vom 24. 1. 1944: der Bedarf an Arbeitskräften für 1944 wird auf 4,05 Millionen taxiert; neben Durchkämpfung der Betriebe nach deutschen Beschäftigten, die man umsetzen kann, sollen Ausländer ins Reich geholt werden, und zwar "1,5 Millionen Italiener, 1,0 Millionen Franzosen, 0,25 Millionen Belgier und Holländer, 0,6 Millionen Ostarbeiter und 0,1 Millionen aus dem übrigen Europa". Die Meldepflicht für Frauen über 45 Jahre wurde vom Führer abgelehnt.

5139

Zwangsarbeit

- Diverse Schriftwechsel

- Ausführungen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz auf der Reichs- und Gauleiter-Tagung am 5./6. Februar 1943 in Posen. Geheim! Ohne Ort, (1943), Exemplar 399

5141

Arbeitsdisziplin 1943 - 1944

- Diverse Statistiken zu Zwangsmaßnahmen gegen unwillige Arbeiter (bis hin zur Einweisung ins KZ).

5150

Wirtschaftliche Lageberichte 1943 - 1944

- Diverse Schreiben; auf Fremdarbeiter wird kaum eingegangen, höchstens ihr Ausbleiben bei einigen Wirtschaftszweigen festgestellt, was ein Produktionshindernis darstellt.

5169

Trennungsgeld für ausländische Bergarbeiter 1940 - 1941

5170

Grenzlandkontrolle der im Ruhrbergbau eingesetzten Arbeitskräfte aus Belgien und Holland 1941

- Schreiben der Gewerkschaft Auguste Victoria vom 8. 6. 1941: nachstehende Westarbeiter sind ab 21. 5. 1941 abgekehrt.

5177

Besprechungen 1940 - 1941

- Schreiben des Reichskohlenkommissars Paul Walter beim Preußischen Ministerpräsidenten in Berlin an Gauleiter Dr. Meyer in Münster vom 29. 5. 1940: detaillierte Vorschläge zur Unterbringung und Behandlung angeworbener Polen im Bergbau.

- Vermerk über die Besprechung am 12. 6. 1940 im Oberpräsidium in Münster: Polen haben das "P" als Kennzeichen zu tragen, worauf streng geachtet werden soll. Sie sollen vor Arbeitsbeginn schärfer ärztlich untersucht werden. Ob die bereits vor dem Kriege im Bergbau beschäftigten Polen dem Lohnabzug unterliegen sollen, bleibt ungeklärt. Kriegsgefangene aus dem Westen werden bereits in Lagern untergebracht.

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI, Gauleiter & Oberpräsidenten Dr. Meyer in Münster an den Beauftragten für Leistungssteigerung im Bergbau Reichskohlenkommissar Pg. Walter vom 15. 6. 1940: Stellungnahmen zu seinen Ausführungen vom 29. 5. 1940. Der Gauleiter wehrt sich gegen Vorschläge, den im Bergbau arbeitenden Polen die Schwerstarbeiterzulage zuzuerkennen.

- Vermerk über die Besprechung am 19. 6. 1940 im Oberpräsidium in Münster: Klärung von Fragen zum Einsatz polnischer Arbeiter im Bergbau. Auch die seit langem im Ruhrgebiet im Bergbau tätigen Polen sollen der Ausgleichsabgabe unterliegen. Der Einsatz von Polen im Bergbau wurde bemängelt und nur für die Kriegszeit hingenommen: "Im großen gesehen, müsse vermieden werden, daß der Bergbau durch Hilfsvölker betrieben werde."

- Vermerk über die Besprechung am 4. 9. 1940 im Landeshaus in Münster: unfähige polnische Arbeiter sollen aus dem Bergbau entfernt und wieder in ihre Heimat transportiert werden. Um Flucht zu verhindern, sollen Kontrollen verschärft werden. Unwillige polnische Arbeiter sollen listenmäßig erfasst und in ein KZ gebracht

werden, "um sie einer vernünftigen Arbeitserziehung zu unterwerfen". Holländer fliehen besonders oft, weshalb ihnen der Grenzübergang in die Heimat erschwert werden soll. Am 17. 8. 1940 waren im Wehrkreis VI 121000 Kriegsgefangene registriert.

- Vermerk über die Besprechung am 4. 3. 1941 vom Oberpräsidium in Münster über Fragen des Ruhrbergbaues: da viele ausländische Arbeiter den Urlaub nutzen, um sich abzusetzen, wollen Arbeitgeber die einheimischen Arbeiter halten. Ostarbeiter sollen auch in Zukunft lagermäßig untergebracht werden, bei Arbeitern germanischer Herkunft soll Privatunterkunft gestattet sein. Bordelle wurden für ausländische Arbeiter noch nicht eingerichtet.

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI, Gauleiter & Oberpräsident Dr. Meyer an diverse Dienststellen vom 6. 9. 1941: "In der Bordellfrage bitte ich nunmehr die beteiligten und interessierten Stellen, auf Grund der gegebenen Anregungen alle erforderlichen Maßnahmen örtlich möglichst voranzutreiben. Ich bemerke noch, daß ich vom Leiter der Partei-Kanzlei, Reichsleiter Martin Bormann, dahin unterrichtet worden bin, daß meine Bemühungen um eine Regelung von zentraler Stelle aus unterstützt werden. Ebenso hat mir auch jetzt der Chef der Sicherheitspolizei und des SD. mitgeteilt, daß die von ihm wegen der Finanzierungsfrage unter maßgeblicher Beteiligung der Partei-Kanzlei geführten Verhandlungen in Kürze abgeschlossen sein und alsdann zu ergänzenden Weisungen führen würden. Jedenfalls werde ich, sobald mir Weiteres bekannt wird, sofort davon Mitteilungen machen."

- Vermerk über die Besprechung in Reichsverteidigungsangelegenheiten am 25. 8. 1941 im Landeshaus in Münster: Dr. Ottersbach berichtet über Schwierigkeiten bei der Errichtung von Bordellen für Ostarbeiter. Da eine zentrale Regelung noch nicht gefunden worden sei, sollten die Kosten nach Vorschlag des Reichsverteidigungskommissars auf die betroffenen Firmen abgewälzt werden. Wie Herr Bierkamp als Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Düsseldorf mitteilt, sei die Aktion im Rheinland schon gut vorangekommen und besonders im Aachener Bezirk weit gediehen. Generaldirektor Bußkühl möchte den Bergbau aus der Angelegenheit heraushalten.

5179

Erlasse 1941 - 1942

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern in Berlin an die Kreispolizeibehörden etc. vom 28. 10. 1941 zur passtechnischen und ausländerpolizeilichen Behandlung der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter.

5180

Korrespondenz des Reichsverteidigungskommissars im Wehrkreis VI 1940 - 1943

- Schreiben von Oberregierungsrat Dr. Ottersbach an Oberpräsidenten Dr. Meyer vom 8. 5. 1941 zum Einsatz von Kriegsgefangenen und polnischen Zivilarbeitern in der westfälischen Landwirtschaft.

- Schreiben von Oberregierungsrat Dr. Ottersbach an Oberpräsidenten Dr. Meyer vom 19. 6. 1941 zur wirtschaftlichen Umstrukturierung durch den Krieg und zu Fremdarbeitern: Beschlagnahme von Ordensniederlassungen; Entlassung von Kriegsgefangenen in die Heimat; Einsatz jugoslawischer Kriegsgefangener in der Landwirtschaft; Einrichtung von Bordellen für ausländische Arbeiter, für die Entwürfe zur Genehmigung vorgelegt werden.

5182

Bekämpfung bzw. Verhinderung von Fleckfieber 1941 - 1942

- Abschrift eines Schreibens des Reichsarbeitsministers in Berlin an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vom 16. 12. 1941 zum Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten und Südosten und Maßnahmen zur Verhütung und Einschleppung des Fleckfiebers: Betriebe, die mehr als 500 ausländische Arbeiter beschäftigen, benötigen eine eigene Entlausungsanlage. Für den Übergang können die Arbeiter in anderen Entlausungsstellen desinfiziert werden. Ferner müssen von den Betrieben, die mindestens 50 Ausländer lagermäßig unterbringen, mindestens 2 Revierkrankenbetten separiert vom Rest der Belegschaft eingerichtet werden, da eine Krankenhausunterbringung ausländischer Arbeiter nur in Ausnahmefällen vorgesehen ist. Dies gilt nicht nur für Osteuropäer, sondern für alle Ausländer.

- Abschrift eines Schreibens vom Oberkommando der Wehrmacht in Berlin vom 8. 12. 1941 zu ärztlichen Maßnahmen bei sowjetischen Kriegsgefangenen: detaillierte Anweisungen für Entlausung und nachfolgende Abschottung.

- Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Westfalen in Dortmund an den Herrn Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI in Münster vom 22. 2. 1942: Darlegungen zur Entlausung von Polen bzw. Ostarbeitern seit Frühjahr 1940 in Westfalen.

5187

Arbeitseinsatz Kriegsgefangener 1939 - 1940

- Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Westfalen in Dortmund an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI, Gauleiter & Oberpräsident Terboven, z. Hd. von ORR Dr. Ottersbach in Münster vom 21. 9. 1939: Einrichtung eines Kriegsgefangenenlagers in Hemer im Kreis Iserlohn für 10000 Polen. "Die Gefangenen sollen in erster Linie für die Bergung der Rübenenernte eingesetzt werden. In Westfalen kommen hauptsächlich die Bezirke Paderborn, Höxter, Warburg, Soest und Unna für den Einsatz in Frage." Das Landesarbeitsamt übernimmt die Vermittlung.

- Schreiben des Reichsarbeitsministers in Berlin an die Präsidenten der Landesarbeitsämter und diverse Behörden vom 26. 9. 1939 zum Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen: Kriegsgefangene können nicht nur in der Landwirtschaft beschäftigt werden, sondern auch in anderen Bereichen, die definiert werden.

- Schreiben des Stellvertretenden Generalkommandos VI. A. K. (Wehrkreiskommando VI) in Münster vom 9. 10. 1939 zu Richtlinien für den Einsatz der Kriegsgefangenen: Festlegung der Zuständigkeiten und des formalen Ablaufs.

- Schreiben des Präsidenten des Landesamtes Westfalen in Dortmund an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster vom 11. 11. 1939 zum Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen: Kriegsgefangene werden vor allen Dingen in der Landwirtschaft eingesetzt. Laut Anlage arbeiten im Regierungsbezirk Münster 3519 Kriegsgefangene, davon 400 im Kreis Coesfeld und 700 im Kreis Lüdinghausen.

- Druckschrift: Kriegsgefangene. Auf Grund der Kriegsakten bearbeitet beim Oberkommando der Wehrmacht, Berlin 1939.

5200

Wirtschaftliche Lageberichte 1940 - 1941

- Schreiben des Regierungspräsidiums Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b in Düsseldorf vom 9. 12. 1940: Lagebericht zum 10. 12. 1940 erstattet an Göring; Kriegsgefangene lassen sich nur ungern im Bergbau einsetzen. Auch die deutsche Bevölkerung lehnt dies ab, zumal sogar die eigenen Bergleute den Dienst in der Armee der Arbeit unter Tage vorziehen. Verstärkt sollen Jugendliche angeworben werden. "Dann sind mit dem Reichskommissar im Haag Verhandlungen angeknüpft worden, um ungelernte holländische Arbeitskräfte im Alter von 14 - 30 Jahren anzuwerben. Diese Holländer sollen ordnungsmässig (sic) zu Bergleuten ausgebildet und später im Ruhrbezirk ansässig gemacht werden."

- Schreiben des Regierungspräsidiums Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b in Düsseldorf vom 8. 2. 1941: Lagebericht zum 10. 2. 1941 erstattet an Göring; Zahl der "Feierschichten" (unentschuldigtes Fehlen, Krankmeldungen etc.) hat im Bergbau erheblich zugenommen, besonders bei ausländischen Arbeitern. Bei der Anwerbung von Jugendlichen für den Bergbau zeigen sich diese interessiert, während die Eltern ihre Zustimmung verweigern.

- Schreiben des Oberpräsidiums Westfalen, Führungsstab Wirtschaft, Berichtstatter Reg. Direktor Klasmeier in Münster an Göring vom 11. 2. 1941 zum Lagebericht Nr. 25: "Von der Bezirksgruppe für die Monate November und Dezember aufgestellte Berechnungen haben ergeben, daß fast ausschliesslich die durch die Werbeaktion eingestellten ausländischen Arbeiter an den willkürlichen Feierschichten beteiligt waren." Die Ausfälle an Personal in der Landwirtschaft durch die Einberufungen zur Wehrmacht können durch den Einsatz von Kriegsgefangenen nicht aufgehoben werden.

- Schreiben des Oberpräsidiums Westfalen, Führungsstab Wirtschaft, Berichtstatter Assessor von Detten in Münster an Göring vom 10. 4. 1941 zum Lagebericht Nr. 27: Der Arbeitskräftemangel durch Einbeziehungen zur Wehrmacht ist sehr groß. Anwerbungen in Holland sind rückläufig, auch wegen passiver Resistenz der Niederländer.

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Osnabrück, Berichtstatter ORR v. Steinbrück, an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI, Gauleiter und Oberpräsidenten Dr. Meyer vom 16. 4. 1941 zum Lagebericht: Personalmangel entsteht auch durch das Pflichtjahr; junge Mädchen, die in Betrieben arbeiten, wer-

den ins Pflichtjahr abberufen, der Betrieb steht ohne Arbeitskraft da. Auch der Dienst in der HJ wirkt sich hemmend aus. Neben Klagen über polnische Arbeiter häufen sich Beschwerden über Niederländer.

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichterstatter Dr. Dresbach, an Göring vom 9. 5. 1941 zum Lagebericht zum 10. 5. 1941: Werbeaktionen im Ausland erweisen sich als unzulänglich, da die meisten ausländischen Arbeiter ihre Arbeitsstelle nach kurzer Zeit wieder aufgeben. Aus zahlreichen Wirtschaftszweigen werden Anträge auf Lohnerhöhungen gemeldet.

5201

Wirtschaftliche Lageberichte 1941

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichterstatter Dr. Dresbach, an Göring vom 9. 6. 1941 zum Lagebericht zum 10. 6. 1941: "Die Zahl der Ausländer ist wiederum stark angestiegen" heißt es über den Bergbau. "Im Berichtsmonat betrug die Steigerung etwa 14000, darunter 1935 Italiener. Die Meinung über die Italiener ist nicht günstig." Der Ruhrbergbau möchte einen weiteren Einsatz nur, "wenn die Gewähr gegeben ist, daß auch wirklich brauchbare Leute zugewiesen werden können. (...) Die Unterbringung der ausländischen Arbeiter in Baracken oder sonstigen Unterkünften bereitet einigermassen Schwierigkeiten und zwar aus Transportgründen und weil die Hersteller der Einrichtungsgegenstände wegen des Kräfteentzuges längere Lieferzeiten benötigen. Das Verbot, an die Ausländer Bettwäsche zu geben, wird vom Bergbau als bedenklich bezeichnet und zwar aus hygienischen Gründen (Ungeziefer)."

- Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster, Führungsstab Wirtschaft, Berichterstatter Regierungsrat von Detten an Göring vom 10. 6. 1941 zum Lagebericht Nr. 29: "Der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft ist im April infolge vermehrter Zuweisung von serbischen Kriegsgefangenen und Zivilpolen zu einem Teil entlastet, zumal die Frühjahrsbestellungsarbeiten durchweg abgeschlossen sind. Trotzdem besteht in Westfalen z.Zt. noch ein ungedeckter Bedarf von annähernd 10000 Arbeitskräften. An Facharbeitern (Melker, Treckerführer, Gärtner, Schäfer und Molkereifachleute) fehlen rd. 2000 Kräfte. Der grösste Mangel besteht nach wie vor an weiblichem Personal. Die in der Landwirtschaft untergebrachten Pflichtjahrmädchen bewähren sich nur zum Teil. Eine grosse Anzahl hat ihre Dienststellen bereits wieder verlassen." Die Lücken beim Personal können mit Frauen nicht geschlossen werden, da sich diese gegen ihren Einsatz sträuben und sich dem Zugriff der Landesarbeitsämter zu entziehen versuchen.

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichterstatter Dr. Dresbach, an Göring vom 9. 7. 1941 zum Lagebericht zum 10. 7. 1941: im Bergbau gibt es Klagen über die Italiener: "Die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr berichtet über die Italiener, daß ihre Disziplinlosigkeit zunehmend die Arbeitsfreudigkeit der deutschen Bergarbeiter beeinflusst." Zur allgemeinen Arbeitseinsatzlage heißt es dann: "Ganz

allgemein tönt der Ruf nach Ausländern und Kriegsgefangenen. Für den Einsatz dieser zivilen Ausländer wird ein möglichst unbürokratisches Verfahren gewünscht." Das Völkergemisch führt in einigen Betrieben zu Verständigungsschwierigkeiten, zumal einige Kroaten und Italiener Analphabeten sind. Die Arbeitsmoral der Ausländer, besonders der Italiener und Holländer, ist schlecht. Frauen melden sich nur noch spärlich zum Arbeitseinsatz. Laut Arbeitsamt Essen haben einige Betriebe die gesamte Buchhaltung auf Frauenarbeit umgestellt und wollen daran festhalten. "In den Kontorberufen dringt die Frauenarbeit immer weiter ein." Sorgen bereitet der Abgang der französischen Kriegsgefangenen. Jedoch wird auf Zuweisung russischer Kriegsgefangener gehofft: "Ich möchte annehmen, dass der Ersatz für die entlassenen Franzosen bald mit Hilfe russischer Kriegsgefangener geschaffen werden kann, die der deutschen Landwirtschaft noch aus dem Weltkriege her gut bekannt sind." Beklagt wird auch der moralische Verfall der Jugendlichen, die geschlechtliche Ungebundenheit praktizieren, was durch die Anwesenheit ausländischer Arbeiterinnen verstärkt wird: "Zu keiner Zeit ist so viel der Sinn und der Nutzen der Gemeinschaft gelehrt worden wie in der heutigen. Im eigenartigen Widerspruch dazu steht diese Widersetzlichkeit der Jugendlichen gegen die allereinfachsten und primitivsten Ordnungsdinge und ihr Verlangen nach einer ‚Freiheit des Körpers‘, die geradezu überindividualistisch ist." Die Stalags verlangen, dass der einheitliche Lohn für Kriegsgefangene erhöht werden soll.

- Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein in Essen an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI in Münster vom 10. 7. 1941 zum Bericht über die Wirtschaftslage in den Monaten April, Mai & Juni 1941: zur Arbeitsdisziplin der Ausländer wird am Beispiel einer Firma in Wuppertal-Barmen, die 1128 männliche und 581 weibliche Ausländer beschäftigt, für jede Nationalität ein Zeugnis ausgestellt. Am schlechtesten kommen Italiener und Niederländer bei der Beurteilung weg. Im Italiener-Lager bei den chemischen Werken Hüls ist es im Juni zu einer Revolte gekommen, die nur mit Polizeigewalt niedergeschlagen werden konnte.

5202,1

Wirtschaftliche Lageberichte 1941

- Schreiben des Regierungspräsidiums Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Berichterstatter Dipl.-Volkswirt C. Driever an Göring vom 9. 9. 1941 zum Lagebericht zum 10. 9. 1941: "Die Klagen über den mangelnden Arbeitswillen der ausländischen Arbeitskräfte werden immer grösser. Die Arbeitsvertragsbrüche nehmen immer mehr zu. Allenthalben wird über Reibungen zwischen Betriebsführungen und Ausländern sowie auch zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskräften berichtet. Ob man durch eine andere Lohnpolitik gegenüber den Ausländern etwas erreichen kann, wäre zu prüfen. Der Unwille bei den deutschen Arbeitern beruht vielfach darauf, daß die ausländischen Arbeiter, unter Berücksichtigung der weit geringeren Leistung, zu hoch bezahlt werden." Im Kapitel "Entwicklung der Löhne" heißt es: "Aus der Bauindustrie ist der Wunsch vorgetragen worden, die verringerte Leistung der ausländischen Arbeiter auch lohn-

mäßig gegenüber dem Arbeitslohn des deutschen Gefolgschaftsmitgliedes zum Ausdruck zu bringen und die Minderleistung im Lohn geringer zu bewerten als die Normalleistung. Besonders schwierig ist die Lage des Lohnproblems im Bergbau, wo ausländische und deutsche Arbeiter im Gedinge aneinander gekoppelt sind. Durch die Minderleistung des Ausländers hat der deutsche Bergmann, der mit Ausländern im Gedinge zusammen arbeitet, gegenüber den Kameraden, bei denen nur Deutsche im Gedinge zusammen sind, einen erheblichen Nachteil, weil vielfach nicht einmal die für das Gedinge erforderlichen Mindestleistungen erreicht werden. Prämienzahlungen, die über die im Gedinge vorgesehenen Mindestleistungen hinaus gewährt werden, kommen für den mit ausländischen Arbeitern im Gedinge verbundenen deutschen Bergmann schon gar nicht in Frage. Gerecht wäre es in dem Fall, wenn dem deutschen Arbeiter ein höherer Anteil an dem Gedinge als dem Ausländer zuerkannt würde. Aus den genannten Fällen ergibt sich, dass die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern auch lohnpolitisch gesehen und geprüft werden muss, ob man durch eine andere Regelung dem Arbeitsfrieden in den Betrieben besser dienen kann. Erschwert wird die Frage wohl dadurch, dass den ausländischen Kräften bei der Werbung und Einstellung feste Bedingungen gegeben worden sind. Dennoch kommt man an einer Überprüfung der Verhältnisse nicht vorbei."

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Osnabrück, Berichterstatter Oberregierungsrat v. Steinbrück, an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI in Münster vom 13. 9. 1941 zum Lagebericht: "Der Oberbürgermeister von Osnabrück stellt fest, dass die Bedingungen für die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte und ihre Entlohnung einer einheitlichen Regelung entbehren und bittet solche für das ganze Reich, mindestens aber für einen Treuhänderbezirk, herbeizuführen. Die jetzige unterschiedliche Behandlung der Ausländer habe deren Unzufriedenheit und ihr Bestreben zur Folge, dort Arbeit zu suchen, wo die Lohnbedingungen bessere sind."

- Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein in Essen an den Verteidigungskommissar für den Bereich des Wehrkreises VI in Münster: "Vom 1. I. bis 31. VIII. 41 wurden wegen Bummels folgende Maßnahmen von mir ergriffen: 933 Schutzhaftanträge, 788 Anträge auf Überweisung in ein Arbeitserziehungslager, 31 Anträge auf Überweisung in ein K.Z.-Lager, 411 Bestrafungen durch die ordentlichen Gerichte (Strafen 1 - 9 Monate Gefängnis), 230 Anträge auf Jugendarrest. Die Wirkung der Arbeitserziehungslager wird von der Industrie allgemein günstig beurteilt." Klagen gibt es über die Arbeitsleistungen der Holländer, Italiener und Kroaten. In Hüls kam es zu einer Revolte im italienischen Lager, die von der Polizei niedergeschlagen werden musste. Die Bevölkerung klagt über bettelnde Italiener. Die Holländer würden ihren Aufenthalt in Deutschland als Erholung betrachten und Arbeit verweigern.

5201, 2

Wirtschaftliche Lageberichte 1941

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Osnabrück, Berichterstatter

Oberregierungsrat von Steinau-Steinbrück, an den Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI in Münster vom 11. 9. 1941 zum Sonderlagebericht: der Schulrat von Bersenbrück hat den katholischen Religionsunterricht gestrichen. Die Maßnahme musste auf Druck der Eltern zurückgenommen werden, die sehr massiv dagegen protestierten. Den entsprechenden Lehrkräften wurde es gestattet, eine freiwillige Stunde zu erteilen. Als Grund für den Protest der Bevölkerung werden "die Hetzreden des Bischofs von Galen" angesehen.

5203

Wirtschaftliche Lageberichte 1941 - 1942

- Bericht des Oberbergamtes Bonn: Wirtschaftliche Lage im November 1941; nennt die Zahl der Gesamtbeschäftigten, darunter auch differenziert nach Nationalitäten die Ausländer.

- Schreiben des Oberpräsidenten, Führungsstab Wirtschaft, in Münster an den Reichsmarschall etc. in Berlin vom 16. 12. 1941 zum Lagebericht Nr. 35: gibt auf 24 Seiten Überblick über die wirtschaftliche Situation und streift kurz die Zahl der Ostarbeiter. Ausführlich wird auf die von der Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete unter angedrohter Todes- und Zuchthausstrafe angeordnete Räumungsaktion der Lager hingewiesen, die am 17. 11. 1941 stattfand und zum Chaos geführt hat, da die Leute die Geschäfte regelrecht stürmten aus Furcht, nichts mehr abzubekommen. In diesem Zusammenhang spricht der Verfasser davon, dass sich solche Szenen hätten vermeiden lassen, hätte man die Einzelhandelsgeschäfte rechtzeitig durch den "Mobbeauftragten" aufgeklärt. Gefordert wird auch ein vermehrter Einsatz russischer Arbeiter, die in der Vergangenheit wegen ihres schlechten körperlichen Zustands (fehlende Nahrung) nicht im gewünschten Umfang vorgenommen werden konnte.

- Schreiben des Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Führungsstab Wirtschaft für den Wehrwirtschaftsbezirk VI b, Dipl.-Volkswirt C. Driever, an den Reichsmarschall etc z.H. ORR Hallwachs, vom 9. 2. 1942: Lagebericht zum 10. 2. 1942. Verfasser äußert sich positiv über Arbeit der Ukrainer, bemängelt aber auch deren schlechte Ernährung.

5210

Arbeitsdisziplin 1940 - 1943

- Amtsvermerk des RVK in Münster vom 23. 8. 1940 zur Einrichtung eines AEL in Lüdenscheid.

- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers bei den Oberpräsidenten von Westfalen, Hannover, der Rheinprovinz und beim Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe im Wehrkreis VI, Verfasser SS-Obergruppenführer Jeckeln, in Düsseldorf an den Reichsverteidigungskommissar in Münster und weitere Dienststellen vom 30. 8. 1940 zum Erziehungslager für Arbeitsuntreue mit Bezug auf den Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 14. 6. 1940: Mitteilung über die erste Einlieferung von Häftlingen im AEL Hunswinkel bei Lüdenscheid.

- Schreiben des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Düsseldorf an den

Reichsverteidigungskommissar in Münster vom 26. 6. 1941 zum Arbeitserziehungslager in Essen-Mülheim (Flughafen): neben den AEL in Lüdenscheid und Recklinghausen ist ein weiteres AEL in Essen-Mülheim errichtet worden, in das besonders Ausländer eingewiesen werden.

- Schreiben des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein in Essen vom 10. 1. 1942 zur Übertragung der Befugnis, bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin Ordnungsstrafen zu verhängen und Strafantrag zu stellen.

5218

Erlasse (Handakte Oberregierungsrat Barbrock) 1942 - 1944

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Reichsverteidigungsbezirk Westfalen-Nord an den Oberpräsidenten von Westfalen u.a. vom 13. 10. 1944 zur Sicherung der Disziplin und Leistung ausländischer Arbeiter.

5255

Lageberichte der Kriegswirtschaftsabteilung 1939 - 1940

- Schreiben des Oberpräsidenten von Westfalen in Münster an Ministerpräsident Göring z. Hd. Oberregierungsrat Hallwachs in Berlin vom 9. 5. 1940: Lagebericht Nr. 16. Im Kapitel "Gewerbliche Wirtschaft" stellt der Schreiber fest, dass es auf den Zechen erhebliche Personalnot gibt. "Von der in Aussicht genommenen Zuführung polnischer Arbeitskräfte, von denen die ersten 1700 inzwischen eingetroffen sind, verspricht sich der Ruhrkohlenbergbau keine fühlbare Erleichterung. In dem Einsatz polnischer Arbeitskräfte wird auch eine gewisse Gefahr gesehen, da dadurch nach allgemeiner Auffassung das Ansehen des Bergmannberufs unter den Bergleuten selbst und in der Öffentlichkeit ungünstig beeinflusst wird." Er räumt Probleme bei der Fahrradbereifung ein und moniert, dass fabrikneue Fahrräder ohne Bezugsschein erhältlich sind, was in den Augen der Bevölkerung "eine Bevorzugung des besser gestellten Volksgenossen, der auf ein Fahrrad nicht vordringlich angewiesen ist", darstellt.

- Schreiben des Oberpräsidenten von Westfalen in Münster an Ministerpräsident Göring z. Hd. Oberregierungsrat Hallwachs in Berlin vom 11. 4. 1940: Lagebericht Nr. 15. Anforderungen im Bergbau können nur erfüllt werden, wenn die 18000 - 20000 einberufenen Arbeitskräfte wieder zurückgeführt werden, da die beabsichtigte Zuweisung polnischer und oberschlesischer Arbeitskräfte nur einen Teil des Fehlbedarfs decken wird. In der Landwirtschaft wird ebenfalls ein Mangel an Arbeitskräften beklagt und gefordert, die noch in den Betrieben vorhandenen Kriegsgefangenen zu belassen.

5278

Sitzungen des Chefs der Zivilverwaltung 1939

- Niederschrift über die Besprechung mit den RV-Dezernenten in Godesberg am 7. 9. 1939: wegen des Arbeitskräftemangels soll das Arbeitsamt Flüchtlinge rasch weiter vermitteln.

5296

Handakte Dr. Dreier des Chefs der Zivilverwaltung zum Armeeeoberkommando - "Laufendes" 1939 - 1940

- Schreiben des NSDAP-Gauleiters Westfalen-Nord in Münster an den Landespräsidenten PG Dreier in Münster vom 24. 1. 1940 zur Behandlung der Kriegsgefangenen: Haltung der Bevölkerung gegenüber kriegsgefangenen Polen ändert sich und weicht zum Missfallen der NS-Führung auf.
- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers bei den Oberpräsidenten von Westfalen, Hannover, der Rheinprovinz und beim Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe im Wehrkreis VI in Düsseldorf an den Chef der Zivilverwaltung Oberpräsident Gauleiter und Staatsrat Dr. Meyer, z. Hd. von Herrn Landespräsidenten Dr. Dreier vom 16. 3. 1940 zu Klagen über das Verhalten einquartierter Soldaten im nördlichen Westfalen: Erläuterungen zu Vorgängen im Bericht vom 24. 1. 1940; Missstände im Kreis Lüdinghausen, besonders in Ascheberg, Olfen, Senden & Ottmarsbocholt.

8235

Ostarbeiter - Kenntlichmachung, Arbeitseinsatz 1944 - 1945

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei in Berlin an diverse Dienststellen vom 26. 7. 1944 zur Behandlung der im Reichsgebiet befindlichen Arbeitskräfte polnischen Volkstums bzw. Einsatz polnischer Zivilflüchtlinge aus Ungarn: polnische Staatsangehörige, die nach 1939 nach Ungarn geflohen sind, werden nach Deutschland zur Arbeit verschleppt und wie Polen behandelt. Sie dürfen in den "Alpen- und Donaugauen" eingesetzt werden.
- Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an diverse Stellen vom 17. 7. 1944 zur Kenntlichmachung von Ostarbeitern: Ostarbeitern ist das Volkstumsabzeichen zu verleihen, um sie für die Polizei und andere kenntlich zu machen. "Die Verleihung der Volkstumsabzeichen hat bei den bereits im Reich befindlichen Ostarbeitern(innen) aus propagandistischen und stimmungsmäßigen Gründen in feierlicher Form in den Gemeinschaftsunterkünften oder innerhalb der Betriebe zu erfolgen, um den Charakter der Anerkennung besonders herauszustellen. Eine unmittelbare Mitwirkung der Polizei bei der Verleihung selbst hat aus diesem Grunde zu unterbleiben."

8238

Beurlaubung von Angehörigen der Ordnungspolizei zur Durchführung der Ernte 1944 - 1945

- Schnellbrief des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei in Berlin vom 19. 3. 1945 bezüglich Beurlaubung zur Durchführung der Frühjahrsbestellung und Sommerernte in der Landwirtschaft für 1945.

Gemeindearchiv Ascheberg

Das Gemeindearchiv Ascheberg enthält die Unterlagen der ehemaligen Gemeinden Ascheberg und Herbern.

Bestand Ascheberg

D 112

Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Personenstand: Ausländerüberwachung, Ausländer, 1946 - 1950 (tatsächlich ab 1943)

- Verzeichnis der Niederländer in Ascheberg vom 28. 8. 1945.
- Nachweis aller Polen, die bei Privatpersonen untergebracht sind vom 23. 10. 1945.
- Aufstellung der in Ascheberg verstorbenen russischen Staatsangehörigen vom 3. 1. 1946 (es waren drei).
- Liste der Staatenlosen in Ascheberg vom 24. 10. 1947.
- Nachweis heimatloser Ausländer, undatiert (Sommer 1952).

D 114

Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Personenstand: Ausländerüberwachung, Zwangsarbeiter, 1940 - 1943

- Liste der polnischen Zivilarbeiter in der Gemeinde Ascheberg, undatiert (Mai 1940?).
- Liste neuer polnischer Arbeitskräfte vom 30. 5. 1940, 26 Personen.
- Schreiben des Gesundheitsamtes Lüdinghausen vom 4. 6. 1940: Amtsärztliche Untersuchung der polnischen Arbeiter.
- Beschwerde der polnischen Landarbeiterin Johanna B., * 1917 in Izabella, tätig beim Theodor T., über schlechte Behandlung; verweigert weitere Arbeit bei dem Mann.
- Schreiben des Arbeitsamts Lünen an die Polizei vom 13. 9. 1940: Nachfrage, ob Johanna B. dem Bauern P. in Olfen überstellt worden ist.
- Schreiben des Landrats an Bürgermeister und Polizei vom 12. 12. 1940: Kosten für Lichtbilder von 33 polnischen Zivilarbeitern, Namensliste.
- Liste der Bauern und Landwirte, die polnische Zivilarbeiter beschäftigen, undatiert (März 1942?).
- Diverse Schreiben vom Januar 1942: Haft für Philipp H. aus der Ukraine (oder Polen?) und seine Frau, geb. S. Der Mann wurde am 7. 2. 1942 nach Polen zurückgeschickt.
- Liste mit polnischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern, undatiert (Sommer 1943?).
- Zahlreiche Verordnungen.
- Diverse Schriftwechsel zu Zwangsarbeitern, auch mit persönlichen Schicksalen.

D 116

Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Personenstand: Ausländerüberwachung,

Kriegsgefangene, 1940 - 1948.

- Schreiben des Stalags VI D, Gruppe Abwehr in Dortmund an Wachbezirke vom 15. 11. 1941: Auflockerung der Bewachung französischer Kriegsgefangener; gibt Zahlen zu den Insassen in den Lagern.
- Protokoll einer Besprechung in Lüdinghausen zur Bewachung französischer Kriegsgefangener vom 28. 10. 1941: nennt Lager im Wachabschnitt Lüdinghausen.
- Transportliste sowjetischer Arbeiter vom 27. 7. 1942; nennt Geburtsjahr, Herkunfts- und Einsatzort, Arbeitgeber.

Bestand Herbern

H 49

Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit: Legitimierung ausländischer Arbeiter 1931 - 1945

H 51 b

- Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit: Ausländer, Niederländer, 1939 - 1945
- Schreiben des Arbeitsamts Lünen an die Polizei in Herbern vom 13. 7. 1940: Johanna D., * 1924, verweigert lt. Bauer Anton S. in Herbern die Nahrungsaufnahme.
 - Schreiben des Arbeitsamts Lünen an die Polizei in Herbern vom 12. 7. 1940: die polnische Landarbeiterin Wladislawa W. verweigert beim Bauern Anton G. in Herbern die Arbeit.
 - Diverse Schreiben zu Problemen der Zwangsarbeiter und zu Problemen mit Zwangsarbeitern.
 - Diverse Verordnungen zu Ausländerangelegenheiten.

Stadtarchiv Billerbeck

C 1084

Polizeiliche Strafliste 1922 - 1944

- enthält auch die Namen von Fremdarbeitern.

C 1086

Polizeiprotokolle 1942 - 1945

- enthält auch die Namen von Fremdarbeitern.

C 1086a

Polizeischreiben 1944 - 1953

C 1266

Begräbniswesen, Leichenschau, Kriegsgräber

- Schreiben des Beigeordneten von Billerbeck an den Landrat von Coesfeld vom 13. 6. 1941: Die polnischen Zivilarbeiter wollen für ihren am 10. 5. 1941 verstorbenen Kollegen auf eigene Kosten ein Denkmal setzen auf dem Friedhof.

- Abschrift eines Schreibens des Direktors des Zentralnachweisamtes für Kriegsverluste und Kriegsgräber in Berlin an den Oberbürgermeister von Münster vom 20. 6. 1941: Gräber von ausländischen Zivilinternierten des Krieges müssen wie Kriegsgräber behandelt werden und dürfen nicht eingeebnet werden.

- Mitteilung an den Landrat von Coesfeld vom 23. 1. 1945: am 23. 12. 1944 verstarb Boris Mochanykord und wurde am 30. 12. 1944 bestattet. Er war bei der Bahnmeisterei in Dülmen beschäftigt.

- Mitteilung an den Landrat von Coesfeld vom 24. 2. 1945: Am 11. 2. 1945 verstarb Klawa Ssemenenko und wurde am 15. 2. 1945 bestattet. Sie war bei Bauer R. in Billerbeck beschäftigt.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld vom 25. 1. 1944: Beerdigungen von Fremdarbeitern sollen observiert werden; es besteht der Verdacht, dass die Beisetzungen "leicht zu politischen deutschfeindlichen Demonstrationen führen".

- Schreiben des Beigeordneten von Billerbeck an den Landrat von Coesfeld vom 26. 1. 1944: Die Beisetzung eines polnischen Zivilarbeiters, der am 10. 5. 1941 verstarb, wurde von Polen rege besucht, so dass es zu Ermittlungen der Stapo Münster kam.

- Schreiben des Beigeordneten von Billerbeck an den Landrat von Coesfeld vom 22. 4. 1944: Beisetzung am 14. 4. 1944 verlief schlicht und einfach.

- Abschrift der Liste russischer Staatsangehöriger, die auf dem Billerbecker Friedhof bestattet worden sind (undatiert, August 1945): nennt 5 Personen, die zwischen April 1944 und März 1945 verstorben sind.

- Schreiben an den Landrat von Coesfeld vom 12. 10. 1945: 10 alliierte Soldaten, 3 Polen und 5 Russen liegen in Billerbeck bestattet, 137 Russen wurden bei der Abtei in Gerleve bestattet.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Billerbeck an den Landrat von Coesfeld

vom 30. 1. 1946: 2 Niederländer wurden in Billerbeck beigesetzt.

Meldekartei Billerbeck: 1939 - 1945

Ausländerkartei Billerbeck: vor 1939 - 60er Jahre

Stadtarchiv Coesfeld

Die Stadt Coesfeld wurde im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört. Auch das Rathaus war davon betroffen. Ein Großteil der Akten ging verloren. Erhalten geblieben ist der Aktenbestand des Kirchspiels Coesfeld.

Ausländer-Melde-Kartei für das Kirchspiel Coesfeld

Adressen-Kartei für das Kirchspiel Coesfeld

Personenstandslisten der Bauerschaften Flamschen, Harle, Gaupel, Stevede

Stadtarchiv Dülmen

Die Stadt Dülmen besteht heute aus den Ortsteilen Buldern, Hiddingsel, Merfeld und Rorup sowie aus der alten Stadt Dülmen und dem Amt Dülmen. Der Bestand der Ortschaft Lette, die früher zu Rorup gehörte, findet sich ebenfalls im Stadtarchiv Dülmen.

Bestand Gemeinde Buldern

B 120a

Totenliste des Standesamtes Buldern 1928 - 1951

B 187

Verbrechen, Vergehen, Überschreitungen und deren Verfolgung, Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft 1940 - 1946

- Schreiben der Kripo Recklinghausen vom 6. 10. 1943 zum Raubmord in Ascheberg: Überprüfung der Kriegsgefangenen und Ostarbeiter.

B 264

Verhütung des erbkranken Nachwuchses

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 3. 9. 1941 zum Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Chinesen.

B 267

Begräbniswesen, Begräbnisplätze, Leichenhalle 1939 - 1961

- Schreiben des Reichsministeriums des Innern in Berlin an die Regierungspräsidenten vom 27. 10. 1941 zur Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener durch die Gemeinden.

- Schreiben der Wehrkreisverwaltung VI in Münster an das Oberpräsidium in Münster vom 3. 6. 1942 zur Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener durch die Gemeinden; Kostenerstattung.

- Schreiben des Amtes für Volkstumsfragen der NSDAP Gau Westfalen-Nord in Münster an die Kreisamtsleiter im Amt für Volkstumsfragen vom 27. 6. 1944 zur Beisetzung von Angehörigen germanischer Völker: kommen "germanische" Angehörige fremder Staaten im Dienst für Deutschland ums Leben, sind sie wie Deutsche zu bestatten.

B 275

Kontrolle der Ausländer, Ausweisungen 1945 - 1952

- Schreiben des Amtsdirektors von Buldern an den Oberkreisdirektor von Coesfeld vom 10. 12. 1948 zu Niederländern im westlichen Münsterland: zählt sehr genau die in Buldern lebenden niederländischen Familien auf und gibt Hintergründe zu ihrem Leben in der Gemeinde.

- Liste der Ausländer in Buldern vom 12. 10. 1950.
- Schreiben der Amtsverwaltung Buldern an das Ordnungsamt der Stadtverwaltung Bottrop vom 5. 5. 1951 zur Anfrage über Marian K.: dieser kam am 30. 3. 1943 als Zivilarbeiter nach Buldern und lebte bis Dezember 1945 in der Gemeinde.

B 287

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1945 - 1946

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Bürgermeister vom 10. 8. 1945: laut Anweisung der Militärregierung dürfen keine Russen mehr bei Zivilisten beschäftigt werden oder bei ihnen Unterkunft und Verpflegung finden.
- Protokoll einer Besprechung vom 2. 5. 1945 zur Versorgung der Ausländerlager in Buldern, Hiddingsel und Dülmen-Kirchspiel (Karthaus) mit Lebensmitteln.
- Diverse Listen mit ausländischen Beschäftigten, Herbst 1945.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Buldern an den Landrat von Coesfeld vom 10. 9. 1945 über verstorbene Russen: in Buldern sind nur zwei Russen im Krieg verstorben, zwei Kinder, die als Frühgeburten sofort verstarben am 1. 11. 1943.
- Bekanntmachung des Amtsbürgermeisters von Buldern vom 12. 9. 1945: Zahlungen von Lohnrückständen an russische Arbeiter sollen auf ein Konto der russischen Militärbehörde erfolgen und nicht an die Betroffenen ausgezahlt werden.
- Vermerk des Arbeitsamts Coesfeld vom 18. 9. 1945: polnische Arbeiter verlangen von ihren Arbeitgebern, auch rückwirkend den gleichen Lohn wie Deutsche zu bekommen und fordern Differenzbeträge ein. Die Militärregierung hat die Gleichstellung erst zum 1. 4. 1945 angeordnet, über Nachzahlungen soll später entschieden werden.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Buldern an den Landrat von Coesfeld vom 22. 10. 1945: Nachweis der Holländer in Buldern im 2. Weltkrieg.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Buldern an den Landrat von Coesfeld vom 25. 10. 1945: Nachweis der in Buldern seit 1941 beschäftigten Ostarbeiter & Ostarbeiterinnen; nennt 51 Personen mit Geburtsdatum, Dauer des Aufenthalts, Wohnort und Lohn.
- Anordnung des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen - Niederrhein in Essen vom 11. 7. 1942 über die Löhne der Ostarbeiter, ihre Steuersätze und die Abgaben an die Krankenkassen.
- Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Westfalen-Lippe in Münster vom 5. 10. 1945: Lohnansprüche der Ostarbeiter und Polen, die vor der Befreiung angefallen sind (Gleichstellung mit Deutschen, Urlaub) werden nicht berücksichtigt.
- Schreiben des Amtsdirektors von Buldern an den Landrat von Coesfeld vom 3. 12. 1946: Überblick über französische Kriegsgefangenenlager in Buldern.
- Schreiben des Amtsdirektors von Buldern an den Landrat von Coesfeld vom 3. 12. 1946: Liste mit in Buldern begrabenen Franzosen.
- Schreiben des Amtsdirektors von Buldern an den Landrat von Coesfeld vom 3. 12. 1946: Liste mit Franzosen, die in Buldern während des Krieges gemeldet waren.

B 380

Kriegsgräberfürsorge 1946 - 1947

- Schreiben der Amtsverwaltung Buldern an Gärtner Heinz W. in Buldern vom 13. 10. 1949: Auftrag zur Pflege der Gräber zweier russischer Kinder vor der Inspektion durch russische Offiziere.

Bestand Amt Dülmen

B 443

Erweitertes Führerbauprogramm (Luftschutzdeckungsgeräte) 1943

B 444

Erweitertes Führerbauprogramm (Luftschutzdeckungsgeräte) 1944 - 1952

- Schreiben des Gaubeauftragten des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft im Gau Westfalen Nord und Lippe in Münster an die Oberbürgermeister und Landräte vom 27. 1. 1944 zur Meldung über den Arbeitskräfte-Einsatz.

B 490

Rassenpflege, Verhütung des erbkranken Nachwuchses 1934 - 1945

- Schreiben von Martin Bormann an diverse Behörden, undatiert, ca. November 1941: bei Stellungnahmen zur Rassefrage soll auf verbündete Nationen und Staaten Rücksicht genommen werden.

B 844

Kriegsgefangene 1944 - 1948

- Schreiben der 2. Komp./Lds. Schtz. Batl 319 im Wachabschnitt Coesfeld an den Landrat von Coesfeld vom 20. 5. 1944: Kriegsgefangene dürfen bei einem langen Weg zum Arbeitgeber auf dessen Gefahr ein Fahrrad benutzen. Davon ausgenommen sind sowjetische Kriegsgefangene. Auf der Rückseite befindet sich ein Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 20. 5. 1944 zur Kenntnisnahme; nennt dabei die Kriegsgefangenenlager im Kreis: 1104 Darfeld Höpingen, 1110 Beerlage Temming, 1117 Hamern, 1118 Osterwick, 1121 Billerbeck, 1123 Osterwick, 1152 Beerlage, 1153 Beerlage, 1154 Darfeld, 1119 Holtwick, 1122 Gaupel Sückerhook, 1125 Billerbeck, 1134 Gescher.

- Festnahmebericht der Polizei in Dülmen vom 2. 1. 1945: die russischen Kriegsgefangenen Bosho I., * 1923, und Pitrow W., * 1926, wurden in Daldrup bei einem Bauern aufgegriffen und dem Kriegsgefangenenlager Schücking in Dülmen übergeben; sie hatten Lebensmittel bei sich.

- Übersicht vom 5. 9. 1945 über die noch im Amtsbezirk Dülmen wohnenden Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter.

- Schreiben des Oberkreisdirektors von Coesfeld an die Ortsbehörden vom 24. 8. 1946 zu Lohnrückständen: ausländische Beschäftigte wurden in den letzten Monaten entweder schlecht oder gar nicht von den Stalags entlohnt. In Bad

Godesberg kümmert sich die Abteilung 301 PWX Liaison Detachment um diese Ansprüche. Der Brief nennt einige 1945 als Lagervorsteher bekannte Personen aus Dülmen-Amt.

- Quittungsbeleg ausländischer Arbeiter des Arbeitskommandos 1124 für Dezember 1944.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an Abteilung 301 Liaison Detachment in Bad Godesberg vom 29. 10. 1946: im Amtsbezirk Dülmen sollen 250 Arbeitgeber, die Kriegsgefangene beschäftigt haben, vorhanden sein.

B 863

Erwerb und Verlust der Reichszugehörigkeit, Ausweisungen 1936 - 1950

B 893

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Facharbeiter 1942 - 1943

- Merkblatt für das Ostarbeiter-Sparen; gedruckte Broschüre, undatiert.
- Sammlung diverser Vorschriften zum Umgang mit Fremdarbeitern.
- Schreiben des Landrats von Coesfeld, Ausländeramt, an die Ortspolizeibehörden vom 23. 1. 1943 zum Einsatz der Partei bei der Überwachung fremdvölkischer Arbeitskräfte.
- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Landräte, Oberbürgermeister & Gesundheitsämter vom 13. 4. 1943 zur Betreuung schwangerer Ostarbeiterinnen.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an den Landrat von Coesfeld vom 22. 12. 1943: Schwangerschaft der Ukrainerin Natalya M. im Kirchspiel Dülmen wurde festgestellt: "Ich bitte um Verfügung, wohin die Arbeiterinnen abgeschoben werden können, da eine Entbindung hier nicht möglich ist."
- Schreiben des Arbeitsamts Bocholt, Nebenstelle Coesfeld, an den Landrat von Coesfeld vom 6. 1. 1944: Hinweis, "dass schwangere Ostarbeiterinnen nach Waltrop abgeschoben werden können. Der Bauer hat das Arbeitsamt rechtzeitig zu verständigen. Es besteht aber keine Möglichkeit eine Ersatzkraft zu stellen und die Ostarbeiterinnen nach der Entbindung zurückzubekommen."
- Diverse Urlaubsanträge für polnische Zivilarbeiter.

B 894

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1943 - 1954

- Diverse Urlaubsanträge für polnische Zivilarbeiter.
- Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamts in Berlin vom 17. 3. 1944 zur Einschränkung des Reiseverkehrs ausländischer Arbeitskräfte, Einführung von Reisescheinen.
- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 19. 4. 1944: "Es kommt immer wieder vor, dass bei Verfehlungen - auch krimineller Art - von Ostarbeitern und Polen die Vorgänge an die Gerichte abgegeben werden. Sämtliche strafbaren Handlungen von Polen und Ostarbeitern sind an die Geheime Staatspolizei - durch meine Hand - vorzulegen."

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 7. 6. 1944: Arbeitgeber kommen ihrer Meldepflicht nur sehr zögerlich nach; Landrat fordert Strafen.
- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 23. 1. 1945: der Landrat fordert erneut, zugelaufene Arbeiter nicht in Arbeit zu stecken, sondern der Gestapo zu übergeben; droht mit Strafe.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an den Oberkreisdirektor von Coesfeld vom 2. 9. 1946: Liste mit verstorbenen Franzosen und den in Dülmen während des Krieges anwesenden Franzosen.
- Listen zu Franzosen, zusammengestellt am 3. 12. 1946.
- Aufstellungen mit Belgiern in Dülmen vom 4. 9. 1947.
- Schreiben des Amts Dülmen an F.L.O.R. Search & Tracing in Haltern vom 24. 9. 1947: nennt Lager, in denen im Krieg Franzosen untergebracht wurden: im Kspl. Dülmen: Nr. 1112 Daldrup Nr. 10; Nr. 1124 Dernekamp 85; Nr. 1124 (sic) Dernekamp 35; Nr. 1132 Börnste 16; Nr. 1106 Welte 13; Nr. 1129 Weddern 15; Nr. 1103 Rödder 23. In Merfeld: Nr. 1109 Merfeld 107; Nr. 1135 Merode 18.
- Aufstellung der im Amtsbezirk Dülmen wohnhaften Ausländer mit Ausnahme der holländischen Staatsangehörigen vom 3. 10. 1947.
- Aufstellung der im Amtsbezirk wohnhaften holländischen Staatsangehörigen vom 3. 10. 1947.

B 895

Suchaktion nach Angehörigen der Vereinten Nationen 1946 - 1947

- Schreiben des Oberpräsidiums in Münster an die Regierungspräsidenten der Provinz vom 19. 3. 1946 zur Suchaktion nach vermissten Angehörigen der VN: detaillierte Anweisungen für die Suchaktion, die zügig durchgeführt werden soll von den Kommunen und Kreisen.
- Diverse Namenslisten der im Amt Dülmen im 2. Weltkrieg lebenden Ausländer.
- Diverse Sterbeurkunden

B 896

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1944 - 1945

- Diverse Meldungen über geflüchtete niederländische Arbeiter ab Januar 1944.
- Namensliste mit Niederländern; vermutlich Februar 1944.
- Schreiben des Landrats von Coesfeld, Ausländeramt, an die Ortspolizeibehörden vom 2. 6. 1944: "Trotz wiederholter Verfügung, alle aufgegriffenen ausländischen Arbeitskräfte jeden Dienstag und Freitag der Geheimen Staatspolizei in Münster zuzuführen, werden immer noch von einzelnen Ortspolizeibehörden diese Arbeitskräfte nicht überführt, sondern in Arbeit vermittelt. Ich ersuche daher nochmals, die ergangenen Verfügungen strengstens zu beachten. Das Arbeitsamt ist nicht berechtigt, diese aufgegriffenen ausländischen Arbeitskräfte ohne Genehmigung der Geheimen Staatspolizei weiter zu vermitteln. gez. Dr. Stachels"
- Verzeichnis Ostarbeiter und -arbeiterinnen, Namensliste mit Ortsangabe (Wohnort oder Arbeitsort ist nicht ersichtlich); undatiert, vermutlich Juni 1944.

- Liste der im Amtsbezirk Dülmen gemeldeten polnischen Zivilarbeiter, Namen, Arbeitgeber, Wohnort; undatiert, vermutlich Sommer 1944.
- Nachweisung der im Amt Dülmen wohnhaften Volksdeutschen vom 29. 8. 1944.
- Diverse Schreiben des Amtsbürgermeisters an den Landrat von Coesfeld ab Oktober 1944 zu Kriegsfehndungen: gibt Aufschluss über Zahl der festgenommenen geflüchteten Kriegsgefangenen und vertragsbrüchigen deutschen und ausländischen Arbeiter sowie der Fahnenflüchtigen.
- Aufstellung über die noch im Amtsbezirk Dülmen befindlichen Ausländer; undatiert, vermutlich Sommer 1945.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an den Landrat von Coesfeld vom 10. 9. 1945 zu verstorbenen Russen: drei Verstorbene werden genannt.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an den Landrat von Coesfeld vom 25. 10. 1945 zur Pflege der russischen Gräber.

B 897

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1945 - 1950

- Vorgedrucktes Schreiben von Lt. R. Corbesir, Neth. Liaison Officer in Rheine an den Bürgermeister des Kirchspiels Dülmen vom 15. 8. 1945: Bitte um Auskunft über die Niederländer in der Gemeinde seit 1939.
- Aufstellung der seit 1939 aus dem Amtsbezirk Dülmen verzogenen Holländer; undatiert, August/September 1945.
- Schreiben des Amtes Dülmen an den Landrat von Coesfeld vom 6. 10. 1945 zur Registrierung der verschleppten Personen nicht deutscher Nationalität.
- Nachweisung über die noch im Amtsbezirk Dülmen anwesenden Holländer; undatiert, vermutlich Oktober 1945.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an den Landrat von Coesfeld vom 24. 10. 1945 zur Meldung aller russischen Kriegsgefangenen und Zwangsevakuierten: Namenslisten mit Ausweisnummern, Adresse, Arbeitgeber, Beschäftigungszeiten etc.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Dülmen an den Landrat von Coesfeld vom 2. 1. 1946 zur Nachforschung nach in Westfalen gestorbenen russischen Arbeitern: Liste mit drei verstorbenen Russen: Michail Belokow, * Dezember 1887, + 18. 11. 1944 (starb an Genuss von Methyl-Alkohol); Olexi Stefuranzia, * 17. 3. 1921, + 10. 2. 1945 (Luftangriff); Raissa Bobenko, * 1. 11. 1925, + 11. 2. 1945 (Luftangriff).
- Verzeichnis der im Amtsbezirk Dülmen wohnhaften Ausländer vom 1. 3. 1946.
- Verzeichnis der im Amtsbezirk Dülmen wohnhaften Ausländer vom 24. 1. 1946.
- Schreiben des Landrats von Coesfeld an den Bürgermeister vom 21. 3. 1946 zu Ausländern: Rüge wegen mangelhafter Meldungen von Ausländern an Militärbehörden.
- Diverse Meldungen von Ausländern ab Januar 1946.
- Schreiben des Amtes Dülmen an den Oberkreisdirektor von Coesfeld vom 29. 3. 1949 zur Suche nach Ausländern: Aufstellung über alle beurkundeten Sterbefälle von Ausländern, welche in der Zeit vom 3. 9. 1939 bis 8. 5. 1945 im Amtsbezirk

Dülmen verstorben sind: drei Franzosen, ein Pole, drei Russen, vier Italiener. In der Anlage 2 werden Personen aufgeführt, die nicht in Dülmen gelebt haben, sondern nur in Dülmen beigesetzt worden sind. Anlage 3: Aufstellung der in der Zeit vom 3. 9. 1939 bis zum 8. 5. 1945 im Amtsbezirk Dülmen bestandenen Ausländer-Lager. Anlage 4: Aufstellung der Leichen von Ausländern, welche von alliierten Dienststellen umgebettet worden sind. Anlage 5: Aufstellung der im Amtsbezirk Dülmen befindlichen Gräber von ausländischen Staatsangehörigen.

- Liste der im Kreis Coesfeld in der Zeit vom 3. 9. 1939 bis 31. 12. 1947 geborenen ausländischen Kinder; undatiert.

- Schreiben des Amtsdirektors von Buldern an den Amtsdirektor von Dülmen vom 18. 12. 1949: Anfrage zu dem Polen Martin Pawloczki, * 1. 1. 1916 Lodz, + 31. 3. 1945 Kirchspiel Dülmen.

B 898

Ehemalige polnische Kriegsgefangene 1940 - 1944

- Diverse Meldezettel für die polizeiliche Meldebehörde, dazu Abmeldungen und Schreiben an das Ausländeramt des Kreises.

B 1105

Kriegsgräberfürsorge 1944 - 1948

- Schreiben der Wehrmachtskommandantur Münster vom 7. 6. 1944: Gräber feindlicher Soldaten sollen von Kriegsgefangenen gepflegt werden. Frage, ob Umbettung gewünscht wird.

- Runderlass des Reichsministers des Innern vom 8. 1. 1945 zur Pflege der Gräber ausländischer Zivilarbeiter.

- Amtsvermerk vom 18. 6. 1946 über die von Landwirt Alfons B. im Frühjahr bestatteten 9 Ausländer, vermutlich Russen, die bei einem Fliegerangriff ums Leben gekommen sind.

- Schreiben des Oberpräsidiums Münster an den Regierungspräsidenten von Münster in Warendorf vom 11. 6. 1946 zur Pflege der Gräber von Zivilarbeitern und der Übernahme der Kosten.

- Diverse Schriftstücke zur allgemeinen Pflege von Kriegsgräbern, darunter auch Gräber von Ausländern.

- Schreiben des Innenministeriums in Düsseldorf an den Regierungspräsidenten von Münster vom 26. 5. 1948 zum Unterhalt sowjetischer Gräber und Denkmäler.

B 1106

Kriegsgräberfürsorge 1949 - 1956

- Diverse Schreiben zu Gräbern ausländischer Kriegsgefangener.

Bestand Amt Rorup

A 224

Polizeistrafliste des Amtes Rorup 1936 - 1942

- Namensliste der Personen, die von der Polizei mit Geldstrafen belegt worden sind. Darunter finden sich auch ausländische Namen. Die Art des Vergehens wird in einer Spalte aufgeführt, in der Regel nur mit einem Wort: z.B. "Übertretung"

B 1

Anordnung und Maßnahmen der Militärregierung 1945

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 11. 6. 1945 zur politischen Stimmung der Bevölkerung: Stimmung der Bevölkerung wird durch die Plünderungen der Ausländer bestimmt.

B 2

Maßnahmen, Anordnungen der Alliierten Streitkräfte, Verschiedenes 1945 - 1955

- Verzeichnis der im Amt Rorup polizeilich gemeldeten Ausländer vom 23. 1. 1946.

B 5

Verschiedenes 1945 - 1947

- Schreiben des Oberpräsidiums von Münster an die Regierungspräsidenten vom 19. 3. 1946 zur Suchaktion nach vermissten Angehörigen der Vereinten Nationen: detaillierte Anweisungen für die Suchaktion, die zügig durchgeführt werden soll von den Kommunen und Kreisen.

- Diverse Listen mit Niederländern, die im 2. Weltkrieg in Rorup lebten; April 1946.

- 4 Geburtsurkunden von Zwangsarbeitern.

- Sterbeurkunde für Leon Mydlarz, * 6. 10. 1916 Schwarzenfeld, Kreis Schroda, + 27. 3. 1945 Darup.

- Sterbeurkunde für Bronislaw Tutak, * 27. 4. 1914 Baluty jetzt Litzmannstadt, + 5. 4. 1943 Darup.

- Sterbeurkunde für Heny Palenko, * 7. 6. 1944 Limbergen, + 14. 9. 1944 Limbergen.

- Vermerk über den Tod von Johann Rubattschenko, * 25. 11. 1922 Buchajwka, + 4. 3. 1944 Lette: Todesursache: Magengeschwürsperforation.

- Verzeichnis der Gräber mit Ausländern in Rorup für den 2. Weltkrieg vom 9. 3. 1946.

- Verzeichnis der Gräber von Armeeinghörigen der alliierten Truppen vom 9. 4. 1946.

- Namenslisten mit ausländischen Staatsangehörigen vom 25. 8. 1946 (vermutlich wohnten sie noch in Rorup).

B 80

Eheschließung der Ausländer und Eheschließung im Allgemeinen 1935 - 1959

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis VI in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 3. 9. 1941 zum Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Chinesen.

- Schreiben des Reichsministeriums des Innern an die Aufsichtsbehörden der

Standesämter vom 10. 3. 1942: Ehen von Polen in Deutschland sollen möglichst unterbunden werden, weil Polen nicht im Reich erwünscht sind.

B 130

Verkehrsverband Münsterland, Verkehrswesen, Dorfverschönerung, Erhaltung von Baudenkmalern 1938 - 1944

- Schnellbrief des Reichsministeriums des Innern in Berlin vom 3. 11. 1942 zur Ablieferung der Denkmäler zur Verstärkung der Metallreserven: beim Abbau von Denkmälern aus Metall dürfen aus Rücksichtnahme auf die Gefühlslage der Bevölkerung "bei Denkmälern unserer Nationalgeschichte keinesfalls Kriegsgefangene" eingesetzt werden.

B 230

Kriegsgefangenenwesen 1944 - 1955

B 246

Anstellung, Uniformierung und Bewaffnung der Polizeibeamten, Polizeikostenzuschüsse, Statistik und Hilfspolizeibeamte 1932 - 1954

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 7. 5. 1945 zu Plünderungen durch Polen und Russen: Polizisten müssen nicht gegen ausländische Plünderer einschreiten, weil diese bewaffnet sind, die Polizei hingegen nicht.

B 249

Gefangenenwesen, Gefangenenverpflegung, Gefangenentransporte, Haftsachen 1934 - 1950

- Liste mit Angaben zu Kriegsgefangenen, Kreiskommando Coesfeld, Arbeitskommando 125 Darup über Nottuln: enthält Namen, Geburtsdatum, Kriegsgefangenen-Nummer, vermutlich den örtlichen Arbeitgeber, zuständige Polizeibehörde, zuständiges Kreisarbeitsamt mit lfd. Nummer, Entlassungstag bzw. Tag der Überführung in den Zivilstatus.

- Schreiben des Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde von Coesfeld an den Amtsbürgermeister als Ortspolizeibehörde von Rorup vom 20. 11. 1941 zu Haft- und Verpflegungskosten für zwei Gefangene: Bürgermeister von Coesfeld will Verpflegungskosten erstattet haben, die für 2 Häftlinge angefallen sind, von denen einer Pole war: "In der Zeit vom 20. 7. 1941 bis 11. 11. 1941 war der polnische Zivilarbeiter Ignaz G. im hiesigen Polizeigefängnis untergebracht. Derselbe war beschäftigt bei dem Bauer K. in Lette und wurde am 11. 11. 1941 dem Konzentrationslager Dachau überwiesen. Die Einlieferung erfolgte durch den Gendarmeriemeister Rösner von hier. G. ist an 114 Tagen verpflegt worden. Die Verpflegungskosten betragen je Tag 1,50 Mk. so daß insgesamt 171 - Mk verausgabt wurden. 2. In der Zeit vom 26. 9. bis 29. 9. 1941 war der Landwirt Viktor L. aus Darup hier im Polizeigefängnis eingeliefert, der wegen versuchter Abtreibung dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Für L. sind 4,50 Mk. verausgabt worden."

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichministerium des Innern in Berlin an die Regierungspräsidenten vom 4. 10. 1941 zu Polizeigeängnissen und Häftlingstransporten: es dürfen nur Häftlinge transportiert werden, die zuvor entlastet worden sind; gilt auch für Arbeitserziehungslager; Fleckfieber breitet sich aus und hat unter deutschen Beamten erste Todesopfer gefordert.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an die Gestapo Münster vom 17. 7. 1942: der Zivilarbeiter G. wurde auf Anordnung der Gestapo in Haft genommen; Kostenrückerstattung in Höhe von RM 171 gefordert.
- Schreiben des Wehrkreiskommandos VI in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 21. 7. 1943 zur Flucht sowjetischer Kriegsgefangener: sowjetische Kriegsgefangene fliehen und mischen sich unerkannt unter Zivilarbeiter; ein Bauer im Dortmunder Bezirk beschäftigte 3 Russen ohne Erlaubnis des Arbeitsamtes, die zuvor aus der Kriegsgefangenschaft entwichen waren. Der Bauer wird bestraft, die Russen sind wieder entflohen.
- Festnahmebericht vom 22. 9. 1943: der serbische Kriegsgefangene Ruvat S. wurde festgenommen und der Polizei in Rorup übergeben; seine Erkennungsmarke aus dem Stalag IV D lautete 36403.
- Festnahmebericht vom 7. 3. 1944: der Ostarbeiter Iwan W., * 1921, wurde verhaftet wegen ungebührlichen Betragens und unerlaubten Verlassens des Arbeitsplatzes.
- Festnahmebericht vom 14. 3. 1944: Alik K., * 1918 Poltawa, Kreis Schonurske, wegen Flucht vom Arbeitsplatz.
- Festnahmebericht vom 16. 3. 1944: Nikolei T., * 1925 Poltawa, wegen Flucht vom Arbeitsplatz.
- Festnahmebericht vom 6. 4. 1944: Leonid O., * 1925 Rudka, Kreis Stanislaus, und Nowikow W., * 1923 Wcaziewzi, Kreis Pinsk, sind beim Fliegeralarm aus einem Zug gesprungen.
- Bericht des Gend.-Einzelpostens in Lette an die Ortspolizeibehörde in Rorup vom 2. 5. 1944: der polnische Zivilarbeiter Stanislas K., * 1909 Posen, ist dem Bauern Josef E. in Lette zugelaufen.
- Festnahmebericht vom 21. 4. 1945: Wasil T., * 1924 Premischel, Kreis Premischel (Ukraine).
- Festnahmebericht vom 15. 5. 1944: Nikolaus K., * 1920 Mixeilowka, Kreis Nikoleijew, und Nikoley H., * 1921 Schlabianak, Kreis Stalino.
- Bericht des Gend.-Einzelpostens in Lette vom 20. 5. 1944: Polin Kasimira W.* 1920 Löbau, Kreis Neumark in Westpreußen, ist dem Bauern Josef W. zugelaufen.
- Diverse andere Berichte über zugelaufene Arbeiter.
- Festnahmebericht aus Darup vom 8. 7. 1944: Iwan P., * 1926 Kiew, und Wladimir K., * 1925 Woroschilowgrad.
- Festnahmebericht aus Darup vom 11. 7. 1944: Iwan S., * 1923 Charkow.
- Bericht des Gend.-Einzelpostens in Lette vom 21. 7. 1944: Stanislas K. ist erneut in Lette aufgegriffen worden. Er war bereits am 9. 5. 1944 aufgegriffen worden und über die Gestapo in das Arbeitserziehungslager Marl eingewiesen worden, aus dem

er nach eigenen Angaben am 9. 7. 1944 entlassen worden sein soll. In Lette wollte er sich Arbeitskleidung zurückholen.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Bürgermeister vom 17. 4. 1944: am 8. 4. 1944 sind zwei polnische Zivilarbeiter aus dem Gefängnis in Dülmen ausgebrochen; sie befanden sich in einem Raum für Personen, die noch nicht entlastet waren; der Landrat fordert Beachtung der Sicherheitsvorschriften.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld vom 16. 3. 1944 an die Ortspolizeibehörden: zählt Entlausungsstellen im Kreis auf.

- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers West in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 11. 7. 1944: Wachleute dürfen nur für Wacharbeiten und nicht für andere Arbeiten eingesetzt werden; Häftlinge dürfen nicht mit anderen Arbeitern arbeiten, was auch vom "Ehrenstandpunkt" aus verboten ist.

- Festnahmebericht aus Lette vom 7. 12. 1944: Valentin B., * 1927 Stalino.

- Festnahmebericht aus Lette vom 7. 12. 1944: Peter B., * 1924 Witebsk.

- Bericht des Gend.-Einzelpostens in Darup vom 18. 12. 1944: Ewdokipa S., * 1920 Nicolajewka, ist dem Bauern Hubert S. in Limbergen zugelaufen; da der Bauer am 5. 12. den Tod eines niederländischen Melkers zu beklagen hatte, spannte er die Ostarbeiterin nun dafür ein und möchte sie wegen ihrer Geschicklichkeit behalten.

- Festnahmebericht aus Lette vom 8. 1. 1945: Saweley St., * 1909 Dnepopretowsk, wegen Arbeitsverweigerung.

- Anzeige in Darup vom 21. 12. 1944: Die Ehefrau Gertrud T. zeigt die Ostarbeiterin Vinaida Zusanda M., * 1924 Winiske, an wegen Diebstahls einer Uhr. Die Arbeiterin hatte ein im Oktober im Lager Waltrop geborenes Kind bei sich. Sie war zugelaufen und flüchtete wieder. Dabei nahm sie eine Uhr mit. Aus weiteren Vermerken geht hervor, dass die Ostarbeiterin am 5. 1. 1945 der Gestapo Münster zugeführt worden ist.

- Festnahmebericht aus Darup vom 5. 2. 1945: Nikoley M., * 1913 Dnepopetrowsk, und Richard D., * 1924, Konotop.

- Festnahmebericht aus Rorup vom 2. 3. 1945: die Belgier Etienne S., * 1922 Kontryk, und Jan De Sch., * 1923 Niewerkerken.

- Festnahmebericht aus Darup vom 1. 3. 1945: Iwan M., * 1919 Schipitolke, Kreis Kapodolks.

- Festnahmebericht aus Rorup vom 26. 2. 1945: Pole Stanislaw L., * 1914 Losisina Dolna, Kreis Neu Sandoz.

- Festnahmebericht aus Rorup vom 26. 2. 1945: Gaz B., * 1924 Slobotka, Kreis Lemberg.

- Festnahmeberichte aus Lette vom 5. 3. 1945 anlässlich einer Großrazzia am 3. & 4. März, 11 Personen.

- Festnahmebericht aus Darup vom 8. 3. 1945: Pole Witaliusz W., * 1922 Schrammhausen, Kreis Kalisch.

B 250

Maßregeln gegen Bettler, Landstreicher, Zigeuner, Obdachlose,

Naturverpflegungsstationen 1933 - 1959

- Schreiben des Reichskriminalpolizeiamts Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens in Berlin vom 4. 9. 1940: Zigeuner wurden im Mai 1940 auf Drängen der Wehrmacht in den Osten deportiert; sexueller Verkehr zwischen Zigeunern und Nicht-Zigeunern soll in Zukunft verboten werden und in der Gegenwart mit polizeilichen Mitteln unterbunden werden.

- Diverse Schreiben von Anfang 1944 über Eduard R., * 1927 Jüber. Es bestehen Unklarheiten über seine arische Abstammung. Bei der Musterung wurde dies bemängelt. Der junge Mann wurde nach Nachforschungen zum Zigeuner-Mischling erklärt.

B 251

Schutzhaft, Überführung in Konzentrationslager, Sicherheitsverwahrung 1934 - 1946

- Schreiben der Gestapo Münster vom 23. 11. 1939 zu russischen, ukrainischen, kosakischen & kukasischen (sic) Emigranten im Reich.

- Schreiben der Gestapo Münster vom 10. 2. 1940 zu Vertrauensstellen der russischen Emigranten.

B 253

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Verfolgung 1934 - 1945

- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 27. 9. 1943 zum Raubmord in Ascheberg: Überprüfung aller Kriegsgefangenen und Ostarbeiter wird angeordnet.

- Funkspruch der Kripo Dülmen vom 22. 9. 1943 zum Mord in Ascheberg: Bauer Theodor Brockmann, * 10. 2. 1891, wurde am 21. 9. 1943 ermordet aufgefunden. Seine Leiche wies am Kopf Schlagwunden auf, die Kehle wurde durchgeschnitten.

B 254

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Verfolgung 1934 - 1943

- Abschrift eines Schreibens der Stapo Schneidemühl vom 13. 12. 1937 an die Gestapo Berlin: drei Polen, die im Rahmen des Vierjahresplans nach Deutschland gekommen sind, haben heimlich ihre Arbeitsstellen verlassen und werden zur Fahndung ausgeschrieben.

- Schreiben der Gestapo Münster an den Landrat von Coesfeld vom 21. 2. 1942 zur Behandlung der im Reichsgebiet eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und -arbeiterinnen, hier Fahndung und Festnahme sowie Durchführung von Strafverfahren.

- Diverse Schreiben zur Flucht des Niederländers Hendrik T., * 1924 Osterholt, vom Hof des Bauern Hermann G. in Limbergen, seiner Haft und seiner Rückführung nach Limbergen ab 22. 8. 1942 bis 19. 2. 1943.

- Schreiben der Gestapo Münster an den Landrat von Coesfeld vom 20. 3. 1943: Hinweise über Fluchtwege nach Holland.

- Festnahmebericht aus Darup vom 6. 10. 1943: Ergreifung zweier Ostarbeiter.

- Anzeige aus Lette vom 7. 10. 1943: Flucht des Holländers Bernhard B., * 1943 Deldern.

B 255

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Verfolgung 1939 - 1942

- Zwei Anzeigen gegen zwei Polen vom 14. 5. 1941 wegen unerlaubten Besuchs einer Gastwirtschaft; sie trugen nicht ihr Abzeichen.
- Anzeige gegen einen Polen vom 30. 6. 1941: fuhr unerlaubt Fahrrad.
- Anzeige gegen den Zivilpolen Franz St., * 1914 Glowka, Kreis Tuchel: er hat seinen Arbeitgeber, den Bauern Adolf Schulze B. in Lette beschimpft und bedroht.
- Diverse Anzeigen
- Anzeige des Ortgruppenleiters Th. Struwe, 46 Jahre, gegen Frau Maria F., * 1900 Darup, Ehefrau in Darup, vom 14. 5. 1942 wegen Hehlerei und Heimtücke: Struwe beschuldigt Frau F., mit polnischen Arbeitern zu engen Umgang zu haben, seine holländischen Arbeiter aufgehetzt zu haben und als Abnehmerin für gestohlene Dinge in Frage zu kommen (Struwe unterschreibt das Protokoll mit seinem Namen und seiner Funktion als Ortgruppenleiter). Es folgen diverse Vernehmungprotokolle von Zeugen und der Beschuldigten.
- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 5. 3. 1943 (handschriftlich: 6. 3. 1943) über flüchtige englische Fliegeroffiziere.
- Funkspruch der Kripo Erfurt vom 26. 4. 1943 über drei flüchtige russische Kriegsgefangene.
- Fernspruch der Kripo Buer vom 1. 12. 1942 zur Flucht von sechs französischen Offizieren aus dem Offizierslager VI/D in Münster.

B 257

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Verfolgung 1938 - 1941

- Bericht des Gend.-Hauptwachtmeisters Heil in Rorup vom 10. 11. 1938: beim Lehrer & Ortsgruppenleiter Goedde sind in der Nacht zum 8. 11. 1938 Fensterscheiben zertrümmert worden. Ermittlungen werden eingeleitet.
- Schreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Rorup, Lehrer Goedde, vom 23. 11. 1938: "Da ich annehme, daß es sich bei der Zertrümmerung der Scheiben am Dienstzimmer der NSDAP insofern um einen Irrtum handeln kann, daß man vielleicht nicht mir, sondern dem Juden, der in unmittelbarer Nähe wohnt, den Schaden zufügen wollte, bitte ich von weiteren Ermittlungen abzusehen."

B 258

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Verfolgung 1939 - 1942

- Schreiben des NSDAP-Ortsgruppenleiters Uhlenbrock Lette an das Bürgermeisteramt Rorup vom 7. 5. 1940 zum Verstoß gegen das Jugendgesetz: Anzeige gegen zwei Mädchen, beide 16 Jahre alt, weil sie "abends gegen 11 Uhr im Saale des Wirtes L." gesehen wurden.
- Anzeige vom 20. 7. 1941 gegen den Zivilpolen Ignatz G., * 1919 Bensen, zuletzt wohnhaft in Lette bei Bauer K., wegen Unterhaltung von Beziehungen zu "arischen" Mädchen; hat mit deutschen Mädchen angebandelt, ohne mit ihnen sexuell zu verkehren. Er wurde wegen Fluchtgefahr am 19. 7. 1941 verhaftet.

B 261

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Verfolgung 1941 - 1959

- Strafanzeige gegen die Eheleute Wilhelm K., * 1901 Adl. Kessel, Kreis Johannisbg., & Auguste K., * 1898 Kl. Jerutten, beide wohnhaft in Lette, vom 18. 2. 1946 wegen Diebstahl und Hehlerei; Anfang Mai 1945 ermordeten Russen den Förster Julius K. Seine Frau zog darauf aus Furcht ins Dorf und ließ ihre Habe zurück. Diese wurde von den Russen und den K.s an sich genommen.

- Diverse Schreiben zur Hinrichtung von Bronislaw Tutak am 8. 4. 1943 in Darup, beginnend mit einer Anfrage des Oberkreisdirektors von Coesfeld vom 3. 10. 1946 auf Ersuchen der Militärregierung. Die Erhebung ergab folgendes Bild in einem Vermerk vom 12. 10. 1946: "Der poln. Zivilarbeiter Br. Tutak wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen festgenommen und der Gestapo Münster zugeführt. Er hatte die bei demselben Arbeitgeber, dem Bauer A. B. in Darup, wohnende 16-jährige Marlies S. vergewaltigt. Nach einem mit mehreren Mitgefangenen unternommenen Ausbruch aus der Strafanstalt wurde er erneut in Billerbeck festgenommen und am 8. April 1943 (lt. Sterbeurkunde) im sog. "Hengwer" einem Waldstück etwa 2 km östlich von Darup aufgehängt. Die Hinrichtung erfolgte unter Aufsicht von mehreren Beamten der Gestapo Münster durch 2 zu diesem Zweck mitgebrachte Zuchthausgefangene. Die Angaben wurden von dem Mstr. der Sch.-Polizei a.D. Herrn Büning gemacht."

- Diverse Schreiben zur Festnahme des Bauern Bernhard Wiegmann, * 8. 3. 1877 Lette, in Lette, Kirchspiel 19, ab 19. 9. 1941; legte sich mit NS-Funktionären an, schimpfte über sie öffentlich und ließ seine Fremdarbeiter am Himmelfahrts- und Fronleichnamstag 1941 nicht arbeiten. Laut Amtsvermerk vom 18. 10. 1941 wurde Wiegmann auf eine telefonische Anordnung des Landratsamtes Coesfeld festgenommen und der Stapo Münster überstellt. Wiegmann wurde am 13. 11. 1941 aus der Haft unter Auflagen entlassen laut Schreiben des Landrats von Coesfeld vom 13. 11. 1941. Am 23. 1. 1943 wurde er von der Gestapo verwarnet, weil er sich in einem Brief Mithelfer der Gestapo nannte. Da er einem Polen erlaubte, ohne polizeiliche Genehmigung den Arbeitsort zu verlassen, saß er laut Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup vom 4. 2. 1944 in der Zeit vom 28. 12. 1943 - 7. 1. 1944 erneut in Haft.

B 268

Versammlungen, Vereine, Überwachung, Verbote und Einschränkungen, Redeverbote, Sekten und Bünde

- Schreiben der Gestapo in Berlin vom 29. 10. 1935 zum Redeverbot über Dr. Martin Buber: Redeverbot wird teilweise aufgehoben.

- Schreiben der Preußischen Gestapo in Berlin vom 11. 2. 1936 zur amerikanischen Sekte "Friedensmission des Göttlichen Vaters, New York" (Universal Friedensmission der geschwisterlichen Liebe für die ganze Erde): Werbetätigkeit für die Sekte ist zu unterbinden. Als Redner wirbt für die Sekte John Anders Roine, * 30. 11. 1887 Priest (USA), der in Englisch spricht; Unterstützung findet er bei Käthe Berger, * 17. 8. 1875 Baden-Baden, wohnhaft in Bad Kreuznach in der

Planigerstraße 47. Durch Verfügung vom 17. 12. 1935 wurde der Frau jede Tätigkeit für die Sekte untersagt, denn der Chef der Sekte, "Father Divine", ist ein "Halbneger".

B 270

Presseerzeugnisse, Überwachung, Verbote, Einschränkungen, Flugblätter 1939 - 1959

- Schreiben der Gestapo Münster an die Landräte und Oberbürgermeister Westfalens vom 21. 2. 1944 zur Behandlung wiederergriffener flüchtiger Ostarbeiter und -arbeiterinnen: Geflohene und wieder aufgegriffene Ostarbeiter sind "ohne jede Ausnahme der hiesigen Dienststelle am Kanonengraben 4 zuzuführen. (...) Eine Ueberweisung (sic) von ergriffenen Ostarbeitern oder anderen ausländischen Arbeitern an die Arbeitsämter darf nicht mehr stattfinden."

B 279

Sittenpolizei im Allgemeinen, Missbrauch geistiger Getränke, Trunkenbolde, unmündige Personen 1935 - 1941 (tatsächlich 1934 - 1950)

- Schreiben des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht im Führerhauptquartier vom 5. 6. 1941 zur Bestrafung von Kriegsgefangenen wegen verbotenen Umgangs mit deutschen Frauen: fordert harte Strafen für Kriegsgefangene und die beteiligten deutschen Frauen.

- Schreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP Lette an den Amtsbürgermeister als Ortspolizeibehörde in Rorup vom 27. 11. 1940: Klage über Josef B., * 1901.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an Josef B. vom 6. 12. 1940: verhängt Wirtshausverbot für ein halbes Jahr.

B 318

Erwerb und Verlust der Reichsangehörigkeit, Ausweisungen 1933 - 1959

- Abschrift eines Schreibens vom Reichsarbeitsminister in Berlin an die Reichstreuhänder der Arbeit vom 30. 9. 1939 zu den Einsatzbedingungen der Kriegsgefangenen in der Land- und Forstwirtschaft; nennt Lohnkosten und Entschädigungssätze für die Wehrmacht. Die Lohnkosten sollen 80% der Tarife betragen.

B 321

Kontrolle der Ausländer, Ausweisungen, Ein-, Aus-, Rück- und Durchwanderung, Wanderungsstatistik 1934 - 1953

- Schnellbrief des Reichsministeriums des Innern in Berlin vom 19. 7. 1938 zur Behandlung der im Rahmen des Vierjahresplanes nach Deutschland kommenden ausländischen Arbeiter, besonders volksdeutscher Arbeitskräfte aus der Tschechoslowakei: Erfassung der Tschechen gefordert.

- Vertraulicher Schnellbrief des Reichsministeriums des Innern in Berlin vom 7. 5. 1938 zur Behandlung der im Rahmen des Vierjahresplanes nach Deutschland kommenden ausländischen Arbeiter, besonders volksdeutsche Arbeitskräfte aus der

Tschechoslowakei: Mitgliedern der SDP ist der Grenzübergang gestattet, wenn sie nur ihren Parteimitgliedsausweis bei sich führen. Den Arbeitern ist unverzüglich geeignete Arbeit zuzuweisen.

- Funkspruch des Landrats von Coesfeld, aufgenommen am 11. 5. 1940: Belgier und Niederländer über 15 sind festzunehmen und in Schutzhaft zu überführen, sofern sie nicht deutschfreundlich sind oder in Arbeit stehen.

- Schreiben des Arbeitsamtes Münster an den Landrat von Coesfeld vom 2. 9. 1940 zur Durchführung des Ausländergenehmigungsverfahrens für Niederländer.

- Schreiben des Reichsführers SS und Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Berlin vom 9. 5. 1940: Unter den Polen befinden sich Personen, die sich eindeutschen lassen. Diese Familien sollen in das Reich geholt werden.

- Schreiben des Arbeitsamtes Münster an den Landrat von Coesfeld vom 10. 6. 1940 zum Ausländergenehmigungsverfahren: Befreiungsscheine von Niederländern müssen verlängert werden.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 4. 3. 1946: Übersicht über die in Rorup lebenden 23 Ausländer.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Oberkreisdirektor von Coesfeld vom 7. 12. 1946 zu vermissten Franzosen: Liste mit Kriegsgefangenenlagern für Franzosen im Amtsbezirk Rorup

- Verzeichnis der Arbeitgeber, welche Franzosen beschäftigt hatten; vermutlich 25. 11. 1946.

- Verzeichnis der Franzosen aus Tagesberichten; vermutlich 25. 11. 1946.

- Verzeichnis der im Amtsbezirk Rorup seit dem 1. 5. 1940 wohnhaften Belgier vom 9. 9. 1947.

- Verzeichnis der im Amtsbezirk Rorup wohnenden Niederländer vom 6. 10. 1947.

- Verzeichnis der im Amtsbezirk Rorup wohnenden Ausländer (ohne Niederländer) vom 6. 10. 1947.

- Liste der im Kreis Coesfeld in der Zeit vom 3. 9. 1939 bis 31. 12. 1947 geborenen ausländischen Kinder; undatiert, aufgestellt auf Anweisung des Oberkreisdirektors von Coesfeld vom 25. 4. 1949.

- Schreiben des Amtsdirektors an den Oberkreisdirektor von Coesfeld vom 28. 3. 1949 zur Suche nach Ausländern: die 1946 gemachten Angaben waren vollständig. "Die Grabstelle des Polen Bronislaw Tutak kann nicht angegeben werden. Tutak wurde von der Geheimen Staatspolizei in Münster am 5. 4. 43 in Darup gehängt. Die Leiche des T. wurde von der Geheimen Staatspolizei in Münster nach Münster überführt. Über den Verbleib der Leiche ist nichts weiteres bekannt geworden."

- Schreiben des Oberkreisdirektors von Coesfeld an die Stadt- & Amtsdirektoren vom 17. 3. 1949 zur Suche nach Ausländern: Die Militärbehörde hat festgestellt, dass die Datenerhebung von 1946 unvollständig war und fordert neue Erhebungen. In einer beigegeführten Liste werden die Problemfälle aus den einzelnen Gemeinden noch einmal aufgelistet.

- Verzeichnis (handschriftlich) der in Rorup im Krieg vorhandenen Lager; nennt auch Lagerkommandanten (dasselbe ist auch maschinenschriftlich vorhanden, allerdings in einer spiegelbildlichen Kopie).
- Schreiben des Oberkreisdirektors von Coesfeld an die Stadt- & Amtsverwaltungen vom 7. 11. 1940 zur Suche nach verstorbenen Ausländern: Listen mit unklaren Fällen aus den Gemeinden.

B 322

Kontrolle der Ausländer, Ausweisungen, Ein-, Aus-, Rück- und Durchwanderung, Wanderungsstatistik 1939 - 1948

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 11. 9. 1941: Landrat verweist auf Missstände, etwa, dass Polen und Deutsche gemeinsam Gottesdienste besuchen, dass Polen nicht ihre Abzeichen tragen oder mit ihren Arbeitgebern in häuslicher Gemeinschaft leben.
- Schreiben des Wehrkreiskommandos VI in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 30. 12. 1941 zur Auflockerung der Bewachung kriegsgefangener Franzosen.
- Belehrung der ausgesuchten Parteigenossen über die geltenden Bestimmungen und den Einsatz der fremdvölkischen Arbeiter im Reich durch die Gestapo Münster; undatiert, (vermutlich 1943).
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Ortskommandanten vom 7. 6. 1945: Bitte um Schutz vor plündernden Ausländern.
- Liste mit Namen und Arbeitsplatz der nichtdeutschen Personen; undatiert (August 1945).
- Verzeichnis der im Amt Rorup gemeldeten Ausländer vom 25. 1. 1946.
- Namensverzeichnis der während des Kriegs in Rorup lebenden Franzosen vom 2. 9. 1946.

B 332

An- und Abmeldungen, Auskünfte 1942 - 1948

- Schreiben des Landratsamts Coesfeld an den Amtsbürgermeister von Rorup vom 14. 10. 1942 über die Überwachung fremdvölkischer Arbeitskräfte durch Parteigenossen; weitere Schreiben folgen.

B 338

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1933 - 1943

- Zahlreiche Schreiben der Deutschen Arbeiterzentrale in Dortmund an den Landrat von Coesfeld bzw. an den Ehrenbürgermeister von Rorup der Jahre 1933ff über Befreiungsscheine für Ausländer.
- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern in Berlin vom 23. 12. 1939 zur Behandlung arbeitsunwilliger Polen: Beschwerden über arbeitsunwillige Polen häufen sich. Zwangsmaßnahmen bis zur Einweisung in ein KZ.
- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers beim Oberpräsidenten von

Westfalen etc. im Wehrkreis VI in Düsseldorf an die Regierungspräsidenten vom 4. 4. 1941: Einrichtung eines Arbeitserziehungslagers in Recklinghausen (Schützenhof). Deutsche & Ausländer werden getrennt. Einweisung für sechs Wochen. Unkosten werden vom Lohn abgezogen.

- Schreiben des Wehrkreiskommandos VI in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 17. 10. 1941 zur Auflockerung der Bewachung kriegsgefangener Franzosen.

Schreiben des Chefs der Ordnungspolizei in Berlin an höhere Verwaltungsbehörden vom 10. 2. 1942 zur Anwerbung und zum Arbeitseinsatz sowjetrussischer Arbeitskräfte: Verteilung der Anwerbebezirke in den Ostgebieten auf die Landesarbeitsämter im Reich.

- Schreiben des Wehrkreiskommandos VI in Münster vom 12. 2. 1942 zur Einzelunterbringung französischer Kriegsgefangener bei den Landwirten: wegen des Mangels an Arbeitskräften wird Einzelunterbringung von Franzosen erlaubt.

- Diverse Schreiben an den Landrat von Coesfeld, Ausländeramt: Ab-, An- und Ummeldungen.

- Diverse Anträge auf Ausstellung eines Reisepasses Juli 1943.

B 339

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1941 - 1942

- Diverse Fragebogen zur Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten.

- Diverse Fragebogen zur Ermittlung der deutschen Volkszugehörigkeit.

- Nachweisung der im Amtsbezirk Rorup beschäftigten polnischen Zivilarbeiter, angefangen 1940; Liste wurde handschriftlich geführt.

B 340

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1939 - 1943

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ämter des Kreises vom 4. 12. 1939: Mitteilung der Kreisbauernschaft über die im Kreis geführten Kriegsgefangenenlager.

- Schreiben des Reichsministeriums des Innern in Berlin an diverse Dienststellen vom 27. 1. 1940 zum Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen: Rückruf der Kriegsgefangenen in die Stalags zwecks Entlassung.

- Schreiben des OKW in Berlin vom 5. 4. 1940 zur Behandlung polnischer Offiziere: wegen der Übergriffe von Polen gegen Deutsche im September 1939 sind Polen keine Vergünstigungen zu gewähren.

- Schreiben der Gestapo Münster an die Landräte vom 30. 9. 1940 zum Besuch kirchlicher Veranstaltungen durch polnische Zivilarbeiter: polnische Zivilarbeiter dürfen keine deutschen Gottesdienste besuchen.

- Festnahmebericht der Polizeistation Darup vom 4. 4. 1941: der Pole Jan S. wurde wegen Arbeitsverweigerung festgenommen.

- Schreiben des Arbeitsamts Münster, Nebenstelle Coesfeld an den Landrat von Coesfeld vom 14. 12. 1940: dem Polen Stanislaus L. wird der vom Arbeitgeber

gewährte Urlaub verweigert.

- Richtlinien für die geistliche Betreuung katholischer Kriegsgefangener im Wehrkreis VI vom 14. 12. 1940.

- Diverse Schreiben zur Festnahme des Polen Adolf S., * 1903, wegen Arbeitsverweigerung März/April 1941.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 5. 7. 1941: in Lette werden Getränke an Polen in der Wirtschaft L. ausgegeben, in Darup in der Wirtschaft Clemens E.

- Behändigungsliste über Aushändigung von Arbeitskarten polnischer Arbeitskräfte; undatiert (vermutlich Sommer 1941).

- Ummeldung des polnischen Arbeiters Stanislaus L., * 1914, bisher wohnhaft bei Bauer Anton R. in Darup, jetzt in Billerbeck mit Genehmigung des Arbeitsamtes.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 11. 12. 1941 zur Erfahrung mit polnischen Zivilarbeitern: die eigenmächtigen Versuche, den Arbeitsplatz zu wechseln, konnten zurückgedrängt werden.

- Festnahmebericht der Polizei Darup vom 24. 6. 1942: der Pole Gustav O., * 1910 Sosnowitz, Kreis Kielc, wurde wegen Arbeitsverweigerung festgenommen: "Nix Pferde, nix Arbeit, ich meinen Bruder in Dülmen besuchen, ich meinen Bruder 3 Monate nix sprechen." Nach zwei Tagen Haft nahm er die Arbeit wieder auf.

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster, Abteilung für Kirchen und Schulen in Münster an die Landräte vom 17. 8. 1942 zu eindeutschungsfähigen Personen (Polen): Die Einschulung eindeutschungsfähiger polnischer Kinder erfolgt durch die Schulaufsichtsbehörde. "Volkspolnische Kinder sind zum Besuch deutscher Schulen nicht zugelassen."

- Schreiben der Firma A. K., Gladbeck, Westf., in Lette vom 16. 11. 1942: Polnische Zivilarbeiter, Liste mit 15 Beschäftigten.

- Schreiben der Behörde in Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 12. 12. 1942: am 1. Sonntag im Monat findet ein Gottesdienst für Polen in der Pfarrkirche Darup statt. "Eine religiöse Betreuung von Ausländern, abgesehen von den poln. Zivilarbeitern, erfolgt nicht."

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 1. 12. 1942 zur Erfahrung mit polnischen Zivilarbeitern: die eigenmächtigen Versuche, den Arbeitsplatz zu wechseln, konnten zurückgedrängt werden. Weitere Übertretungen wurden mit Polizeistrafen geahndet.

- Vernehmungsprotokoll von Bronislaw Tutak vom 19. 11. 1940: gibt an, am 17. 11. 1940 sinnlos betrunken gewesen zu sein; er möchte die Arbeitsstelle wechseln, weil er sich mit dem Jungbauern Josef B. nicht vertragen kann. Bekam eine 8-tägige Haftstrafe.

- Festnahmebericht der Polizeistation Darup vom 14. 12. 1942: Bronislaw Tutak, * 27. 4. 1914 Lodz wurde festgenommen wegen Notzucht und Sittlichkeitsverbrechen. Das Opfer war Marlies S., * 1926 Günnigfeld bei Gelsenkirchen, wohnhaft in Darup bei Bauer Anton B.

- Vernehmungsprotokoll von Marlies S. in Darup vom 14. 12. 1942.

- Vernehmungsprotokoll der Anna B., 60 Jahre alt, in Darup vom 14. 12. 1942 zu

den Vorgängen um Marlies S.

- Vernehmungprotokoll des Josef B., 36 Jahre, in Darup vom 14. 12. 1942 zu den Vorgängen um Marlies S.

- Schlussbericht des Mstr. d. Sch. Polizei Darup vom 15. 12. 1942 zu den Vorgängen um Marlies S.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Bürgermeister vom 3. 5. 1943 zur Heranziehung von Jugendlichen als Messdiener bei Sondergottesdiensten von Polen: deutsche Jugendliche dürfen nicht als Messdiener herangezogen werden bei Messen für polnische Arbeiter.

- Schreiben der NSDAP-Kreisleitung Ahaus-Coesfeld an den Landrat von Coesfeld vom 14. 5. 1943 zur Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit: viele im Reich lebende Polen und Tschechen sind deutscher Herkunft und sollen zügig die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Dabei ist auch relevant, ob die Männer im wehrfähigen Alter sind.

B 341

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1943

- Diverse Urlaubsgesuche und -bewilligungen; ab Frühjahr 1943.

- Urlaubsliste der polnischen Zivilarbeiter 1943; undatiert, ohne genaue Ortsangabe.

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei in Berlin vom 20. 2. 1942 zu Arbeitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet.

- Liste der eingesetzten sowjetischen Arbeitskräfte in Lette; 25. 6. 1942; in den folgenden Tagen wurden die Listen ergänzt.

- Liste der eingesetzten ukrainischen Arbeitskräfte in Darup; 17. 6. 1942.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld, Ausländeramt, an den Amtsbürgermeister von Rorup vom 20. 10. 1942 zur Aushändigung des vorläufigen Fremdenpasses an sowjet-russische Arbeiter: Namensliste.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 30. 11. 1942: Anlage: Vertrauliche Dienstanweisung über die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter; regelt genau, wie Ostarbeiter zu schikanieren sind. Abtreibungen bei Ostarbeiterinnen sind erwünscht, seelsorgerische Betreuung ist unerwünscht.

- Schreiben des Arbeitsamts Münster an alle Betriebe etc. vom 28. 9. 1942 zur Krankenversorgung der Ostarbeiter: ab 1. 8. 1942 sind Ostarbeiter krankenversichert.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld, Ausländeramt, vom 15. 4. 1943 zur Verlängerung von Fremdenpässen für 35 russische Arbeiter; Namensliste.

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an Landräte, Oberbürgermeister und Gesundheitsämter vom 13. 4. 1943 zur Betreuung schwangerer Ostarbeiterinnen.

- Festnahmebericht des Gend.-Einzelpostens Rorup vom 10. 8. 1943: der Ukrainer Tigon T., * 1900 Stalino, wurde bei Bauer Theodor G. in Limbergen festgenommen,

weil er von seinem früheren Einsatzort, einer Fabrik, fortgelaufen ist. Da Bauer G. Personal braucht, ist der Ukrainer dort geblieben.

- Festnahmebericht des Gend.-Einzelpostens Lette vom 9. 8. 1943: der Ukrainer Alex P., 15-16 Jahre alt, "wird seit Anfang März 1943 von dem Bauer B. in Lette (...) beschäftigt." Der Junge wurde im Herbst auf einer Zeche in Gladbeck zwangsweise eingesetzt und floh aus Heimweh nach seiner Mutter, die in Lette eingesetzt war. "Seit dem 7. 8. 43 befindet sich P. wegen Blutvergiftung im Krankenhaus zu Coesfeld."

- Festnahmebericht des Gend.-Einzelpostens Darup vom 23. 7. 1943: der Ukrainer Wasyl P., * 1920, wurde bei Bauer Heinrich W. in Darup festgenommen. Er soll nach eigenen Aussagen der Zeche Minister Stein entlaufen sein.

- Schreiben des Gend.-Einzelpostens Darup vom 2. 8. 1943: der Ukrainer Wasyl P., * 1920 Wohansk, ist dem Bauern Heinrich W. in Darup entwichen. Der Abgang wurde vom polnischen Zivilarbeiter Leon M. zuerst bemerkt, dem der Ukrainer seinen Sonntagsanzug entwendet hat.

- Bescheinigung aus Rorup vom 3. 9. 1943: "Dem ukrainischen Arbeiter Alex P., wohnhaft in Lette bei Bauer B. wird hierdurch die Erlaubnis erteilt, am Sonntag, dem 4. September von Lette zu Fuss nach Holtwick zu gehen." Dieselbe Bescheinigung gab es auch für Valentia P.

- Schreiben der Kriminalabteilung Coesfeld vom 16. 8. 1943 zur Ergreifung von ukrainischen Arbeitern ohne Urlaubsschein und Ausweispapiere: Festnahme von Iwan C., * 1921 Charkow, und Iwan J., * 1925 Kwirek. Beide sollen von der Krupp AG in Essen geflohen sein. In den weiteren Schreiben wird der Rücktransport verlangt, sie werden einstweilen jedoch bei einem Bauern eingesetzt. Die Gestapo Münster soll über sie entscheiden. Mit Schreiben vom 25. 8. 1943 ordnete die Gestapo Münster den Rücktransport an.

B 342

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1942 - 1945

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 15. 9. 1944: Todesmeldung für das Kind Henni Polenko, * 7. 6. 1944 Limbergen, + 14. 9. 1944 Rorup. Mutter ist Anna P., * 1924.

- Verzeichnis der Ausländer in Rorup vom 17. 9. 1944: "Die genannten Ausländer sind sofort festzunehmen und im Saale D. u. Keller S. unterzubringen u. schärfstens zu bewachen. Es kommen nur Männer in Frage."

- Diverse Mitteilungen des Landrats von Coesfeld über Polen, die als Volksdeutsche betrachtet werden müssen, und solche Personen, denen dies verweigert worden ist.

- Fluchtmeldung vom 1. 11. 1944 für Anna P., * 1924 Pawlowka. Sie war seit Mai 1945 bei Karl F. in Limbergen beschäftigt. "Vermutlicher Grund des Arbeitsvertragsbruches: unbekannt".

- Festnahmebericht der Ortspolizei Lette vom 15. 11. 1944: zwei flüchtige Niederländer wurden am 14. 11. 1944 aufgegriffen: Twigt C., * 1906 Rotterdam, & Fong Chun W., * 1925 Rotterdam. Sie wurden nach einer kurzen Haft in Lette dem Eisenbahnbetriebsamt Coesfeld, Lager Overbergschule überstellt.

- Diverse Meldungen über Ausländer und ihre Um- und Abzüge.
- Schreiben des St. Vincenz-Hospitals Coesfeld an die Polizei in Rorup vom 1. 2. 1945: "Beiliegend übersenden wir Ihnen die Papiere des Valentin Lawera, der hier am 22. Januar 1945 verstorben ist. Er arbeitete bei Bauer S. in Darup (...)."
- Arbeitskarte von Valentin Lawera mit Bild und Fingerabdrücken.
- Bescheinigung über die Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft vom 17. 9. 1940 für Lawera Waleny, * 2. 7. 1916 Potakówka, durch das Stalag VI D (unterzeichnet von Dr. Schmidt).
- Verpflichtungsschein für Valentin Lawera (schreibt sich selbst laut Unterschrift Walenty) vom 4. 8. 1940: verpflichtet sich nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft, dem Arbeitsamt als freier Arbeiter zur Verfügung zu stehen und jede Arbeit zu übernehmen; Ortswechsel ist nur mit Zustimmung der Polizei und des Arbeitsamts zulässig.
- Fernspruch vom Landratsamt Coesfeld vom 15. 2. 1945: nach Bombenangriff auf Dülmen am 11. 2. 1945 sind 560 Ostarbeiter geflohen, nur 234 sind zurückgekehrt. Die anderen müssen gesucht werden.

B 343

Ausländische Arbeiter, Saisonarbeiter, Feldarbeiter 1945 - 1956

- Bekanntmachung des Amtsbürgermeisters von Rorup vom 6. 5. 1945: alle polnischen und russischen Arbeiter sind zum 9. Mai von ihren Arbeitgebern zu entlassen und müssen sich nach Dülmen begeben.
- Festnahmebericht aus Rorup vom 23. 3. 1945: 12 Fremdarbeiter wurden in Nottuln festgenommen, die auf der Zeche Hibernia beschäftigt waren.
- Verzeichnis der erfassten Ausländer der Gemeinde Lette, undatiert (vermutlich April 1945); nennt Namen, Arbeitgeber, Geburtsdatum und Staatsangehörigkeit.
- Verzeichnis der Ausländer im Amt Rorup (Gemeinden Darup, Limbergen), undatiert (vermutlich April 1945).
- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 1. 6. 1945: Kommandant der Militärregierung ordnet an, dass alle Polen und Russen abtransportiert werden sollen. Polizei soll flüchtige Personen suchen und aufgreifen.
- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 8. 6. 1945: Kommandant erklärt, Polen und Russen sollten mit Hilfe russischer Militärs an der Belästigung der Zivilbevölkerung gehindert werden.
- Liste der sich im Amtsbezirk Rorup befindlichen Ausländer vom 19. 6. 1945.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an das Arbeitsamt Coesfeld vom 19. 9. 1945: Verzeichnis der Ausländer.
- Schreiben der Gestapo Münster an den Polizeipräsidenten von Münster & sämtliche Landräte vom 15. 5. 1944 zur Kontrolle von Privatunterkünften ausländischer Arbeiter: Kontrollaktion der Gestapo vom 11. 4. - 18. 4. 1944 ergab erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Unterbringung ausländischer Arbeiter; so wurden die Meldekarteien der Gemeinden nicht immer korrigiert. Ausländer wohnten mit Deutschen zusammen und besaßen Dinge, die sie nicht haben durften.
- Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin an diverse Polizeistellen vom

17. 3. 1944 zur Einschränkung des Reiseverkehrs ausländischer Arbeiter bzw. Einführung von Reisescheinen.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld, Ausländeramt, an die Bürgermeister vom 27. 6. 1944: Ostarbeiter & Polen dürfen keine kulturellen Veranstaltungen besuchen.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld, Ausländeramt, an die Ortspolizeibehörden vom 5. 4. 1944 zum Verhalten der Ostarbeiter und zu Tauschgeschäften: Tauschgeschäfte sind untersagt.

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an Polizeipräsidenten und Landräte vom 25. 8. 1944 zur Polizeiverordnung über Meldepflicht der Zivilarbeiter polnischen Volkstums: wöchentliche Meldung gibt Polen die Gelegenheit, sich zu treffen und Informationen auszutauschen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld zur Polizeiverordnung über Meldepflicht der Zivilarbeiter polnischen Volkstums: Bitte, die Verordnung zum monatlichen Melden aufzuheben, da die Arbeit darunter leidet.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 8. 9. 1944: Verzeichnis der Ostarbeiter (Russen, Ukrainer, Weißruthenen).

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 11. 9. 1944: es befindet sich ein Lager mit Ausländern der Firma Küster, Holzhandlung in Gladbeck, hier in Lette, Letterbruch, mit acht Ostarbeitern.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an Ortspolizeibehörden vom 19. 9. 1944: Ausländer können freigelassen werden. Arbeitgeber haften für Beachtung der polizeilichen Bestimmungen.

Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 30. 8. 1945: die noch im Kreis lebenden Ausländer befinden sich nicht mehr in Arbeitsverhältnissen und sind folglich nicht mehr krankenversichert. Dieser Personenkreis ist zu erfassen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters vom 8. 9. 1945: Liste mit Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern.

- Schreiben der Behörde Rorup an den Landrat von Coesfeld vom 18. 8. 1945: die Ostarbeiterin Else W. weigert sich, nach Russland zurückzukehren, da sie eine deutsche Mutter hat. Die englische Kommandantur hat ihr deshalb gestattet, vorläufig in Rorup zu bleiben.

- Schreiben des Oberkreisdirektors von Coesfeld an die Ortspolizeibehörden vom 24. 8. 1946 zur Beschäftigung alliierter Kriegsgefangener durch deutsche Firmen vor der Kapitulation Deutschlands: gibt Informationen über Lohnauszahlungen und Recherchen vom 301 PWX Liaisch (sic) Detachment in Bad Godesberg. Zählt auch Lagervorsteher für Rorup-Amt auf: Josef L. in Rorup, Al. D. in Lette-Herteler, Franz S. in Darup-Hövel, R. H. in Darup-Dorf.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rorup an 301 PWX Liaisch (sic) Detachment in Bad Godesberg vom 5. 9. 1945 zur Beschäftigung alliierter Kriegsgefangener durch deutsche Firmen vor der Kapitulation Deutschlands: Bericht des Lagervorstehers Lette.

B 348

Übertragbare und gemeingefährliche Krankheiten 1934 - 1959

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern von Berlin an die Regierungspräsidenten vom 13. 11. 1941 zur Seuchenbekämpfung in Pol. Gefängnissen und Gefangenenlagern.
- Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamts, Amt V, in Berlin an Kripo Recklinghausen vom 8. 12. 1941 zur Verhinderung des Einschleppens von Seuchen bei Überstellung von Vorbeugungshäftlingen in die Konzentrationslager.

B 350

Leichenschau, Leichenpässe, Leichentransporte, Feuerbestattung, Überweisung von Leichen an Universitätskliniken 1934 - 1955

- Diverse Schriftstücke zum Unfalltod des Polen Leon Mydlarz, * 6. 10. 1916 Schwarzenfeld, Kreis Schroda, + 27. 3. 1945 Darup.

Gemeindearchiv Havixbeck

Die Unterlagen der Gemeinde Havixbeck für die Jahre 1929 bis 1955 befinden sich im Stadtarchiv Münster.

Meldebücher aus den Bauerschaften

Stadtarchiv Lüdinghausen

Das Stadtarchiv Lüdinghausen verwahrt die Unterlagen der ehemals selbstständigen Gemeinden Stadt Lüdinghausen, Lüdinghausen-Land und Seppenrade.

Meldekartei

Bestand 11

137

Bestimmungen über Meldewesen, Erlasse, Rundschreiben; Ausländer 1928 - 1958
- Schnellbrief des Reichsministeriums des Innern vom 22. 4. 1939 an die preußischen Regierungspräsidenten etc.: polnische Arbeiter sollen ungeachtet ihrer Volkstumszugehörigkeit und trotz Verbots ihrer Regierung nach Deutschland geholt werden. Der Eintritt in das Dt. Reich ist nur zu versagen, wenn sie wegen körperlicher Schwäche zur Arbeit unfähig sind; mangelnde Papiere sind kein Hinderungsgrund.

140

Reisepässe, Personalausweise, Heimatscheine, Staatsangehörigkeitsausweise 1927 - 1945

- Schreiben des Arbeitsamtes Lünen an die Polizei Lüdinghausen vom 27. 8. 1941: Rückführung des serbischen Landarbeiters Lajos L., * 1910, der sich wegen unerlaubten Entfernens von der Arbeitsstelle in Polizeigewahrsam befindet.

- Übersicht über Fremdarbeiter (Jugoslawen & Polen) und angemeldete Ausländer im Amtsbezirk Lüdinghausen vom 6. 1. 1942.

- Listen mit Ausländern, ihrer Herkunft und ihrem Wohnort in Lüdinghausen-Land, Lüdinghausen-Stadt und Seppenrade; undatiert, vermutlich Sommer 1945.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen an Lt. R. Corbesir vom 6. 9. 1945: Liste mit niederländischen Staatsangehörigen in Lüdinghausen, Liste verstorbener Niederländer für die Jahre 1939 - 1945.

- Schreiben der Polizei in Lüdinghausen vom 1. 9. 1945: Übersicht über niederländische Schiffe.

- Schreiben des Arbeitsamtes Ahlen, Nebenstelle Lüdinghausen an den Landrat von Lüdinghausen vom 28. 6. 1944: Ostarbeiter Iwan Kristof, * 16. 6. 1922 Tscherniko, ist am 21. 5. 1944 in Seppenrade im Krankenhaus verstorben; er war beschäftigt bei Bauer Heinrich R. in Seppenrade.

- Verzeichnis der Ausländer vom 24. 9. 1945, die vor dem Krieg ihren Wohnsitz in der Gemeinde Seppenrade hatten.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen an den Landrat von Lüdinghausen vom 4. 9. 1945: Liste der in Lüdinghausen noch ansässigen Ausländer, die seit dem Krieg in die Gemeinde gekommen sind.

- Listen mit Ausländern, die noch in Lüdinghausen arbeiten; vermutlich September 1945.

145

Strafverfügungen 1944 - 1951

- Strafverfügungen, auch gegen Zwangsarbeiter.

146

Polizeigefängnisse 1930 - 1956

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an Landräte etc. vom 30. 12. 1943: Fleckfieberverbreitung durch Ostarbeiter

150

Kriminalpolizei, Geheime Staatspolizei, Sicherheitspolizei, Sicherheitsdienst, Allgemeines 1939 - 1956 (besonders zur Verfolgung der Kirchen)

- Schnellbrief der Gestapo Münster an Landräte etc. vom 21. 11. 1939 zur Gefangenenseelsorge.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen an den Landrat von Lüdinghausen vom 23. 11. 1939: eine seelsorgerische Betreuung der Gefangenen findet in Lüdinghausen nicht statt.

- Schreiben der Gestapo Münster vom 29. 3. 1940 an den Landrat von Lüdinghausen: Verbot der amerikanischen Sekte "Friedensmission des Göttlichen Vaters" (Father Divine); Sektengründer ist ein "Negermischling": "Die Anbetung eines Negers ist eines deutschen Menschen unwürdig."

- Schreiben der Kriminalpolizeistelle Recklinghausen vom 25. 11. 1943: Liste mit 47 Personen, die aus dem Kriegsgefangenenlager Osnabrück seit dem 13. 11. 1943 entwichen sind.

152

Unglücksfälle, Morde, Selbstmorde, Leichenfunde 1928 - 1947

- Polizeiliche Meldung der Dienststelle Lüdinghausen über den Selbstmord des russischen Arbeiters Iwan Imschewinski, * 15. 5. 1923, vom 31. 3. 1944: hat sich am 26. 3. 1944 beim Bauern W. in Lüdinghausen erhängt; "war geistesschwach".

- Gesuch des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen vom 17. 2. 1944, für den Abtransport der Leiche des ertrunkenen französischen Zivilarbeiters Aimé Richaud am 24. 12. 1943 fünf Mk erstattet zu bekommen.

Suchanzeige vom 5. 7. 1945: Der Elektromeister Gustav H. in Lüdinghausen sucht seine Tochter Inge, * 1928 Lüdinghausen, die mit RM 3000 durchgebrannt ist; sie war vermutlich in Begleitung des Ukrainers Edmund K., * 1925. Beide sind vermutlich mit einem gestohlenen Wehrmachtswagen nach Bremen unterwegs, um nach England zu fliehen.

155

Strafverfolgung von strafbaren Handlungen, Verbrechen, Vergehen, steckbrieflich gesuchte Personen 1942 - 1957

- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers West in Düsseldorf an die Regierungspräsidenten etc. vom 27. 10. 1944: Warnung vor einer Gruppe von

Ostarbeitern, die von KPD-Funktionären geführt wird. 11 Personen wurden bereits öffentlich in Köln gehängt.

- Fahndung der Polizei Gelsenkirchen vom 4. 11. 1942 nach dem Russen Alexe K., * 1925 Dawiskow, wegen Mordes an den Bergschutzmann Heinrich Homrighausen, * 10. 2. 1880 Lüdenscheid, der in Lüdenscheid mit schweren Kopfverletzungen tot aufgefunden wurde.

158

Zigeuner, Wanderburschen, Juden 1937 - 1947

159

Gewohnheitsverbrecher, Maßregel, Sicherung, Besserung 1927 - 1945

- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers in Düsseldorf an pp (diverse Dienststellen) über die Errichtung des Arbeitserziehungslagers Hunswinkel bei Lüdenscheid zum 7. 4. 1941.

163

Staatsfeindliche Organisationen, Emigranten, Fremdenlegionäre, Kommunisten 1929 - 1945

- Schreiben der Gestapo Münster vom 10. 11. 1939 zum Umgang mit russischen Emigrantengruppen nach dem Hitler-Stalin-Pakt.

1089

Einsatz von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft 1939 - ca. 1940/41

- Merkblatt des Stalag VI D in Dortmund zur Führung der Lohnlisten, der Verpflegungs- und Unterkunftsnachweise, undatiert (Oktober/November 1939)

- Ausschnitt aus der "Lüdinghauser Zeitung" vom 1. 11. 1939: "Haltung gegenüber Kriegsgefangenen"

- Schreiben vom 14. 11. 1939 (Verfasser unbekannt, Adressat ebenso) zu den Kriegsgefangenen: nennt Lager in Lüdinghausen und die Vereinbarungen zur Unterbringung und Verpflegung der Wachleute und der Kriegsgefangenen.

- Arbeitsdienstvertrag zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch den Kommandanten des Stalag VI D Dortmund und dem Kreis Lüdinghausen vom 11. 11. 1939

- Vordruck: Antrag auf Zuweisung von Kriegsgefangenen

- Vordruck: Nachweis über den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen

- Vordruck: Rechnung für die Stellung von Kriegsgefangenen

- Vordruck: Küchenzettel

- Vordruck: Lebensmittel; Eingangs- und Bestandsnachweis

- Beschwerde des Bauern & Brennereibesitzers Josef B. vom 9. 7. 1940: gab einem Wachmann ein unbelegtes Butterbrot, was dieser einem Polen gab mit der Bemerkung, er würde sich beim Nachbarn ein besseres holen. B. befürchtete, dass die Polen sich nun über die Verköstigung beschwerten.

- Vertrag zwischen dem Deutschen Reich - Reichsfiskus Heer - vertreten durch den

Kommandanten des Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagers - StALAG VI D, Herrn Oberstleutnant Eck, einerseits, und dem Herrn Landrat des Kreises Lüdinghausen als Vertreter der Stadt- bzw. Amtsbürgermeister des Kreises (im weiteren Wortlaut des Vertrages als "Unternehmer" bezeichnet) andererseits, wird folgender Vertrag geschlossen ...vom 30. 8. & 7. 9. 1940 (unterschrieben in Lüdinghausen & Dortmund an den zwei Tagen).

- Nachtrag zum Vertrag vom 7. 9. 1940, unterzeichnet am 24. 9. 1940.
- 2. Nachtrag zum Vertrag vom 7.9. 1940, unterzeichnet am 24. 9. 1940.
- 4. Nachtrag zum Vertrag vom 7.9. 1940, unterzeichnet am 20. 12. 1940.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen vom 8. 3. 1941 an das Arbeitsamt Lüdinghausen: Einsatz von Kriegsgefangenen, aufgeteilt nach den Lagern (Lager Ermen, Kommando Kulturamt), dann nach den Bauern.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen vom 12. 3. 1941: Umlegung von Kriegsgefangenen.
- Notiz vom 26. & 27. 3. 1941: auf einer Sitzung der Amtsältesten des Amtes Lüdinghausen wurde die Frage des Einsatzes von Kriegsgefangenen besprochen; neue Franzosen werden erwartet.
- Anmeldeleiste der Bauern & Landwirte für den Einsatz von Kriegsgefangenen vom 17. 6. 1941.
- Schreiben des Wehrkreiskommandos VI in Münster vom 24. 10. 1941: In Zukunft sollen auch sowjetische Kriegsgefangene zur Arbeit im Reich eingesetzt werden; allerdings ist der gesundheitliche Zustand dieser Leute durch Hunger so geschwächt, dass sie zuerst einmal aufgepäppelt werden müssen.
- Druckschrift: Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen, 2. Bearbeitung, Stand 15. 6. 1941, Stuttgart: R. Voorberg Verlag.
- Verhandlung über Kriegsgefangene in Lüdinghausen vom 19. 11. 1939.
- Verhandlung über Kriegsgefangene in Seppenrade vom 19. 11. 1939.
- Liste der Hilfswachmänner in Seppenrade, undatiert.
- Liste der Hilfswachmänner in Lüdinghausen, undatiert.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Lüdinghausen vom 18. 11. 1939 zur Verteilung von Kriegsgefangenen nach Nummern der Gefangenen in Lüdinghausen.
- Verzeichnis der bei den Bauern eingesetzten Kriegsgefangenen; undatiert (1939). Nennt Namen der Gefangenen und der Bauern.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters vom 27. 12. 1939 zum Einsatz der Kriegsgefangenen im Amtsbezirk Lüdinghausen bei den Bauern.

Stadtarchiv Münster

Die Gemeinde Havixbeck gehörte 1929 bis 1955 zum Amt Roxel. Sie lag im Landkreis Münster und kam 1975 zum Kreis Coesfeld, während Roxel zur Stadt Münster kam. Da die Bestände von Roxel an das Stadtarchiv Münster abgegeben worden sind, lagern heute die Havixbecker Akten der Jahre 1929 bis 1955 im Stadtarchiv Münster. Ebenfalls zum Amt Roxel gehörte die Gemeinde Bösensell, die 1975 zur Gemeinde Senden kam. - Der Altkreis Münster hatte seinen Sitz in der Stadt Münster, die selbst eine kreisfreie Stadt bildete und somit nicht zum Landkreis gehörte. Der Aktenbestand des Landkreises Münster ging im Krieg verloren. Nur einige Akten, die nach dem Weltkrieg angelegt worden sind, geben Aufschluss über Fremdarbeiter in den Gemeinden des Kreises.

Bestand Amt Roxel II

679

- Schreiben des Amtsdirektors von Roxel an den Oberkreisdirektor von Münster vom 15. 9. 1946: Suchaktion nach vermissten Franzosen mit Übersicht über Gefangenenlager und Gefangene in Roxel und auch in Havixbeck. Dazu finden sich auf den folgenden Blättern weitere Übersichten.
- Namensliste von Franzosen im Kreis Münster.
- Liste aus dem Marienhospital Havixbeck über eingelieferte Franzosen im 2. Weltkrieg.
- Verzeichnis über Geburten ausländischer Kinder im Amtsbezirk Roxel in der Zeit vom 3. 9. 1939 bis 31. 12. 1947.

828

- Listen mit Ausländern, undatiert, nach dem 2. Weltkrieg.

852, I

Meldungen von Ausländern 1936/50

- Zahlreiche Schreiben mit Namenslisten zur Terminüberwachung für Befreiungsscheine.
- Namenslisten mit Ausländern, von denen ein Lichtbild erstellt werden soll.

Akte 852, II

- Nachweis der im Amtsbezirk Roxel wohnhaften Niederländer & Belgier bei ihren Arbeitgebern, vermutlich vom 29. 11. 1940.
- Kontroll-Liste über die tägliche Meldepflicht der Niederländer, Mai/Juni (vermutlich 1940)
- Schreiben des Arbeitsamtes an den Landrat von Münster vom 18. 10. 1940: Namenslisten von polnischen Arbeitern für Lichtbilder & Fingerabdrücke.
- Schreiben des Landrats von Münster an die Ämter vom 28. 8. 1942: fehlender Dolmetscher bei Russen; er nennt sieben Arbeiter, die vermutlich der deutschen

Sprache mächtig sind.

- Namensliste mit Lichtbild-Nr., undatiert (1942).
- Aufstellung über sowjetische Landarbeiter, die am 9. 8. 1942 im Landkreis Münster eingesetzt worden sind.
- Ausländerfahndung vom 30. 11. 1942 & 7. 12. 1942.
- Auslandsstrafregister vom 27. 6. 1942 des Volkdeutschen Johann S., * 1908.
- Listen der Niederländer im Landkreis Münster seit September 1939, vom 1. 9. 1945.
- Franzosenliste für Roxel, 4. 9. 1946.
- Anträge von Aufenthaltserlaubnissen von Italienern, Sommer 1944; die meisten siedelten in Albachten, wenige auch anderswo (Havixbeck). Die Anträge haben vielfach noch die Passbilder der Italiener.

868

Straftaten

- Verurteilung des Niederländers Jan V., * 1921 Weidern, zu drei Monaten Gefängnis wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen am 25. 8. 1942. Er war zuletzt in Havixbeck tätig.
- Verurteilung des niederländischen Melkers Jan Johannes V. (Vorname unklar), * 1921 Terwispe/NL, wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 15 RM oder 3 Tagen Gefängnis am 2. 1. 1942. Er war vorher vermutlich in Düsseldorf-Mettmann tätig.

1009

- Protokoll des "Pflichtjahrjungen" Manfred P. vom 5. 7. 1944, der mit Hilfe des französischen Zivilarbeiters Louis J., wohnhaft bei Bauer St. in Roxel, ein ertrunkenes Mädchen aus einem Teich fischt.
- Diverse Schriftstücke zum Unfalltod des polnischen Zivilarbeiters Josef Piwowaz (Piwowacz), * 17. 11. 1909, der von einem Zug am 30. 11. 1943 überfahren wurde.
- Fahndung nach Iwan S., * 1909, und Iwan J., * 1924, wegen Mordes.
- Festnahmebericht vom 26. 3. 1944: der polnische Arbeiter Rudolf Paszik, * 7. 9. 1911, wird wegen Diebstahls am 25. 3. 1944 festgenommen und auf der Flucht erschossen.
- Schreiben des Gend.-Einzelpostens Havixbeck vom 17. 8. 1944 an Ortspolizei Roxel: nennt zwei ausländische Zivilarbeiter, die in Havixbeck beerdigt sind: Anna Sawina, beerdigt am 13. 4. 1943, und Alex Tupiken, beerdigt am 30. 9. 1943.

1429 (2 Bände)

- Die zwei Akten enthalten Berichte über Plünderungen und Straftaten vornehmlich ausländischer Arbeiter nach der Besetzung im Frühjahr 1945.

Landkreis Münster, C-Archiv

Kult 305/1a, b

- Kriegsgräber, darunter auch viele Gräber von Ausländern. (Besonders die Bände 5 & 6 enthalten Listen mit Gräbern ausländischer Personen; diese Akten wurden 1946/47 und 1950 angelegt.) Für die Gemeinde Havixbeck wurden im März 1950 drei Verstorbene aus diesem Bereich festgestellt: Anna Sawina, * 7. 6. 1925, + 9. 4. 1943; Osloyer Demetrius, * 8. 11. 1914, + 20. 7. 1945; Alex Tubikin, * 10. 10. 1898, + 27. 10. 1943

C1/0014

- Nachweis der im Amtsbezirk Roxel verstorbenen russischen Arbeiter (1946).

Gemeindearchiv Nordkirchen

Das Gemeindearchiv Nordkirchen verwahrt die Unterlagen des ehemaligen Amtes Nordkirchen (bestehend aus den Gemeinden Capelle, Nordkirchen und Südkirchen).

Liste der im Amt Nordkirchen tätigen Ausländer 1939 - 1945, ausgewertet nach den Meldeunterlagen, zusammengestellt vom Gemeindearchiv.

B 214

Strafverfolgungen 1938 - 1949

- Fahndung nach dem Montenegriner Iovan (Juan) K., * 1942, und nach dem Serben Iovan (Juan) V., 1904 mit Lichtbildern.

B 218

Polizeigefängnisse 1903 - 1946

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Landräte vom 31. 10. 1942: Hinweis auf Mängel in Ortsgefängnissen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen an das Referat für Schädlingsbekämpfung der Waffen SS und Polizei in Auschwitz vom 17. 7. 1944 zur Ungezieferbekämpfung in den Pol.-Gefängnissen: Bestellung "von 10 Tabletten Delicia-Läusepräparat, 500 gr, Lauseto und 500 gr. Cuprex". Die angeforderten Sachen wurden lt. Vermerk vom 9. 9. 1944 geliefert.

B 222

Kriminalpolizei 1943 - 1944

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen als Ortspolizeibehörde vom 20. 7. 1943: der polnische Zivilarbeiter Anton Z., beschäftigt beim Bauern Wilhelm S. in Nordkirchen, wurde am 24. 4. 1943 wegen eines an Hildegard L. in Südkirchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens der Gestapo Münster überführt. Dazu Ergänzung vom 30. 8. 1943: "Sittlichkeitsverbrechen des serbischen Kriegsgefangenen D. Miroljus M. Nr. 36 150 VI D (Anzeige des Gend. P. Nordk. v. 27. 8. 43) (...) Schwängerung der Kriegerfrau Franziska Hendan geb. Rasch, geb. 14. 1. 1915 im Januar 1943 auf dem Wege der Vergewaltigung." Frau Hendan hat sich am 28. 8. 1943 erhängt.

- Fahndungsaufruf der Kriminalpolizei Recklinghausen vom 1. 3. 1945: Gesucht werden fünf Mitglieder einer "Bande von Ostarbeitern", die einen Polizisten umgebracht haben sollen. Das Bild des Rädelsführers ist dem Schreiben beigelegt.

B 223

Unglücksfälle, Morde, Selbstmorde etc. 1928 - 1948

- Diverse Schreiben zur Vergewaltigung von Franziska Hendan durch den serbischen Kriegsgefangenen Ewald M., seine Verhaftung und ihren Selbstmord am 28. 8. 1943.

- Diverse Schreiben zum Tod der Ostarbeiterin Werra Widmenko, * 27. 1. 1925

Morenzi (Kreis Kiew); Bauer Bernhard S. gab seinem 14-jährigen Sohn Paul den Auftrag, die Jagdwaffen zu säubern. Dabei löste sich am 19. 2. 1944 ein Schuss und die 19-Jährige verlor ihr Leben. Sie war erst seit einem Tag beim Bauern beschäftigt.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen an das Standesamt Nordkirchen vom 14. 2. 1945: Michael Medwey, * 1907 Worgel (Kreis Patiwee, Ukraine), ist am 10. 2. 1945 durch den Stromschlag eines herunterhängenden Kabels gestorben.

- Diverse Schreiben zum Raubmord am Bauern Anton Krasbutter in Südkirchen, der am 25. 5. 1945 von Fremdarbeitern ausgeraubt und ermordet worden ist.

B 226

Politische Polizei 1933 - 1944

- Schreiben der Gestapo Münster vom 15. 3. 1943: der litauische Geistliche Kasimir S., * 24. 1. 1917 Teiberiai, darf für Litauer nur in Münster seelsorgerisch tätig werden.

- Schreiben der Gestapo Münster vom 3. 5. 1943: Nachfrage, welche niederländischen Arbeiter am 3. 5. 1943 gestreikt haben.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen an Gestapo Münster vom 5. 5. 1943: nennt niederländische Beschäftigte, die alle am 3. 5. 1943 nicht gestreikt haben.

B 228

Hilfspolizei

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Landräte betr. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen entwichene Kriegsgefangene vom 28. 1. 1942: Weitere Hilfspolizisten sollen eingestellt werden (Landwachmänner).

- Schnellbrief des Reichsführers SS und Reichsministers des Innern an höhere Verwaltungsbeamte vom 17. 1. 1942: Bildung einer Landwacht zum Schutz der Bevölkerung vor Kriegsgefangenen.

B 295

Einbürgerungen 1924 - 1950

B 298

Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums

- Zahlreiche Verfügungen zur Behandlung polnischer Arbeiter 1940 - 1945

- Schreiben an Oberleutnant Dr. Schmidt vom Stalag VI D Dortmund: das Kriegsgefangenenlager Nordkirchen wurde am 14. 9. 1940 aufgelöst, die Polen bei den Bauern untergebracht.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen bzw. des Ausländeramts an den Amtsbürgermeister Nordkirchen vom 4. 10. 1940: Liste mit 46 ehem. polnischen Kriegsgefangenen in Nordkirchen.

- Schreiben des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Dortmund vom

16. 10. 1940 zur Entlassung der polnischen Kriegsgefangenen: "Mit dem Tage der Freilassung scheiden die polnischen Kriegsgefangenen aus dem Gewahrsam der Wehrmacht aus und gehen als freie polnische Zivilarbeiter in die Betreuung des Arbeitsamtes und der Polizei über. (...) Die Freilassung der Kriegsgefangenen ist eine freiwillige hochherzige Tat des Führers."

- Verzeichnis der Polen, die auf Verfügung der Gestapo darüber belehrt worden sind, dass sexueller Verkehr mit den Deutschen für den polnischen Beteiligten mit dem Tode endet; Verfügung vom 13. 12. 1941, Liste aufgestellt in Nordkirchen am 12. 1. 1942.

- Schreiben der Gestapo Münster vom 5. 8. 1942: da schwangere Polinnen "deutschen Volksgenossen die entsprechenden Plätze in den Krankenhäusern entziehen" bei der Entbindung, sollen die Schwangeren im 6. Monat durch das zuständige Arbeitsamt abgeschoben" werden.

- Schreiben der Gestapo Münster vom 23. 7. 1943: deutschen Jugendlichen ist es untersagt, als Messdiener bei polnischen Messen mitzuwirken.

- Liste mit (polnischen) Arbeitern, ihrem Geburtsdatum und ihren Arbeitgebern, undatiert (Frühjahr 1943)

- Monatliche Zählungen über entflozene oder aufgegriffene Fremdarbeiter, ab Oktober 1942.

- Dass. vom 29. 3. 1945 mit einer Statistik der Ausländer in Nordkirchen: "196 Ostarbeiter, 60 Polen, 6 Niederländer, 3 Italiener, 2 Jugoslawier, 2 Ungaer, 2 Belgier, 2 Franzosen, 1 Staatenloser. Wiedervorlage am: 1. 5. 1945"

- Verzeichnis der in der Gemeinde Nordkirchen wohnhaften ausländischen Arbeiter, die noch nicht im Besitz eines Arbeitsbuches und einer Arbeitskarte sind, vom 31. 10. 1944

- Dass. vom 8. 11. 1944

- Dass. für Capelle vom 13. 11. 1944

B 302

Ausländer 1913 - 1950

- Ausländerangelegenheiten, Fremdarbeiter ab 1942

- Diverse Umzugsmeldungen von Ausländern ab 1942

- Schreiben des Wehrkreiskommandos VI in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 4. 2. 1943 zum Arbeitseinsatz der Ehefrauen französischer Kriegsgefangener: Frauen können mitkommen, weil dies die Arbeitsmoral hebt; sollen ortsnah beim Mann wohnen & arbeiten.

- Anordnung aus dem Führerhauptquartier von Martin Bormann vom 26. 8. 1942 zum Einsatz der Partei bei der Überwachung der fremdvölkischen Arbeitskräfte: Sex mit Deutschen soll auf jeden Fall unterbunden werden, daher scharfe Überwachung und Trennung der Deutschen von Ausländern.

- Verzeichnis der im Amtsbezirk Nordkirchen lebenden nichtdeutschen Personen vom 1. 9. 1945: 9 Italiener, 3 Jugoslawen.

- Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Westfalen in Dortmund an den Regierungspräsidenten von Arnsberg vom 19. 1. 1940: Definition polnischer

Arbeitsgruppen; Kriegsgefangene, Zivilgefangene, Zivilarbeiter.

B 303

Ausländer 1938 - 1941

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei etc. (i.A. Dr. Best) an den Regierungspräsidenten vom 23. 12. 1939: arbeitsunwillige Polen sind in letzter Konsequenz in ein KZ einzuweisen.

B 448

Ansteckende Krankheiten und deren Bekämpfung

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster vom 30. 12. 1943 zur Fleckfieberverbreitung durch Ostarbeiter: aufgegriffene Ostarbeiter sollen nach ihrer Flucht zunächst entlaust werden.

B 450

Desinfektionen

Schnellbrief des Reichsarbeitsministers in Abschrift an die Landesarbeitsämter vom 16. 12. 1941 zum Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten und Maßnahmen zur Verhütung von Fleckfieber.

B 462

Begräbniswesen etc.

- Schreiben des Reichsführers SS in Oranienburg vom 7. 9. 1939 zur Überführung verstorbener KZ-Häftlinge: Särge sollen nach Schließung plombiert werden und bis zur Beisetzung polizeilich bewacht werden, damit sie nicht mehr geöffnet werden können.

B 1172

Fremdarbeiter 1939 - 1943

- Schreiben an den Landrat von Lüdinghausen vom 2. 10. 1939: Einsatz von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft; nennt Bedarf an Fremdarbeitern bzw. Kriegsgefangenen und gibt Gebäude für die Unterbringung in den drei Ortsteilen an. Verzeichnis derjenigen Bauern, die Kriegsgefangene angefordert haben.

- Kostenaufstellung über die Einrichtung von Kriegsgefangenenlagern in Nordkirchen, Südkirchen und Capelle, undatiert (1939).

-Schreiben des Amtsbürgermeisters vom 7. 11. 1939: nach einem Besuch in zwei Lagern zählt der Amtsbürgermeister die Mängel auf.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen an den Landrat von Lüdinghausen vom 23. 11. 1939: nennt Probleme bei der Ausstattung der Lager; Arbeiter Kasimir G. ist für die Landwirtschaft untauglich und soll ersetzt werden.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen an den Landrat von Lüdinghausen vom 16. 11. 1939: Berufung von Hilfswachmännern; Namenslisten.

- Verteilung der polnischen Kriegsgefangenen in Südkirchen; Liste vom 21. 2. 1940. Schreiben des Landrats von Lüdinghausen - Kreiskulturbauamt an den

Amtsbürgermeister von Nordkirchen vom 8. 4. 1940: Weitere Kriegsgefangene werden nicht in Aussicht gestellt, Abgänge können allerdings ersetzt werden.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Ortspolizeibehörden des Kreises vom 25. 4. 1940: Kriegsgefangene laufen ohne Aufsicht herum, Bauern zeigen Mitgefühl, was der Landrat untersagt.

- Bericht des Gend.-Gruppenpostens Nordkirchen an die Ortspolizeibehörde Nordkirchen vom 19. 5. 1940: Klage über freundliche Behandlung der polnischen Kriegsgefangenen.

- Bestätigung neuer Hilfswachmänner vom 20. 8. 1940.

- Diverse Kostenaufstellungen.

- Vermerk vom 10. 6. 1941: serbische Kriegsgefangene sind schlecht eingekleidet; bisher sprangen die Bauern ein, jetzt soll das Stalag einspringen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nordkirchen an den Landrat von Lüdinghausen vom 19. 3. 1942: Klage über den hohen Krankenstand bei Kriegsgefangenen; dies grenze an "Sabotage".

- Schreiben des Wehrkreiskommandos VI in Münster vom 8. 9. 1943: Zur Arbeitssteigerung sollen sowjetische Kriegsgefangene gerecht behandelt werden und durch materielle Anreize zu härterer Arbeit ermuntert werden.

B 1253

Kriegsgräber

- Schreiben des Reichsministeriums des Innern in Berlin an Regierungspräsidenten vom 27. 10. 1941 zur Bestattung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener.

- Diverse Schreiben nach 1945 zur Kriegsgräberfürsorge

B 1256

Sowjetische Kriegsgräber

- Schreiben vom International Tracing Service, Regional Staff, Marlborough Barracke, Münster an den Landkreis Lüdinghausen, z.H. Herrn Grosswiele, vom Frühjahr 1949: Besprechung zur Durchführung der Suchaktion nach Ausländern am 9. März 1949.

- Schreiben des Amtsdirektors von Nordkirchen an den Oberkreisdirektor von Lüdinghausen vom 31. 3. 1949 zur Suchaktion nach Ausländern: nennt in Nord- & Südkirchen verstorbene ausländische Arbeiter und die Zahl der vorhandenen Lager, die mit dem Einmarsch der Alliierten am 31. März 1945 aufgelöst wurden.

Gemeindearchiv Nottuln

Das Gemeindearchiv Nottuln verwahrt die Unterlagen des Amtes Nottuln (bestehend aus den Gemeinden Appelhülsen, Nottuln und Schapdetten).

Meldekarteien

C 94

Politische und wirtschaftliche Lageberichte 1936 - 1956

- Schreiben des Bürgermeisters von Appelhülsen vom 16. 7. 1945 zur Meldung über die Stimmung in der Bevölkerung: Genugtuung über das Ende der NS-Herrschaft.
- Schreiben der Verwaltung von Schapdetten an den Amtsbürgermeister von Nottuln vom 12. 7. 1945: Plünderungen haben nachgelassen.
- Schreiben unbekannter Herkunft vom 19. 7. 1945 an den Landrat von Münster in Telgte zum Lagebericht: die schleppende Auflösung des Russenlagers Baumberge sorgt für Unruhe in der Bevölkerung.
- Schreiben unbekannter Herkunft vom 31. 7. 1945: "Plünderungen und Vergewaltigungen ereignen sich fast täglich. Zwei Russen wurden in der vergangenen Woche von unbekanntem Tätern erschossen."
- Schreiben unbekannter Herkunft vom 28. 8. 1945: "Im übrigen hat es durchaus beruhigend gewirkt, dass seit dem 10. 8. 45 in unserem Bezirk die Plünderungen ein Ende genommen haben. Die bäuerlichen Familien, die seit längerer Zeit fast allgemein abends nach Nottuln kommen, um sich vor nächtlichen Überfällen zu schützen, bleiben jetzt wieder zu Hause."

C 105

Beschlagnahmungen und Sicherstellungen 1937 - 1950

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nottuln an den Bürgermeister in Heeke, Kreis Bersenbrück, vom 9. 8. 1943: Das Fahrrad von Bauer Sp. wird an die Gemeinde geschickt, damit diese es ihm zurückgeben kann. Es war von dem französischen Kriegsgefangenen Jean B. zur Flucht benutzt worden. Der Franzose wurde dem Kriegsgefangenenlager in Nottuln überstellt.

C 110

Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge 1936 - 1957

- Abschrift eines Schreibens des Innenministers von NRW in Düsseldorf an die Regierungspräsidenten vom 15. 9. 1949 zur Kriegsgräberfürsorge: Anweisung zur Pflege sowjetischer Gräber; "Sowjetischerseits (sic) sind Kreuze auf Russengräbern nicht erwünscht."
- Verhandelt zu Nottuln am 15. August 1945: Übergabe der russischen Gräber an deutsche Behörden, Lager Baumberge. Die Zahl der Gräber im Lager wird nicht angegeben, für Nottuln werden 8 Gräber genannt. "Die deutsche Kommandantur in der Person des Oberregierungsrats Braschoss als Bürgermeister des Amtes Nottuln erkennt an, dass sie verantwortlich ist für den Zustand des Friedhofs, und

dass sie ohne Wissen der russischen Behörden die Russengräber auf dem Friedhof nicht verändern darf."

C 120

Heimatbuch 1940

- Heimat- und Einwohnerbuch für den Landkreis Münster, 1. Ausgabe, Münster 1940.

C 121

Staats- und Volkszugehörigkeit 1938 - 1945

- Schreiben des Reichsministeriums des Innern in Berlin vom 22. 3. 1943 über die aufenthaltsrechtliche Behandlung der Schutzangehörigen: nach Aufhebung der Polizeigrenze gegen die eingegliederten Ostgebiete strömen deren Einwohner in das Altreich, um dort zu arbeiten. Diese Leute sollen fortan als Ausländer behandelt werden. Mit dem Arbeitsamt ist dabei Zusammenarbeit nötig, da diese Personen als Arbeitskräfte erwünscht sind. Unerwünschte Personen sollen abgeschoben werden, "sobald geeignete Ersatzkräfte vorhanden sind". In einem Nachtrag heißt es: "Die polnischen Zivilarbeiter zählen nicht hierunter. Sie sind vielmehr nach den besonderen Bestimmungen zu erfassen und zu behandeln."

C 124

Einbürgerungen, Optionen, Ausbürgerungen, deutsche Volksliste, Meldestelle der Landeskasse 1939 - 1956

- Schreiben des Leiters der Landkrankenkasse für den Landkreis Münster in Münster an die Krankenscheinausgabestellen vom 12. 8. 1942 zur Krankenversorgung der Ostarbeiter: "Danach darf den im Reichsgebiet gegen Entgelt beschäftigten Ostarbeitern als Krankenversorgung u.a. gewährt werden: Krankenpflege (ärztliche Behandlung, zahnärztliche Behandlung, soweit diese zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit notwendig ist, Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und anderen kleineren Hilfsmitteln), Krankenhauspflege (Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus, die Sachleistungen der Wochenhilfe, usw.). Die ärztliche Behandlung und die Versorgung mit Arznei erfolgt (sic) also nicht mehr auf Kosten der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, sondern ab 1. 8. auf Kosten der zuständigen Krankenkassen. Das hat zur Folge, daß für die eingesetzten Ostarbeiter ab 1. 8. bei Inanspruchnahme der Kassenärzte oder Zahnbehandler gebührenpflichtige Krankenscheine ausgestellt werden müssen."

- Abschrift eines Schreibens des Reichsministeriums des Innern an die preußischen Regierungspräsidenten vom 28. 2. 1942 zur Einbürgerungssperre: da viele Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes im Krieg sind, sollen Einbürgerungsanträge zurückgestellt und nicht mehr bearbeitet werden; Ausnahmen sind bei kriegswichtigen Personengruppen zu machen: Kriegsfreiwillige, Angehörige der Waffen-SS und volksdeutsche Facharbeiter sollen auch in Zukunft eingebürgert werden.

- Diverse Schreiben zur Einbürgerung des polnischen Zivilarbeiters Johann K.,

landwirtschaftlicher Arbeiter in Nottuln, * 1921 Borowitz-Pogorzyce, beginnend mit seinem Gesuch vom 3. 12. 1941 bis zum Vermerk über die Einbürgerung vom 19. 6. 1944.

C 125

An- und Abmeldung, Auskunftserteilungen, Aufenthaltsermittlungen, Ein- und Auswanderungen 1930 - 1956

- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern in Berlin an die Preußischen Regierungspräsidenten vom 22. 3. 1939 zur Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Protektorat Böhmen und Mähren für den Arbeitseinsatz im übrigen Reichsgebiet: Reichsarbeitsministerium beginnt "mit der Anwerbung von Arbeitskräften im Protektorat Böhmen und Mähren für den Arbeitseinsatz im übrigen Reichsgebiet."
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nottuln an die Kreisbauernschaft in Münster vom 6. 12. 1938 zur Nachweisung ausländischer Landarbeiter im Amtsbezirk Nottuln: nennt 15 Ausländer für Nottuln.

C 127

Reisepässe, Personalausweise, Kennkarten, Fahrpreismäßigungen 1925 - 1956

- Antrag auf Ausstellung einer Kennkarte für den Kaufmann Hugo Lippers, * 21. 4. 1875 Nottuln, vom 27. 12. 1938.
- Passbilder von Hugo & Isidor Israel Lippers; handschriftlicher Hinweis, wonach beide nach Holland verzogen sind.
- Antrag auf Ausstellung einer Kennkarte für den Kaufmann Isidor Lippers, * 24. 12. 1873 Nottuln, vom 27. 12. 1938.

C 128

Anträge auf Ausreisebewilligungen bzw. Reisepässe 1936 - 1939

- Antrag von Hugo Lippers, * 21. 4. 1875 Nottuln, vom 6. 3. 1937 auf Erteilung eines Reisepasses, um die Nichte in Zwolle, Holland, zu besuchen; handschriftlicher Vermerk: "Ist Jude".
- Antrag von Hugo Lippers, * 21. 4. 1875 Nottuln, vom 22. 12. 1938 auf Erteilung eines Reisepasses zur Auswanderung nach Holland. Das Formular ist mit einem roten J gestempelt.
- Antrag von Martha Lippers, geb. Stehberg, * 14. 7. 1883 Adelebsen, vom 22. 12. 1938 auf Erteilung eines Reisepasses zur Auswanderung nach Holland. Das Formular ist mit einem roten J gestempelt.
- Antrag von Isidor Lippers, * 24. 12. 1873 Nottuln, vom 22. 12. 1938 auf Erteilung eines Reisepasses zur Auswanderung nach Holland. Das Formular ist mit einem roten J gestempelt.
- Antrag von Erich Stehberg, * 15. 7. 1898 Adelebsen, vom 22. 12. 1938 auf Erteilung eines Reisepasses zur Auswanderung nach Argentinien. Das Formular ist mit einem roten J gestempelt.

Ausländer, Lohnrückstände 1941 - 1957

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nottuln an den Landrat von Münster vom 30. 8. 1940 zur Hereinnahme niederländischer Arbeiter: Übersendung der Personalakten der im Amtsbezirk eingesetzten vier niederländischen Arbeiter: Gerardus K., Josephus van L., Gerardus H., Thomas Z.
- Diverse Fragebogen zur Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit.
- Diverse Berichte über An- und Abmeldungen von Ausländern, besonders von Niederländern, die z.T. schon vor Ausbruch des Krieges in Nottuln lebten.
- Schreiben des Arbeitsamtes Münster an den Landrat von Münster vom 18. 7. 1941 zur Terminüberwachung für Befreiungsscheine: Liste mit 20 Ausländern aus dem Kreis Münster.
- Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministeriums des Innern in Berlin an die Preußischen Regierungspräsidenten vom 15. 1. 1942 zum Umtausch italienischer Passersatzpapiere in italienische Pässe: im Anhang Liste mit 40 Italienern im Kreis Münster.
- Schreiben des Landrats von Münster an den Amtsbürgermeister von Nottuln vom 5. 12. 1942 zur Behandlung von Arbeitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet: ersuchen um Auskunft, weshalb die Zivilarbeiterin Frieda G. aus Franzfeld, Kreis Gortiza, * 1924, in der beim Landrat geführten Kartei für Zivilarbeiter aus Sowjetrußland den Zusatz "Volksdeutsche" erhalten hat.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nottuln an den Landrat von Münster vom 14. 12. 1942 zur Behandlung von Arbeitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet: "Die bei der Fa. Gebr. R. beschäftigte Zivilarbeiterin Frieda G., geb. 1924 in Franzfeld, ist im Besitze einer Volkstumskarte."
- Schreiben des Landrats von Münster an den Amtsbürgermeister von Nottuln vom 18. 12. 1942 zur ausländerpolizeilichen Erfassung der Volksdeutschen Frieda G.: "Da die Frieda G. als Volksdeutsche anerkannt ist, ist dieselbe nicht mehr als Zivilarbeiterin aus dem altsowjetischen Gebiet zu behandeln."
- Schreiben der Geheimen Staatspolizei Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 24. 4. 1943 mit einer Abschrift eines Schreibens vom 19. 4. 1943 zu chinesischen Staatsangehörigen im Reich: allen Chinesen soll umgehend der Wandergewerbeschein entzogen werden. "Dadurch soll erreicht werden, daß die von dieser Maßnahme Betroffenen indirekt zur Annahme einer festen Arbeit gezwungen werden. (...) Die chinesischen Staatsangehörigen sind darauf hinzuweisen, sich bei dem zuständigen Arbeitsamt zwecks Zuweisung einer anderen Beschäftigung zu melden. Von einer allgemeinen Dienstverpflichtung muß jedoch aus außenpolitischen Gründen abgesehen werden."
- Nachweisung der im hiesigen Amtsbezirk wohnhaften niederländischen und belgischen Staatsangehörigen, Nottuln am 11. 5. 1940; nennt 7 Personen, z.T. mit Familien.
- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Polizeipräsidenten in Recklinghausen und Münster vom 12. 5. 1940 zur Internierung belgischer und niederländischer Staatsangehöriger: Personen, die in Gewahrsam genommen worden

- sind, sind in das Internierungslager Stalag XIII Nürnberg-Langwasser zu überstellen.
- Diverse Statistiken zu Plünderungen in Nottuln im Sommer 1945.
 - Schreiben von Lieutenant Jolliet, F.L.O.R Search and Tracing Rifle Brigade A-Coy in Haltern, Breitenweg 86, an den Amtsdirektor von Nottuln vom Sept. 1946: Bitte um Auskunft über französische Kriegsgefangene in den Kriegsgefangenenlagern Nottuln Stalag 839, Nottuln-Uphoven Stalag 855 und Appelhülsen Stalag 828.
 - Schreiben des Amtsdirektors von Nottuln an Lieutenant Jolliet, F.L.O.R Search and Tracing Rifle Brigade A-Coy in Haltern vom 5. 10. 1946 zu französischen Kriegsgefangenen: Nachweisung über die im Monat März 1945 im Kr. Gef. Arb. Kdo. 839 Nottuln stationiert gewesenen französischen Kriegsgefangenen & Liste der Franzosen, die im Lager Stalag 828 Appelhülsen stationiert waren.
 - Schreiben von Josef M. an den Amtsdirektor von Nottuln vom 4. 10. 1946 zu französischen Kriegsgefangenen: "In Uphoven sind seit 1942 oder Anfang 1943 keine französischen Kriegsgefangenen gewesen, da diese durch russische Kriegsgefangene ersetzt wurden. Unterlagen für die Zeit vor 1943 sind nicht mehr vorhanden."
 - Gräberliste der im Amtsbezirk Nottuln beerdigten Franzosen vom 14. 9. 1946; nennt 5 Franzosen, von denen 4 nach Kriegsende starben.
 - Verzeichnis der Franzosen, die vom 1. 9. 1939 - 1945 im Krankenhaus Nottuln behandelt worden sind vom 14. 9. 1946; nennt 12 Personen.
 - Schreiben an die IHK Münster vom 4. 9. 1946: Bitte um Feststellung, welche Franzosen wo gearbeitet haben, da die Unterlagen des Arbeitsamts Münster durch Kriegseinwirkung vernichtet wurden.
 - Liste mit Franzosen im Amtsbezirk Nottuln vom 14. 9. 1946; nennt 40 Personen mit Geburtstag und Wohnort in Nottuln. Die Liste selbst hat keine Überschrift.
 - Schreiben des Amtsdirektors von Nottuln an den niederländischen Liaison Officer in Rheine vom 16. 4. 1946: Niederländische Staatsangehörige, die seit 1939 im Amtsbezirk Nottuln (Gemeinde Nottuln, Appelhülsen und Schapdetten) gewohnt haben; nennt 96 Personen mit dem Abgangsdatum.
 - Namentliche Liste: nachstehend aufgeführte Holländer haben seit 1939 den Amtsbezirk Nottuln verlassen; undatiert, vermutlich Konzept, da Abgänge handschriftlich notiert sind.

C 134

Ausländer; Lohnrückstände, Ausweisung von Ausländern, Ostflüchtlinge 1931 - 1956

- Schreiben des Landrats von Münster an die Ämter des Kreises vom 6. 4. 1937: Chinesen sollen beobachtet werden, weil sie über Russland einreisen, vielfach auch russisch sprechen und geschäftlich sehr rege sind.
- Nachweisung der im Amtsbezirk Nottuln tätigen Landarbeiter holländischer Staatsangehörigkeit vom 14. 11. 1938; nennt 8 Personen.
- Schreiben der Gestapo Münster vom 11. 9. 1939 zur Inschutzhaftnahme (sic) polnischer Staatsangehöriger: polnische Staatsangehörige, die in Deutschland arbeiten und sich nicht tadellos benehmen, sollen festgenommen werden.
- Diverse Schreiben zur Ab-, Um- und Anmeldung von Ausländern.

- Schreiben des Landrats von Münster an die Amtsbürgermeister im Kreis vom 14. 6. 1945: fordert Liste mit Fremdarbeitern an, die noch auf deutschen Höfen leben und arbeiten.
- Liste mit Fremdarbeitern auf deutschen Bauernhöfen; undatiert (Juni 1945), nennt 12 Personen.
- Schreiben des Landrats von Münster an die Amtsbürgermeister vom 1. 5. 1945: Frage nach Ausländerlagern.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Nottuln an den Landrat von Münster vom 4. 5. 1945 zum Ausländerlager: "In Nottuln, auf dem Baumberg an der Jugendherberge, befindet sich ein Ausländerlager von ca. 1800 Russen und Polen."
- Nachweisung der hier noch anwesenden Ausländer mit Namen des Betriebsleiters, der Wohnung des Ausländers und seines Geschlechts; undatiert, vermutlich Mai/Juni 1945.

C 135

- Ausländische Mitarbeiter, Saison- und Wanderarbeiter, Inlandslegitimierung, Rückkehr der Kriegsgefangenen, Volkskarteikarten, Kriegsgefangene 1927 - 1956
- Schreiben der Sicherheitspolizei und des SD vom 21. 9. 1943 (?) zum Sport in Kriegsgefangenenlagern.
 - Schreiben des Landrats von Münster an die Amtsbürgermeister vom 6. 12. 1943: Aufforderung, unter den Kriegsgefangenen nach Handwerkern und besonders nach Maurern zu schauen; diese sollen u. a. "für das Wohnungshilfswerk und evtl. auch bei Bombenschäden eingesetzt werden".
 - Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei in Berlin vom 10. 1. 1944 zur Mitwirkung der Polizei zur Bewachung der Kriegsgefangenen auf dem Lande: der Mangel an Wachmannschaften und der vermehrte Einsatz ausländischer Arbeiter erfordert, dass auf dem Lande die Gendarmerie für diese Aufgaben herangezogen werden soll bei der Bewachung von Kriegsgefangenen.
 - Schreiben des Meisters der Schutzpolizei Watermann an den Amtsbürgermeister von Nottuln vom 10. 4. 1945: Ostermontag (10. 4. 1944) fand für französische Kriegsgefangene eine Theatervorstellung statt, an der auch Lagerinsassen aus den Arbeitskommandos 1018 Senden und 1116 Buldern-Hangenau teilnahmen.
 - Schreiben des Höheren SS und Polizeiführers West, Kriegsgefangenenwesen im Wehrkreis VI in Düsseldorf an die Regierungspräsidenten vom 7. 11. 1944 zur täglichen Arbeitszeit der Kriegsgefangenen: Kriegsgefangene können auch sonntags zur Arbeit herangezogen werden und müssen zu denselben Zeiten zur Verfügung stehen, wie auch deutsche Arbeiter herangezogen werden können.
 - Schreiben des Landrats von Münster an die Amtsbürgermeister vom 25. 2. 1943 zum Einsatz ausländischer Zivilarbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben: Nachweis der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber gefordert, die Zivilarbeiter beschäftigen. Im Anhang befindet sich eine undatierte Liste mit 80 Namen und Adressen deutscher Personen und Firmen.

Stadtarchiv Olfen

Das Stadtarchiv Olfen verwahrt die Unterlagen des Amtes Olfen (bestehend aus Olfen-Stadt und Olfen-Kirchspiel).

B 114

Fahndungen, Polizeianglegenheiten 1942 - 1945

- Verfügung des Amtsbürgermeisters von Olfen vom 7. 7. 1943: Friseur Aloys H. darf polnische Arbeiter bedienen.
- Polizeifahndung, undatiert, Stempel vom 13. 11. 1943, nach drei englischen Agenten, darunter der französische Zivilarbeiter Ali M., arabischer Herkunft, etwa 28 Jahre alt: "Profil des Kopfs: vorstehendes Kinn (affenartig)".
- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 19. 5. 1944 zum Mordversuch durch einen polnischen Zivilarbeiter: am 18. 7. 1944 wurde die Deutsche Lydia Kolkmann, 23 Jahre alt, in Lüttringen, Kreis Höxter, blutüberströmt in ihrem Bett aufgefunden. Der Tat verdächtigt wird der Pole Jan P., * 1912 Kowki, Kreis Korrek, zuletzt wohnhaft in Lüttringen.
- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 8. 6. 1944 zur Fahndung nach zehn geflohenen Russen der Zeche Ewald 3-4 in Buer-Resse.
- Fahndung der Kripo Dortmund vom 4. 2. 1944 wegen Mordes an dem Pächter Josef Henece in Niederholte bei Herscheid nach den Tatverdächtigen Iwan S., * 1909, "vorne Zahnücke", und Iwan P., * 1924.
- Funkspruch der Amtsverwaltung Lüdinghausen vom 22. 10. 1943 zur Flucht von acht sowjetischen Kriegsgefangenen des Arbeitskommandos 611 in Werne.
- Funkspruch der Amtsverwaltung Lüdinghausen vom 24. 11. 1943 zur Flucht von 47 französischen Kriegsgefangenen aus dem Kriegsgefangenenlager Osnabrück.
- Fahndung der Kripo Recklinghausen, undatiert, wegen des Mordes an der vierköpfigen Familie Wallbaum in Neuenkirchen im Kreis Minden nach den Tatverdächtigen Markaring und dem Iwan S., * 1918 Rivun, Krs. Kaskar.
- Funkspruch der Amtsverwaltung Lüdinghausen vom 22. 11. 1943: Fahndung nach Ali M. ist erledigt.
- Funkspruch der Amtsverwaltung Lüdinghausen vom 16. 11. 1943 zur Fahndung nach sechs geflohenen französischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Osnabrück.
- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 5. 10. 1943 zur Flucht von 43 polnischen Offizieren aus dem Stalag VI B Dössel.
- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 23. 9. 1943 zur Fahndung nach den entwichenen polnischen Offizieren: erste Fahndungserfolge; von der Schusswaffe darf Gebrauch gemacht werden. Auch nach den Tätern des Raubmordes in Ascheberg soll gefahndet werden.
- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 21. 9. 1943 zum Raubmord in Ascheberg.
- Funkspruch der Kripo Recklinghausen vom 27. 9. 1943 zum Raubmord in Ascheberg: Unzufriedenheit mit dem Ergebnis.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Olfen an das Gauarbeitsamt Coesfeld vom 9. 8. 1944 zum Arbeitseinsatz für die Ernte mit Bezug auf die Verfügung des Regierungspräsidenten von Münster vom 27. 4. 1944: Dienstverpflichtung für die Erntearbeiten; deutsche Frauen werden verpflichtet.
- Festnahmebericht des Gend.-Einzelpostens in Olfen vom 10. 11. 1944: Schachtmeister Wilhelm Bruns in Olfen hat am 8. 11. 1944 in der Stadt Olfen den polnischen Zivilarbeiter Wadislau R., * 1915 Lublin, aufgegriffen.
- Bescheinigung vom 25. 12. 1944 zur Übernahme des englischen Nachtjägers Jan W., * 1909 Lublin, in Gewahrsam eines Unteroffiziers.

B 121

Ausländerpolizei 1932 - 1940

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster vom 19. 3. 1940 zur Beschäftigung polnischer Landarbeiter.
- Schreiben der Gestapo Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 7. 6. 1940 zur Behandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und zur Unterscheidung von Ukrainern und Nationalpolen: es wird gerügt, dass Ukrainer wie Polen behandelt werden.

B 122

Ausländerpolizei 1931 - 1945

- Einbürgerungsverfahren von Wladyslaw M., * 1911 Ogradzienic, Kreis Olkusz.
- Schreiben der NSDAP, Ortsgruppe Olfen, Amt für Volkstumsfragen, an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 5. 7. 1944: Liste der niederländischen Staatsangehörigen, die gewillt sind, sich einbürgern zu lassen; es sind nur zwei.

B 123

Ausländer, Legitimationskarten 1942 - 1956

- Schreiben der Kripo Dortmund an den Landrat von Lüdinghausen vom 30. 12. 1942 zur erkennungsdienstlichen Behandlung der aus den Ostgebieten kommenden fremdländischen Arbeitskräfte im Durchgangslager Soest.
- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Ortspolizeibehörden des Kreises vom 1. 3. 1943 zu Widersetzlichkeiten eingesetzter ausländischer Arbeiter: "Alle bekanntwerdenden Fälle von Widersetzlichkeiten, Ungehörigkeiten und abfälligen Äußerungen eingesetzter ausländischer Arbeiter aller Nationen ersuche ich der SD-Außenstelle Lüdinghausen, SS - Oberscharführer Siebers Lüdinghausen, (...) in Zukunft mitzuteilen."
- Schreiben der Gestapo Münster an die Landräte pp vom 27. 5. 1944 zu wiederergriffenen arbeitsvertragsbrüchigen Ausländern, deren Name oder alter Betrieb nicht einwandfrei festgestellt werden kann: die Identität aufgegriffener Fremdarbeiter muss geklärt werden, bevor sie wieder weitervermittelt werden; notfalls sind sie in ein Arbeitserziehungslager einzuweisen bzw. sollte dies nicht möglich sein, in ein KZ.
- Schreiben des Reichsministeriums des Innern in Berlin an die Reichsstatthalter

vom 27. 10. 1944 zur Beisetzung ausländischer Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst: Ausnahmeregelung vom 11. 8. 1943 wurde aufgehoben; Abordnung von Delegationen bei Beerdigungen nur nach vorheriger Einwilligung der örtlichen NSDAP.

- Verzeichnis derjenigen Ausländer im Amtsbezirk Olfen, die vor dem Kriege nicht in Deutschland waren und sich jetzt noch in Dienst- oder Arbeitsstellen befinden vom 31. 8. 1945: 17 Personen, darunter 4 Jugoslawen, 2 Galizier, 4 Holländer, 7 Polen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Olfen an Netherlands Liason Dercer For Displaced Persons in Burgsteinfurt vom 3. 1. 1945 (korrekt: 1946) zu niederländischen Staatsangehörigen: nennt 14 Niederländer, die im Amt Olfen noch wohnen.

- Schreiben des Amtsdirektors von Olfen vom 5. 3. 1947 zu vermissten Franzosen im Kreise Lüdinghausen: Liste mit Franzosen in Olfen; nennt zwei.

- Schreiben des Sozialministers von NRW in Düsseldorf an den Regierungspräsidenten von Münster vom 19. 3. 1948 zu russischen Kindern: Liste von sowjetischen Kindern, die sich in der britischen Besatzungszone Deutschlands befinden; nennt 197 Namen von Kindern.

- Schreiben von Mr. L. H. De Maen, Head of Belgian Search Mission, c/o Allied Liason Branch, Bad Salzuflen an die Kreisverwaltung Lüdinghausen vom 21. 5. 1950 zur Aktion betr. Auffindung von Nachlassgegenständen verstorbener oder repatriierter belgischer Staatsangehöriger.

- Schreiben des International Tracing Service, Regional Staff, Marlborough Barracke, Münster an die Kreisverwaltung Lüdinghausen, z. Hd. Herrn Grosswiele, undatiert (März 1949), zur Besprechung betr. Durchführung der Suchaktion nach Ausländern am 9. 3. 1949.

- Schreiben des Amtsdirektors von Olfen an den Oberkreisdirektor von Lüdinghausen vom 29. 3. 1949 zur Suchaktion nach Ausländern: nennt zwei Lager; das eine fasste 100 kriegsgefangene Polen von 1939 bis 1940, das zweite fasste 50 kriegsgefangene Serben von Juli 1941 bis 28. 1. 1943; letzteres wurde ab 22. 2. 1943 bis April 1945 mit etwa 70 kriegsgefangenen Russen belegt, von denen zwei verstorben sind, einer blieb unbekannt, der andere war bekannt als "B. Stefan".

B 124

Ausländische Arbeitnehmer in Olfen 1933 - 1948

- Schreiben des Amtes Olfen an das Arbeitsamt Lünen vom 10. 9. 1937: Verzeichnis der im Amtsbezirk Olfen wohnhaften Ausländer; nennt 16 Personen.

- Nachweisung der im Amtsbezirk Olfen wohnhaften ausländischen Staatsangehörigen nach dem Stande vom 10. 11. 1938.

- Schreiben des Gend.-Einzelpostens in Olfen II an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 2. 3. 1944: Anzeige des Verwalters H. bei der Witwe T. in Olfen -Sülsen gegen den polnischen Zivilarbeiter Czeslaw W., * 1912 Emschen, Kreis Schrim. Der Pole wird der Aufsässigkeit und des Diebstahls beschuldigt.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Olfen an den Landrat von Lüdinghausen vom 4. 4. 1944: nach seiner Verhaftung am 2. 3. 1944 und der Überstellung an die

Gestapo Münster soll der Pole Czeslaw W. wieder an einem Ort im Kreis beschäftigt worden sein; der Amtsbürgermeister fürchtet Autoritätsverlust bei den Polen und Ostarbeitern, weil das Verhalten ohne Folgen geblieben ist.

- Diverse Schreiben zu entlaufenen und aufgegriffenen Fremdarbeitern ab 1942.
- Schreiben des Josef T. in Rauschenburg, Post Datteln, an den Ortsgruppenleiter Pg. Plücker in Olfen vom 5. 4. 1944: erhebt schwere Vorwürfe wegen der Entlassung des Polen Czeslaw W. aus Polizeigewahrsam ohne Bestrafung.
- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Ortspolizeibehörden vom 20. 5. 1944 (?): Anordnung einer verschärften Ausländerkontrolle für Samstag, den 21. 5. 1944 ab 20 h und Sonntag, den 22. 5. 1944 den ganzen Tag.
- Schreiben des Baugeschäfts G. K. in Cappenberg an die Polizeiverwaltung in Olfen vom 20. 9. 1944 zum Ostarbeiterlager: "Das Ostarbeiterlager in Olfen, Recheder-Mühle, ist nach Chem. Werke, Bergkamen verlegt worden." Nennt 12 betroffene Ostarbeiter.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Olfen an den Landrat von Lüdinghausen vom 12. 9. 1944: Nachweisung der im Amtsbezirk Olfen vorhandenen Ausländer-Lager; Fa. Gerhard K., Cappenberg bei Lünen, betreibt das Lager Olfen-Rechede (Recheder-Mühle) mit 127 Ostarbeitern.
- Bericht des Gendarmerie-Einzelpostens Olfen vom 5. 3. 1945 über die am 3. und 4. 3. 1945 angeordnete Razzia in Olfen.

B 125

Gastarbeiter in Olfen 1943 - 1945

- Die Akte enthält zahlreiche Festnahmeberichte vom 1. Juni 1943 bis März 1945.
- Schreiben des Gendarmerie-Gruppenpostens in Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 22. 3. 1945: Ostarbeiter Wasily K., * 1926 Schitomir, wurde aufgegriffen; er arbeitete zuletzt bei einem Bauern bei Düsseldorf, der ihn nach seinen Angaben wegen der heranrückenden Front wegschickte. Nach Rücksprache mit dem Arbeitsamt Lüdinghausen wird der Ostarbeiter bei Landwirt R. eingesetzt, der um Hilfe bat.
- Schreiben des Gendarmerie-Gruppenpostens in Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 20. 3. 1945: Volkssturm Paderborn nimmt drei Kriegsgefangene fest, die dem Kriegsgefangenenkommando 1053 (?) in Olfen überstellt werden.
- Schreiben des Gendarmerie-Gruppenpostens in Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 21. 3. 1945: Bei der angesetzten Razzia wurden 20 Ausländer festgenommen.
- Schreiben des Gendarmerie-Gruppenpostens in Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 15. 3. 1945: Festnahme von zwei flüchtigen russischen Kriegsgefangenen.
- Schreiben des Gendarmeriepostens Olfen II an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 28. 12. 1944: dem Landwirt Theodor D. in Olfen-Sülsen II ist der Ukrainer Alex T., * 1925 Kirwograd, zugelaufen.
- Aktennotiz des Amtsbürgermeisters von Olfen vom 22. 12. 1944: "Der Ostarbeiter Iwan F., beschäftigt bei dem Bauern Heinrich S., Olfen-Kökelsum, wur-

de heute auf Ersuchen der Staatspolizeistelle Münster dem Erziehungslager der Chem. Werke in Marl-Hüls überstellt."

- Schreiben des Gen.-Einzelpostens Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 5. 10. 1944: "Heute habe ich den bei dem Bauern Bernhard N., Olfen, (...) in Arbeit stehenden Ostarbeiter Michel R., * 1898, festgenommen und in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert. R. steht bereits seit Juli 1944 bei dem Bauern N. in Arbeit und will vorher auf einer Holzfabrik bei Trier beschäftigt gewesen sein und diese Arbeitsstelle bei einem Feindangriff verlassen haben."

- Notiz aus Olfen vom 28. 8. 1944: der Bauer Theodor D. teilt mit, dass sein Ostarbeiter Leonit B., * 1915 Schumaku, und die bei Landwirt Ludwig S. in Olfen beschäftigte Ehefrau Donja B., * 1923, mit ihrem 3 Monate alten Kind geflohen sind.

- Schreiben des Gen.-Einzelpostens Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 7. 8. 1944: der Ostarbeiter "Nikolay S., * 1924, ist dringend verdächtigt, dem russischen Kriegsgefangenen Iwan A., * 1920 in Charkow, Gef.-Nr. 326 - 120605, zur Flucht verholfen zu haben." Da sein Bauer ihn nicht mehr beschäftigen wollte, wurde S. festgenommen und der Gestapo Münster überstellt.

- Schreiben des Polizeipostens Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 8. 2. 1944: die Ostarbeiterinnen Maria G., * 1925 Stalino, & Lena G., * 1926 Stalino, sind aus dem Lager Waltrop entflohen und in Olfen aufgegriffen worden. Sie wurden dem Pächter Bernhard M. zugewiesen.

- Schreiben des Gen.-Einzelpostens Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 6. 1. 1944: "Bei der heutigen Streife habe ich festgestellt, dass (sic) der Landwirt Hubert B., Olfen (...) am 4. 1. 1944 2 entwichene Ostarbeiter aufgegriffen und beschäftigt hat."

Schreiben des Gen.-Einzelpostens Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 2. 12. 1943: "Ferner wurde mir heute von dem Landwachtmann D. ein Ostarbeiter Viktor M., * 1926 in Woroschilowgrad, übergeben. M. will auf einer Fabrik in Gelsenkirchen gearbeitet haben und befindet sich seit 4 Wochen bei dem Landwirt Hubert B., Olfen (...), der ihn widerrechtlich festgehalten und geschlagen hat, worauf er sich heute wiederum von seiner Arbeitsstelle entfernt hat, um sich vor weiterer Mißhandlung zu schützen. B. ist als Rohling und unsauberer Mensch bekannt. Anzeige wegen widerrechtlichen Einstellens entwichener Ostarbeiter wird besonders vorgelegt."

- Schreiben des Gen.-Einzelpostens Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 28. 8. 1943 zur Festnahme von Helene K.: sie wurde ausfallend gegenüber ihren Arbeitgebern und schlug auf die Frau des Bauern ein, so dass diese blutete. Sie drohte damit, die Familie umzubringen und den Hof abzubrennen. Der Ehemann überwältigte sie und sperrte sie ein, doch die K. konnte fliehen. Sie wandte sich an das Arbeitsamt in Lüdinghausen, wo man sie verhaftete.

- Schreiben des Gendarmerie-Gruppenpostens in Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 6. 8. 1943: Bauer August K. meldet, dass sein ukrainischer Arbeiter Alex J., * 1911 Woroschiwograd, keine Lust mehr hat, in der Landwirtschaft zu arbeiten und den Einsatz auf einer Zeche vorzieht. "Da es sich um einen recht stabi-

len Burschen handelt, wäre es sehr angebracht denselben recht bald einer Zeche zuzuführen. Wie ich nun von K. erfahren habe, hat er mit dem Arbeitsamt in Lüdinghausen telephonisch gesprochen, die gewillt sind, den J. sofort die richtige Arbeitsstelle zu geben." (sic).

- Sonderbeilage zum Regierungsamtsblatt Stück 24, ausgegeben am 19. Juni 1943: Polizeiverordnung betr. die im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.

B 126

Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Auswanderung, Agenten 1931 - 1956

- Schreiben des Innenministeriums des Landes NRW in Düsseldorf vom 13. 1. 1954 zur Staatsangehörigkeit der Zigeuner: bei Zigeunern geht der Verfasser (Dr. Mittelstaedt) davon aus, das diese nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind und diesen Besitz auch nicht nachweisen können. Dort, wo sie entsprechende Belege vorweisen können, sind die Behörden angewiesen, diese genau zu überprüfen: "Die hiernach ohnehin gebotene sorgfältige Nachprüfung der aus dem Melderegister zu entnehmenden Anhaltspunkte gilt bei der Überprüfung der Staatsangehörigkeit von Zigeunern im besonderen Maße." Und weiter: "Von einer Veröffentlichung des Erlasses bitte ich abzusehen."

B 143

Kriminalpolizei, Allgemeine Tätigkeit der Polizei 1931 - 1945

- Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin vom 9. 4. 1943 zur Kriegsfahndung, bzw. zur verstärkten Personenüberwachung und Streifen nach ausländischen Arbeitern: da die Fahndung nach entwichenen Fremdarbeitern Weihnachten 1942 verstärkt und so sehr erfolgreich war, wird dies auch für Ostern anvisiert.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Bürgermeister vom 14. 5. 1945: fordert eine Aufstellung mit den Plünderungen der letzten Wochen: "Die Militärregierung interessiert sich für die Angelegenheit nur insoweit, als durch die Plünderungen unsere Ernährung gefährdet wird."

- Verzeichnis der Plünderungen seit dem 1. April 1945 durch Russen, Polen und Ostarbeiter in der Gemeinde Olfen vom 17. 5. 1945, fortgeführt bis Juli 1945 nebst Anlagen.

B 144

Polizei 1932 - 1955

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen vom 30. 6. 1933 zur Durchführung der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 2. 2. 1933: Landrat verlangt, dass in Zukunft "Schutzhaft" nur noch nach Rücksprache mit dem Landratsamt verhängt wird, da die Personen, die die "verbrecherischen Ziele" von KPD & SPD unterstützten, längst eingesperrt seien.

B 145

Polizeigefängnisse 1936 - 1945

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Landräte vom 31. 10. 1942 zu Arrestlokalen der Ortspolizeibehörden: die örtlichen Gefängnisse müssen in einem Zustand sein, der es Gefangenen unmöglich macht, zu fliehen.
- Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Landräte vom 29. 7. 1943 zu Arrestlokalen der Ortspolizeibehörden: fordert erneut ausbruchssichere Hafträume.

B 146

Kriminalpolizei, Allgemeine Tätigkeit der Polizei 1932 - 1945

- Vertrauliches Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Ortspolizeibehörden des Kreises vom 7. 4. 1941 zur Einrichtung von Bordellen für Fremdarbeiter.
- Schreiben der Gestapo Münster vom 4. 7. 1941 zur Behandlung der im Reich eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter (Polen, Belgier, Holländer, Franzosen usw.): nach Abschluss von Ermittlungen gegen Fremdarbeiter ist der Fall an die Gestapo weiterzugeben, wo entschieden wird, ob der Fall an die Gerichte weitergegeben wird oder ob man direkt eingreift.
- Schreiben des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht im Führerhauptquartier an diverse Amtsstellen vom 5. 6. 1941 zur Bestrafung Kriegsgefangener wegen verbotenen Umgangs mit deutschen Frauen.

B 150a

Strafsachen 1940 - 1950

- Schreiben des Gend.-Einzelpostens Olfen II an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 4. 8. 1941: "Anzeige gegen die Zivilpolen Johann R. und Genossen wegen Verstoßes gegen das vom Herrn RMdI am 8. 3. 41 herausgegebenen Ausgehverbot"; betrifft sieben Polen, die zudem noch Fahrräder benutzten.
- Festnahmebericht des Wachtmeisters in Olfen vom 29. 12. 1941: eine unbekannte Person wurde festgenommen, die sich als Ukrainer Sirgej J., * 1917 Kriymience, ausgab; wurde der Gestapo Recklinghausen überstellt.
- Scheiben der Kripo Recklinghausen, Erkennungsdienst - Berufsverbrecherbekämpfung, an den Bürgermeister von Olfen als Ortspolizeibehörde vom 12. 12. 1941 zum Gewohnheitsverbrecher Adolf B., * 1. 2. 1901 Werne a. d. L.: "Der Eisenflechter Adolf B. ist im Anschluß an seine Strafverbüßung als ‚Homosexueller‘ in polizeiliche Vorbeugungshaft genommen. Er ist am 1. 12. 1941 dem Konzentrationslager Neuengamme überstellt. Ich bitte, die dort wohnhaften Eltern, Eheleute Wilhelm B., von der Unterbringung ihres Sohnes Adolf im Konzentrationslager Neuengamme in Kenntnis zu setzen."

B 150b

Strafsachen 1940 - 1950

- Schreiben des Bürgermeisters von Sandhausen an die Kripo Karlsruhe vom 15. 8.

1942 zum Aufgreifen eines entwichenen serbischen Kriegsgefangenen: am 14. 8. 1942 wurde der serbische Soldat Obren P., * 1911 Milicinica im Kreis Kamenica, festgenommen, der vor einer Flucht beim Arbeitskommando 1053 S in Olfen beim Automechaniker Heinrich P. beschäftigt war, dem er das Fahrrad zur Flucht klawte.

- Schreiben der Gendarmerie Kreis Lüdinghausen in Lüdinghausen an den Landrat von Lüdinghausen vom 1. 10. 1943: am 29. 9. 1943 wurde der Castroper Arzt Dr. K. in der Nähe der Rauschenburg bei Olfen von vier Männern fremdländischer Herkunft bedroht, die er mit einer Waffe vertrieb.

- Schreiben des HNO-Arztes Dr. med. Carl K. in Castrop-Rauxel an den Landrat von Lüdinghausen vom 18. 10. 1943: Beschreibung eines versuchten Überfalls am 29. 9. 1943 durch vier Personen, vermutlich Russen.

- Schreiben des Polizeipostens Olfen an die Ortspolizeibehörde in Olfen vom 3. 1. 1944: Bauer Franz T. aus Seppenrade teilt eine Erkenntnis seiner Schwester Julia R. aus Seppenrade mit. Die Ostarbeiterin Maria S. erzählte am 2. 1. 1944, "sie sei mit ihrem Ehemann, dem Bauern Bernhard R., z. Zt. bei der Wehrmacht, s. Zt. spazieren (sic) gewesen und Fick-Fick gemacht habe. (...) Die Verleumderin Maria S. ist jetzt bei dem Bauern Wilhelm P. in Olfen, (...) beschäftigt." Die Russin wurde festgenommen und leugnete, solche Angaben gemacht zu haben. Ebenfalls festgenommen wurde ein weiterer Russe, Iwan F., * 1924 Stalino, der diese Geschichte einem Kollegen, Nikolai P. (?), * 1924, erzählt haben soll.

- Vernehmungsprotokoll der Gendarmerie Olfen vom 29. 1. 1945: vernommen wird Evi M., * 1927 Aachen, Herrenwäschenäherin in Vinnum; sie schrieb einen Brief an einen französischen Arbeiter, mit dem sie sich auch küsste ohne weiter mit ihm intim zu werden. Der Brief ist dem Ermittlungsbogen beigelegt.

- Schreiben der Kripo Recklinghausen vom 29. 5. 1944: Ausbruch von 14 ausländischen Häftlingen; "Die Gefangenen sassen (sic) wegen Mordes, Plünderung und Verübung von Einbrüchen ein."

B 153

Strafverfügung 1944 - 1937 (sic)

- Festsetzung von Zwangsgeld vom 23. 5. 1944 gegen den Ostarbeiter Alexi K. in Bork bei Friedr. Aug. B.: 10 RM weil er "mit einem Fahrrad in Olfen angetroffen wurde, ohne im Besitze einer Bescheinigung der Ortspolizeibehörde zu sein".

B 161

Verkehr mit Waffen, Waffenscheine 1931 - 1956

- Abschrift eines Fernschreibens der Gestapo an alle Staatspolizeistellen vom 10. 11. 1938: "Auf Anordnung des Reichsführers SS ist allen Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gelten, jeglicher Waffenbesitz verboten. Zuwiderhandelnde werden in Konzentrationslager überführt und auf die Dauer von 20 Jahren in Schutzhaft genommen."

- Schreiben des Reichsverteidigungskommissars für den Reichsverteidigungsbezirk Westfalen-Nord in Münster an den Regierungspräsidenten von Münster vom 7. 3.

1944 zur Verwahrung von Schusswaffen: Waffen in Privathaushalten sollen so verschlossen werden, dass es Unbefugten und Ausländern unmöglich ist, an sie heranzukommen.

B 170

Politische - Unpolitische Vereine und Versammlungen 1931 - 1956

- Schreiben des Regierungspräsidenten von Köln vom 5. 2. 1932: "Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Börger hat in einer Versammlung in Köln gegen die jüdischen Volksgenossen in schärfster Weise gehetzt, ihnen Vaterlandsverrat vorgeworfen.

Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze: ,Wenn wir an der Macht sind, und ein Franzose überschreitet die deutsche Grenze, dann sterben am nächsten Tage in Deutschland alle Juden!' Da zu befürchten ist, daß Börger bei späteren Versammlungen sich ähnliche Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit zu schulden kommen läßt, habe ich angeordnet, daß alle Versammlungen, für welche Börger als Redner vorgesehen ist, vorbeugend verboten werden und ein Auftreten Börgers in der Diskussion verhindert wird. Der Oberstaatsanwalt hat das Strafverfahren gegen Börger eingeleitet."

B 186

Trunksucht, Arbeitsscheue, Trinkerheilanstalt usw. 1932 - 1947

- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers bei den Oberpräsidenten von Westfalen, Hannover, der Rheinprovinz und beim Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe im Wehrkreis VI D in Düsseldorf vom 4. 4. 1941 zum Arbeitserziehungslager in Recklinghausen, Schützenhof: Einrichtung des Arbeitserziehungslagers in Hunswinkel bei Lüdenscheid.

- Schreiben der Gestapo Münster vom 3. 12. 1938 zur Schutzhaft gegen Arbeitsscheue: "Nach Durchführung der Aktion gegen Arbeitsscheue ist die Veranlassung für die besondere Geheimhaltung der Angelegenheit fortgefallen. Der Vorgang läuft daher in Zukunft nicht mehr als ,geheim'."

B 206

Unfälle in gewerblichen Betrieben, Verhütung von Unfällen 1932 - 1954

- Unfallanzeige für den Ostarbeiter Iwan S., * 1920 Pollawa/Ukraine, vom 25. 3. 1944: verletzte sich am 20. 3. 1944 beim Holzhacken.

B 340

Kriegsgräber 1933 - 1948

- Verzeichnis des Amtsbürgermeisters von Olfen vom 23. 10. 1945 über sämtliche Gräber, in denen Soldaten der alliierten Mächte ruhen; nennt vier Gräber, 1 Amerikaner, 1 Kanadier, 2 Russen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Olfen an den Landrat von Lüdinghausen vom 29. 12. 1945: Liste der im Amtsbezirk Olfen verstorbenen und beerdigten russischen Arbeiter; nennt sechs Personen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Olfen an den Oberkreisdirektor von Lüdinghausen vom 8. 7. 1948: Verzeichnis der Gräber sowjetischer Staatsangehöriger im Amtsbezirk Olfen; nennt 7 Personen.
- Liste der Kriegsoffer, undatiert; nennt 2 Gräber ausländischer Kriegsgefangener und 7 Gräber ausländischer Zivilarbeiter.

Gemeindearchiv Rosendahl

Das Gemeindearchiv Rosendahl verwahrt die Unterlagen des ehemaligen Amtes Osterwick (bestehend aus den Gemeinden Darfeld, Holtwick und Osterwick).

Meldekarteien

K 1

- Diverse Schreiben mit Listen zu Mitgliedern der NSDAP und ihren Gliederungen; Sommer 1945.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Osterwick an den Landrat von Coesfeld vom 17. 7. 1945 zum Vermögen der NSDAP, der Juden und Ausländer: "Vermögen von Ausländern ist hier nicht vorhanden."

K 73

- Schreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP und Bürgermeisters von Darfeld an das Bürgermeisteramt Osterwick vom 12. 11. 1938: "In gerechter Empörung über den feigen Mord wurden in Darfeld die Fensterscheiben des Juden Leopold D. zertrümmert. Der Anstreichermeister Bernh. Dg. hat dieselben für jüdischen Sold wieder eingesetzt und sich dadurch als Judenknecht gekennzeichnet. Ich bitte den Bürgermeister für die Zukunft den Dg. von jeglichen Aufträgen der Gemeinde Darfeld auszuschliessen bzw. falls Aufträge bestehen, dieselben aus oben angeführten Gründen zurückzuziehen."

K 95

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an die Ortsbehörden vom 9. 1. 1937 zu Zigeunerbanden.
- Schreiben des Kommandierenden Polizeioffiziers des Regierungsbezirks Münster in Warendorf an die leitenden Polizeioffiziere vom 4. 6. 1946 zum Zigeunerunwesen.

K 97

- Anzeige des Bauern Paul W. aus Osterwick am 13. 4. 1945: eine Gruppe von 8 - 10 Russen hat seinen Hof überfallen, hat geplündert und zwei Frauen vergewaltigt.
- Schreiben der Gestapo Münster an den Landrat bzw. das Ausländeramt von Coesfeld vom 5. 8. 1941: Verwarnung des Polen Mitalis B., * 1913 Posen, und der Deutschen Mia Be., * 1925 Darfeld, beide wohnhaft in Darfeld. Drohung mit KZ; der Grund wird nicht genannt.

K 98

- Entnazifizierungsvorgänge

K 99

- Zahlreiche Schriftstücke zur Verfolgung der Juden im "Dritten Reich".

K 108

- Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers in Düsseldorf an pp (diverse Dienststellen) vom 4. 4. 1941 über die Errichtung des Arbeitserziehungslagers Hunswinkel bei Lüdenscheid zum 7. 4. 1941.
- Schreiben der Gestapo Münster an die Landräte vom 13. 12. 1940 zu Maßnahmen gegen Arbeitsuntreue.
- Diverse Schreiben zum Jugendlichen Franz N., * 1924 Osterwick, Hilfsarbeiter in Osterwick. Er verschwand am 18. 6. 1941. Dem Amtsbürgermeister galt er als arbeitsscheu, so dass dieser recht energisch seit dem 26. 6. 1941 die Einweisung des Jungen in ein Arbeitserziehungslager betrieb. Am 7. 10. 1941 wurde der Junge in Tettngang aufgegriffen und wegen diverser Delikte eingesperrt. Schließlich verhinderte seine Einweisung in ein Fürsorgeerziehungsheim durch das Amtsgericht Coesfeld am 10. 11. 1941 eine schlimmere Behandlung.

K 126

- Namensverzeichnis der seit dem 1. Januar 1933 ausgewanderten Juden; zusammengestellt vom Amtsbürgermeister von Osterwick am 23. 7. 1941.

K 127

- Controle (sic) der im Amtsbezirk vorhandenen Niederländer. Die Liste, in einem vorgedruckten Buch geführt, wurde 1906 bzw. 1905 angelegt und endet kurz vor Kriegsbeginn 1939. Liegt vor für Osterwick & Darfeld.
- Kontrolle der im Amtsbezirk vorhandenen Reichsausländer ausschließlich der niederländischen Staatsangehörigen. 1905 bzw. 1904 angelegt und endet 1940 bzw. 1938. Liegt vor für Osterwick und Darfeld.
- Nachweisung der in der Gemeinde Darfeld wohnhaften Ausländer ohne Niederländer, Stand: 15. 5. 1940.
- Nachweisung der in der Gemeinde Holtwick wohnhaften Ausländer ohne Niederländer, Stand: 15. 5. 1940.
- Nachweisung der in der Gemeinde Osterwick wohnhaften Ausländer ohne Niederländer, Stand: 15. 5. 1940.
- Nachweisung der in der Gemeinde Darfeld wohnhaften niederländischen Staatsangehörigen, Stand: 15. 5. 1940.
- Nachweisung der in der Gemeinde Holtwick wohnhaften niederländischen Staatsangehörigen, Stand: 15. 5. 1940.
- Nachweisung der in der Gemeinde Osterwick wohnhaften niederländischen Staatsangehörigen, Stand: 15. 5. 1940.
- Diverse Nachweisungen von Niederländern & Ausländern in den Gemeinden, geführt bis 1944.

K 128

- Schreiben des Arbeitsamtes in Münster an den Landrat von Coesfeld vom 22. 10. 1941 zur Durchführung des Ausländergenehmigungsverfahrens, hier Terminüberwachung für Befreiungsscheine: Liste mit 10 Ausländern, deren

Termine fällig sind (scheinen alles Niederländer zu sein).

- Anträge auf Ausstellung eines Reisepasses, ca. 1929 - 1939.

K 129a

- Nachweisung der in der Zeit vom 3. 9. 1939 bis 8. 5. 1945 im Amtsbezirk Osterwick bestandenen Ausländer-Lager; undatiert. Unterscheidet Kriegsgefangenenlager und Arbeitslager.

- Liste der bis zum Kriegsende im Amtsbezirk Osterwick bestandenen Kriegsgefangenenlager; undatiert. Nennt auch die Vorsteher der Lager.

Schreiben von Lt. H. De Maen, Belgian Search Officer, Belgian DP/PW Mission, att.Rel.Det. Duisburg-Hamborn, 628 HQ CCG (BE) BAOR in Oberkassel an die Amtsverwaltung in Osterwick vom 30. 9. 1948 zu Nachforschungen über zweifelhafte Lager und Gefängnisse.

K 178

- Schreiben des Amtsdirektors von Osterwick an den Kreissonderhilfsausschuss des Kreises Coesfeld vom 25. 2. 1947 zur Pflege jüdischer Friedhöfe.

K 184

- Nachweisung über die im Amtsbezirk Osterwick vorhandenen Gräber von russischen Staatsangehörigen: Miroslaw Melnic, * 8. 8. 1926, + 1. 4. 1945 Osterwick.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Osterwick an die Firma W. in Coesfeld vom 20. 12. 1945: Russischer Offizier verlangt Lichtbild vom Grab des toten Russen: "Er hat mir erklärt, dass, falls die Lichtbilder zu dem vorgenannten Termin nicht fertiggestellt seien, der mit der Anfertigung der Lichtbilder beauftragte Fotograf mit schwerer Bestrafung zu rechnen hat."

- Aufstellung über die im Amtsbezirk Osterwick vorhandenen Einzelgräber gefallener britischer und amerikanischer Soldaten; undatiert.

- Schreiben des Landrats von Coesfeld an alle Ortsbehörden vom 8. 1. 1946 zu den Gräbern der niederländischen Staatsangehörigen.

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Osterwick vom 24. 5. 1945: Liste mit dem abgestürzten ausländischen Flugzeug, Verbleib der Leichen, Tag der Bestattung.

- Schreiben des Amtsdirektors von Osterwick an den Oberkreisdirektor von Coesfeld vom 19. 9. 1947 zu Gräbern sowjetischer Staatsbürger: nennt 2 Gräber mit Russen, wovon einer in einem Einzelgrab auf einem Bauernhof liegt und demnächst umbettet werden soll.

- Schreiben von Herrn R. in Höpingen an den Bürgermeister Benning vom Amt Osterwick vom 27. 6. 1947: schildert die Begebenheiten, die am 3. 4. 1945 zum Unfalltod eines Russen auf seinem Hof führten; da der Russe auf seinem Grundstück beigesetzt wurde, bittet er um Umbettung.

Gemeindearchiv Senden

Die Gemeinde Senden besteht heute aus den ehemaligen Gemeinden Senden, Ottmarsbocholt und Bösensell. Der Aktenbestand für die Alt-Gemeinden Senden und Ottmarsbocholt liegt im Gemeindearchiv Senden, der Bestand Bösensell lagert im Stadtarchiv Münster.

Bestand Senden

B 19

Preußische Landesverwaltung: Personenstandsgesetz
Schreiben des Reichsministeriums des Innern an die Landesregierungen usw. vom 20. 6. 1941 zur Eheschließung von Zigeunermischlingen.

B 154

Sicherheitspolizei: Polizeisachen im Allgemeinen
- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an die Ortspolizeibehörden vom 7. 4. 1941: Anfrage, ob die Möglichkeit besteht, ein Bordell einzurichten für Fremdarbeiter.

B 195

Sicherheitspolizei: Strafregister und Mitteilungen
- Strafsache gegen die Witwe L. G. wegen verbotenen Verkehr mit einem Kriegsgefangenen; vom Amtsgericht Münster am 4. 2. 1944 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

B 751

Meldewesen: Ausländer 1939, 1945 - 1952
- Nachweisung der in Senden wohnhaften ausländischen Staatsangehörigen vom 25. 8. 1945.
- Verzeichnis der in Senden wohnhaften niederländischen Staatsangehörigen vom 27. 8. 1945.
- Verzeichnis derjenigen niederländischen Staatsangehörigen, die seit 1939 Senden verlassen haben vom 27. 8. 1945.
- Verzeichnis der im Dortmund-Ems-Kanal bei Senden auf Schiffen wohnhaften niederländischen Staatsangehörigen vom 27. 8. 1945.
- Verzeichnis von Kindern anderer Nationalität in Senden vom 12. 2. 1946; betr. nur Niederländer, die bei ihren Eltern wohnen.
- Nachweisung der in Senden wohnhaften Ausländer vom 9. 10. 1945.
- Liste über französische Staatsangehörige, die in der Gemeinde Senden wohnhaft gewesen sind vom 6. 3. 1947.
- Liste über französische Kriegsgefangenenlager vom 6. 3. 1947; es gab 2, deren Insassen als Landarbeiter in Senden gearbeitet haben.

B 759

Meldewesen: Beschäftigung ausländischer Arbeiter 1935 - 1942

- Schreiben des Arbeitsamts Lünen an die Polizeiverwaltung Senden vom 21. 10. 1939: Arbeitskräfte aus dem Protektorat Böhmen und Mähren sind nicht wie Ausländer zu behandeln.

B 768

Meldewesen: Polnische Arbeiter 1941 - 1944

- Nachweisung der auszuhändigenden Arbeitskarten der Polen, Mai 1942; nennt auch Arbeitgeber.

- Schreiben des Arbeitsamts Lünen, Nebenstelle Lüdinghausen, an den Bürgermeister von Senden vom 6. 1. 43: Urlaub für polnische Arbeiter wird wegen Arbeitskräftemangels abgelehnt.

- Nachweisung derjenigen Ausländer, die noch photographiert werden müssen, undatiert (Oktober 1943); nennt auch Arbeitgeber.

- Aktenvermerk des Bürgermeisters von Senden vom 22. 7. 1941: der in Coesfeld einsitzende Pole Antonie K. wird wegen Arbeitsverweigerung in das Arbeitserziehungslager Essen eingewiesen.

B 769

Meldewesen: Polnische Arbeiter 1940ff

- Kontrollkarten.

B 770

Ausländerkartei Senden

B 773

Meldewesen: Arbeitskräfte aus dem Osten 1941-1943

- Diverse Verordnungen für Zwangsarbeiter.

- Diverse Schreiben zum Transport russischer Landarbeiter, Frühjahr/Sommer 1942.

- Nachweis der auszuhändigenden Arbeitskarten an die russischen Zivilarbeiter, undatiert (Januar 1943); enthält auch die Namen der Arbeitgeber.

B 783

Meldewesen, Arbeitskräfte aus dem Osten 1942-1947

- Schreiben der Gestapo Münster vom 7. 4. 1943 an die Landräte: Ostarbeitern soll religiöse Betätigung gestattet werden zur Hebung der Stimmung.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an den Bürgermeister von Senden vom 14. 4. 1943: sieben russische Zivilarbeiter werden in Senden eingesetzt.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen an den Bürgermeister von Senden vom 26. 2. 1943: drei russische Landarbeiter werden in Senden eingesetzt.

- Diverse Schreiben zu Fremdarbeitern.

- Nachweisung der in Senden wohnhaften Ukrainer, Russen, Weißrussen, undatiert

(Sommer 1944).

- Schreiben der Kreisbauernschaft Lüdinghausen an den Landrat von Lüdinghausen vom 19. 10. 1945: Lohnforderungen der Ostarbeiter und Polen sollen lt. Provinzial-Militärregierung zurückgewiesen werden.

- Liste landwirtschaftlicher Betriebe, in denen Russen gearbeitet haben, vom 15. 8. 1946.

- Liste von Betrieben, in denen Polen gearbeitet haben, vom 15. 8. 1946.

Bestand Ottmarsbocholt

Meldekartei (Häuserkartei)

C 60

Ausländerpolizei 1929-1962

- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Ottmarsbocholt an Lt. R. Corbesir in Rheine vom 27. 8. 1945: Übersicht über Holländer seit 1939.

C 61

Personalakten der Ausländer 1932-1961

C 96

Verbrechen 1936-1955

- Diverse Mitteilungen zum Mord an Theodor Beuckmann, + 1943, und der Suche nach seinen Mördern. Der Tat verdächtigt werden entflozene Ostarbeiter.

C 98

Leichenfunde 1930-1946

- Bericht des Gend.-Posten Ottmarsbocholt vom 20. 1. 1940: Freitod von Wilhelm Schwarze, Wachmann im Kriegsgefangenen-Arbeitslager, am Tag zuvor; legte sich ins Bett und hat sich daselbst erschossen.

C 192

Polnische Zwangsarbeiter 1939-1944

- Vermittlung polnischer Arbeiter, Herbst 1939.

- Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamts Lüdinghausen an den Landrat von Lüdinghausen vom 4. 6. 1940: Untersuchungsergebnisse von polnischen Arbeitern.

- Behändigungsliste über Aushändigung von Arbeitskarten für polnische Zivilarbeiter, Juli 1940.

- Diverse Schreiben über den Versand von Arbeitskarten für Zivilarbeiter, meist mit Namenslisten.

- 2 originale Polenabzeichen, ca. August 1941.

- Diverse Schreiben zur Flucht des polnischen Arbeiters Stanislaw N., * 1909 Czarnow, mit einem gestohlenen Fahrrad; er wurde später aufgegriffen und wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt; Sept. 1941 - Jan. 1942.

- Verzeichnis der am 1. 1. 1942 in Ottmarsbocholt wohnhaften polnischen Zwangsarbeiter.
- Schreiben vom Frühjahr 1943 zu diversen Polen, die von Zechen geflohen und bei Bauern untergekommen sind; sie sollen zurückgebracht werden.
- Schreiben des Arbeitsamts Lünen an den Amtsbürgermeister von Ottmarsbocholt vom 21. 5. 1943: Verlängerung der Arbeitskarten für Polen; Namensliste.
- Liste über die wöchentlichen Meldungen der polnischen Zivilarbeiter, zuletzt notiert 16. 4. 1944.

C 193A

Einsatz russischer Arbeitskräfte 1942-1944

- Diverse Schreiben zur Ankunft und Erfassung von Fremdarbeitern.
- Schreiben des Amtsbürgermeisters von Ottmarsbocholt an das Arbeitsamt Lüdinghausen vom 14. 12. 1944: Liste der Ostarbeiter im Amtsbezirk Ottmarsbocholt.

C 193B

Einsatz russischer Arbeitskräfte 1942-1944

- Mitteilungszettel an die zuständige Kreispolizeibehörde (Kopie) über Identität, Herkunft und Arbeitgeber von Ostarbeitern.

C 194A

Einsatz von Kriegsgefangenen 1939-1944

- Lager, Rechnungen, Einsatzorte.

C 194B

Einsatz von Kriegsgefangenen 1939-1944.

- Kriegsgefangenen-Abrechnungen der Arbeitskommandos 58 und 218 des Stalag VI D, Nov. 1939 - Aug. 1940.
- Diverse Hauptabrechnungen des Stalag VI D an den Amtsbürgermeister von Ottmarsbocholt vom Juni 1940 - Mai 1943.

Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund

Der Aktenbestand der Industrie- und Handelskammer Münster, der für den Raum Coesfeld Aufschluss geben könnte zur Fremdarbeiter-Problematik aus der Sicht der Unternehmen, ist durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen.

K5 - 977

Rundschreiben der Parteikanzlei der NSDAP an die Gauwirtschaftsberater 1942-1944

- Schreiben des Reichsführers SS vom 20. 2. 1942: Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten.

Stadtarchiv Werne

Werne gehörte bis zur Kommunalen Neugliederung im Jahr 1975 zum Landkreis Lüdinghausen.

Meldekarteien: Ausländerkartei

Vermisste Angehörige der Vereinten Nationen 1946 - 1947

- Übersicht über die Ausländer in Werne, aufgelistet nach Nationalitäten.
- Übersicht über in Werne geborene und verstorbene Ausländer, aufgelistet nach Nationalitäten.
- Nachweisung der im Stadtbezirk Werne a. d. Lippe liegenden Betriebe, in welchen Angehörige der Vereinten Nationen gearbeitet haben, vom 30. 4. 1946.

4 - 17

Angelegenheiten der Kauen- und Umkleidebaracken für Kriegsgefangene der Zeche Werne 1942 - 1944

- Schreiben der Betriebsleitung der Zeche Werne an den Landeshandwerkermeister der Provinz Westfalen in Dortmund vom 7. 11. 1942: Zur Steigerung der Kohlenförderung muss eine Waschbaracke für ausländische Arbeiter fertiggestellt werden, weshalb man um Freigabe einer Installationsfirma bittet, die gegenwärtig in Bottrop zur Behebung von Fliegerschäden tätig ist.
- Diverse Kostenberechnungen.

4 - 18

Betriebskostenberechnungen der Wirtschafts- und Unterkunftbaracken sowie der Entlausungs- und Eingangsgebäude

- Diverse Rechnungen und Kostenaufstellungen.

4 - 19

Barackenlager 1943 - 1945

4 - 21

Genehmigungsgesuch zur Errichtung einer Umkleide- und Waschbaracke (Waschkauenbaracke) für russische Kriegsgefangene auf der Schachtanlage Werne I/II für die Klöckner-Werke AG, Abt. Bergbau, Castrop-Rauxel 1942 - 1943
- Diverse Pläne zu dem Bauvorhaben.

4 - 22

Genehmigungsgesuch zur Errichtung einer Umkleidebaracke und einer Küchenbaracke auf der Schachtanlage Werne I/II für die Klöckner-Werke AG, Abt. Bergbau, Castrop-Rauxel 1943 - 1949
- Diverse Pläne zum Bauvorhaben.

4 - 23

Genehmigungsgesuch zur Errichtung eines Gebäudes zur Entlassung ausländischer Arbeiter auf der Schachtanlage Werne I/II für die Klöckner AG, Abt. Bergbau, Castrop-Rauxel 1942 - 1944
- Diverse Pläne zu den Bauvorhaben.

- Schreiben des Landrats von Lüdinghausen vom 7. 12. 1942: Bauschein für eine Entlassungsanlage, auf Antrag der Klöckner-Werke AG, Schachtanlage Werne.
Schreiben des Landrats von Lüdinghausen vom 30. 8. 1944: Gebrauchsabnahmeschein für ein Gebäude zur Entlassung ausländischer Arbeiter der Klöckner-Werke AG, Schachtanlage Werne I/II.

4 - 24

Antrag auf Genehmigung einer Waschbaracke und eines Gebäudes zur Entlassung Werne I/II (2. Ausfertigung) 1941 - 1943

- Schreiben der Klöckner-Werke AG, Betriebsleitung der Zeche Werne in Werne a.d.L. an den Bergrevierbeamten des Bergreviers Lünen vom 19. 12. 1942 zum Antrag auf Genehmigung einer Waschbaracke für sowjetrussische Kriegsgefangene und eines Gebäudes zur Entlassung der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter.

- Diverse Pläne zu den Bauvorhaben.

4 - 25

Genehmigungsgesuch zur Errichtung von 3 Unterkunftsbaracken mit je einer Wacht-, Revier- und Wirtschaftsergänzungsbaracke auf der Schachtanlage Werne I/II für die Klöckner-Werke A.G., Abtl. Bergbau, Castrop-Rauxel 2 1942

- Baubeschreibung der Klöckner Werke AG, Abteilung Bergbau in Castrop-Rauxel, zur Errichtung von 3 Unterkunftsbaracken mit je einer Wacht-, Revier- und Wirtschaftsergänzungsbaracke auf der Schachtanlage Werne I/II für die Klöckner-Werke A.G., Abtl. Bergbau, Castrop-Rauxel 2, vom 25. 8. 1942.

- Plan: Mannschaftsbaracke II für das Kriegsgefangenenlager der Zeche Werne im Maßstab 1:100, baupolizeilich geprüft in Recklinghausen am 5. 10. 1942.

4 - 26

Genehmigungsgesuch zur Errichtung von 3 Unterkunftsbaracken mit je einer Wacht-, Revier- und Wirtschaftsergänzungsbaracke auf der Schachanlage Werne I/II für die Klöckner-Werke A.G., Abtl. Bergbau, Castrop-Rauxel 2 1942 - 1943

- Plan: Mannschaftsbaracke I für das Kriegsgefangenenlager der Zeche Werne im Maßstab 1:100 mit Arrestzellen und Verpflegungsausgabe, baupolizeilich geprüft in Recklinghausen am 5. 10. 1942.

- Plan: Wachbaracke für das Kriegsgefangenenlager der Zeche Werne, Maßstab 1:100, baupolizeilich geprüft in Recklinghausen am 5. 10. 1942.

4 - 29

Baumaßnahmen und Abrechnungen bezüglich der Wohnbaracken der Zeche Werne 1941 - 1943

4 - 30

Baumaßnahmen und Abrechnungen bezüglich der Wohnbaracken der Zeche Werne 1941 - 1942

4 - 31

Abrechnungen bezüglich der Baumaßnahmen an den Barackenlagern 1942 - 1947 (1955)

- Diverse Kostenrechnungen.

4 - 32

Abrechnungen bezüglich der Baumaßnahmen an den Barackenlagern 1943 - 1946

- Diverse Kostenrechnungen.

Stadtarchiv Drensteinfurt

Drensteinfurt gehörte bis zur Kommunalen Neugliederung im Jahr 1975 zum Landkreis Lüdinghausen.

Die Stadt Drensteinfurt wurde 1944 bombardiert, dabei wurde auch das Rathaus zerstört. Nahezu der gesamte Schriftverkehr der Verwaltung wurde so vernichtet.

Protokoll über Bombenabwürfe während des Krieges über Drensteinfurt, erstellt von Polizeiwachtmeister Theodor Schäper (Kopie).

Sammelakten zum Sterbebuch 1944 - 1948

Einwohnermeldekartei, Häuserkartei

Stadtarchiv Lünen

Das Stadtarchiv Lünen verwahrt einige Akten aus Altlünen, das bis 1974 zum Landkreis Lüdinghausen gehörte.

Bestand Altlünen

Ausländerkartei

291

Konzessionsgesuche und Erlaubnis zum Ausschank alkoholischer und alkoholfreier Getränke 1937 bis 1942

- Lageplan zu einem Barackenlager für Fremdarbeiter der Zeche Victoria in Lünen.

Bestand Gewerkschaft Eisenhütte Westfalia

118

Betriebsführung und Entlassung eines Prokuristen 1939 bis 1942

- Polizeiliche Vernehmung über das Verhältnis von Arbeitern zu französischen Kriegsgefangenen (1942).

177

Verkauf von Grundstücken z. T. mit Wohnhäusern in Altlünen-Wethmar

- Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers für Russen (1942).

9.73/1

Errichtung von Unterkünften für Fremdarbeiter 1943

9.73/2

Kriegsgefangene und Fremdarbeiter (2 Bände)

- Anwerbebestätigungen (Verträge mit Ausländern).

- Lohnlisten

9.73/8

Unterlagen über beschäftigte Fremdarbeiter ab 1941

Neues Archiv

12/45

Schriftverkehr des Oberbürgermeisters als örtlicher Luftschutzleiter (1942-1944)

- Schreiben des Kommandos der Schutzpolizei, Abtl. Lu. in Lünen an Kreisgeschäftsführer Pg. Weissbeck, Kreisleitung Unna in Unna, vom 15. 6. 1943 zur Bergung Verschütteter nach Luftangriffen: beim Luftangriff auf Lünen in der Nacht zum 24. 5. 1943 wurden Bergmänner aus dem Lager Altlünen

(Fremdarbeiter) zur Bergung Verschütteter eingesetzt.

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Grusswort des Landrats	3
Vorbemerkung	5
Einleitung	7
Die Ankuft	10
Die Behandlung der Polen	12
Kriegsgefangene anderer Nationen	16
Problemfall Niederländer	21
Die Deutschen, die Ausländer und das Sexualleben der beiden Gruppen	22
Bordelle für Zwangsarbeiter	24
Frauen und Kinder	26
Der Tod von Bronislaw Tutak	27
Das Lagernetz	29
Das Fahrrad	36
Flucht	37
Die Ausweisung der Ausländer 1945	41
Literatur	44

	Seite
Das Thema Zwangsarbeit im Internet	46
Fundstellenverzeichnis zur Zwangsarbeit im Kreis Coesfeld	47
Kreisarchiv Coesfeld	48
Staatsarchiv Münster	52
Gemeindearchiv Ascheberg	69
Stadtarchiv Billerbeck	71
Stadtarchiv Coesfeld	73
Stadtarchiv Dülmen	74
Gemeindearchiv Havixbeck	98
Stadtarchiv Lüdinghausen	99
Stadtarchiv Münster	103
Gemeindearchiv Nordkirchen	106
Gemeindearchiv Nottuln	111
Stadtarchiv Olfen	117
Gemeindearchiv Rosendahl	127
Gemeindearchiv Senden	130
Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund	134
Stadtarchiv Drensteinfurt	137
Stadtarchiv Lünen	138